

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zum Wiener Abkommen vom 12. Juni 1973 über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung (Schriftzeichengesetz)

A. Zielsetzung

Durch internationale Vereinbarung sollen Voraussetzungen für den nationalen Schutz typographischer Schriftzeichen und die Möglichkeit für eine internationale Hinterlegung neuer Schriften bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf geschaffen werden. Außerdem soll der in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Geschmacksmustergesetz bestehende Schutz typographischer Schriftzeichen verbessert werden.

B. Lösung

Das Wiener Abkommen vom 12. Juni 1973 über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung soll ratifiziert und die in den Artikeln 3 bis 11 dieses Abkommens vorgesehenen Mindestvoraussetzungen für den nationalen Schutz typographischer Schriftzeichen durch ergänzende Vorschriften zum deutschen Geschmacksmustergesetz in das deutsche Recht eingeführt werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Nach der zu erwartenden Anzahl an neuen Schriften wird der Bund voraussichtlich durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Nach dem Inkrafttreten des Wiener Abkommens vom 12. Juni 1973 wird zur Begründung eines Betriebsmittelfonds für den zur Ausführung der internationalen Registrierung vorgesehenen internationalen Verband im Rahmen der Weltorganisation für geistiges Eigentum eine einmalige Zahlung in Höhe von 10 000 bis 12 000 DM erforderlich sein.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) – 421 03 – Schu 8/80

Bonn, den 24. April 1980

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zum Wiener Abkommen vom 12. Juni 1973 über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung (Schriftzeichengesetz) mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Wiener Abkommens, der Ausführungsordnung zum Wiener Abkommen, des Protokolls zum Wiener Abkommen betreffend die Schutzdauer in englischer, französischer und deutscher Sprache sowie die Denkschrift zum Abkommen sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 485. Sitzung am 18. April 1980 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf zu erheben.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes
zum Wiener Abkommen vom 12. Juni 1973
über den Schutz typographischer Schriftzeichen
und ihre internationale Hinterlegung
(Schriftzeichengesetz)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung zum Wiener Abkommen

(1) Dem in Wien am 12. Juni 1973 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Wiener Abkommen über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung einschließlich der Ausführungsordnung sowie dem Beitritt zum Protokoll vom 12. Juni 1973 zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen sowie die Ausführungsordnung und das Protokoll zu dem Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

(2) Änderungen der Ausführungsordnung nach Artikel 29 Abs. 3 des Abkommens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Artikel 2

Anwendung des Geschmacksmustergesetzes

(1) Für neue und eigentümliche typographische Schriftzeichen wird Musterschutz nach den Vorschriften des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen (Geschmacksmustergesetz) mit folgenden Maßgaben gewährt:

1. Als typographische Schriftzeichen gelten Sätze der Muster von
 - a) Buchstaben und Alphabeten im engeren Sinne mit Zubehör wie Akzenten und Satzzeichen,
 - b) Ziffern und anderen figürlichen Zeichen, wie konventionellen Zeichen, Symbolen und wissenschaftlichen Zeichen,
 - c) Ornamenten, wie Einfassungen, Fleurons und Vignetten,die dazu bestimmt sind, Texte durch graphische Techniken aller Art herzustellen.
2. Die Neuheit und Eigentümlichkeit der typographischen Schriftzeichen werden durch ihren Stil oder Gesamteindruck bestimmt.
3. Rechtswidrig nachgebildete oder rechtswidrig verbreitete typographische Schriftzeichen dürfen nicht zur Herstellung von Texten benutzt werden, die zur gewerbsmäßigen Verbreitung bestimmt sind.
4. Der Schutz der typographischen Schriftzeichen beginnt mit der Anmeldung und dauert zehn Jahre. Der Urheber kann die Verlängerung der Schutzdauer um jeweils fünf Jahre oder ein Mehrfaches davon bis auf höchstens fünfundzwanzig Jahre verlangen. § 82 der Kostenordnung ist mit der Maßgabe entsprechend

anzuwenden, daß die für das elfte bis fünfzehnte Jahr vorgesehenen Gebühren in gleicher Höhe auch für das sechzehnte bis fünfundzwanzigste Jahr zu entrichten sind.

5. Das Musterregister für typographische Schriftzeichen wird vom Deutschen Patentamt geführt. Mit der Anmeldung zur Eintragung in das Musterregister sind eine Abbildung der typographischen Schriftzeichen und ein mit ihnen hergestellter Text von mindestens drei Zeilen beim Deutschen Patentamt niederzulegen. Die Bezeichnung der typographischen Schriftzeichen wird, wenn sie vom Urheber angegeben wird, neben der Geschäfts- oder Fabriknummer oder, falls eine solche Nummer nicht angegeben ist, an ihrer Stelle in das Musterregister eingetragen.

6. Eine internationale Hinterlegung und Eintragung auf Grund des Wiener Abkommens vom 12. Juni 1973 über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung gilt im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Anmeldung und Niederlegung nach den Vorschriften des Geschmacksmustergesetzes und dieses Gesetzes. Auf Grund der Notifikation durch das Internationale Büro werden im Musterregister die Angaben eingetragen, die nach deutschem Recht in das Musterregister einzutragen sind; außerdem ist auf die internationale Hinterlegung hinzuweisen.

(2) Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen über die sonstigen Erfordernisse der Anmeldung und Niederlegung von typographischen Schriftzeichen und über die Führung des Musterregisters zu erlassen. Er kann diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf den Präsidenten des Deutschen Patentamts übertragen.

Artikel 3

Schlußvorschriften

- (1) Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

(2) Dieses Gesetz tritt am _____ in Kraft. Jedoch tritt Artikel 2 Abs. 1 Nr. 6 an dem Tage in Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 35 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(3) Der Tag, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 35 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Gesetz

Zu Artikel 1

(Zustimmung zum Wiener Abkommen)

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Dem Protokoll zum Wiener Abkommen, das die Bundesrepublik Deutschland nicht unterzeichnet hat, soll beigetreten werden, weil eine vom Geschmacksmustergesetz abweichende Schutzdauer von 25 Jahren für erforderlich gehalten wird (auf die Begründung zu Artikel 2 Abs. 1 Nr. 4 wird hingewiesen).

Änderungen der Ausführungsordnung einschließlich der Gebührentabelle treten nach Artikel 29 Abs. 3 des Abkommens unmittelbar auf Grund des Beschlusses der Versammlung des nach Artikel 1 des Abkommens gebildeten Verbandes in Kraft, ohne der Annahme oder Bestätigung durch die Mitgliedstaaten zu bedürfen. Da diese Änderungen Außenwirkungen haben und Rechte und Pflichten einzelner begründen, ändern oder aufheben können, ist eine Bekanntmachung der Änderung erforderlich.

Zu Artikel 2

(Anwendung des Geschmacksmustergesetzes)

Absatz 1 trifft die in den Artikeln 3 und 4 Abs. 1 des Wiener Abkommens vorgeschriebene Wahl der Art des Schutzes typographischer Schriftzeichen dahin, daß in der Bundesrepublik Deutschland typographische Schriftzeichen dem Geschmacksmusterschutz unterliegen. Hierdurch soll jedoch ein etwaiger urheberrechtlicher Schutz dieser Zeichen nicht ausgeschlossen sein.

Die Besonderheiten des Schutzes von typographischen Schriftzeichen erfordern ferner einige das Geschmacksmustergesetz ergänzende Vorschriften zur Einführung dieses Schutzes.

Zu Nummer 1

Nummer 1 definiert den Begriff „typographische Schriftzeichen“ im Sinne des Artikels 2 Buchstabe i des Wiener Abkommens. Wesentlich daran ist, daß nicht jeder einzelne Buchstabe oder jedes einzelne Zeichen als Muster oder Modell gelten soll, sondern die Gesamtheit der eine bestimmte neue Schrift bildenden Buchstaben oder Zeichen. Dies ist im Hinblick auf Artikel 7 Abs. 2 des Abkommens und auf Artikel 1 Nr. 2 des Entwurfs erforderlich, die verlangen, daß die Neuheit nach dem Stil oder dem Gesamteindruck der Schrifttypen zu beurteilen ist.

Die in der Definition des Abkommens enthaltene Einschränkung, daß die typographischen Schriftzeichen dazu bestimmt sein müssen, als „Mittel zu dienen“, um Texte durch graphische Techniken aller Art zu setzen, ist nicht übernommen worden, weil die moderne Technik solche Mittel zunehmend seltener verwendet und daher die Anwendbarkeit der Vorschrift auf die modernen Drucktechniken fraglich sein würde. Die moderne Technik ersetzt vielfach die herkömmlichen dreidimensionalen Schriftträger (Matern), auf denen die Schriftzeichen

für das menschliche Auge sichtbar sind, durch Magnetplatten (Floppy Disk), auf denen die Zeichen der Schrift für das menschliche Auge unsichtbar in digitalisierter Form gespeichert sind und nicht mehr in materialisierter Form als „Mittel zum Setzen“ zur Verfügung stehen.

Zu Nummer 2

§ 1 Abs. 2 des Geschmacksmustergesetzes verlangt als Schutzvoraussetzung die Neuheit und Eigentümlichkeit des Musters. Diese Voraussetzungen sollen auch die typographischen Schriftzeichen erfüllen, und zwar, wie im Geschmacksmustergesetz, kumulativ.

Im Einklang mit Artikel 7 Abs. 2 des Wiener Abkommens und der höchstrichterlichen Rechtsprechung auch schon des Reichsgerichts sollen die Schutzvoraussetzungen der Neuheit und Eigentümlichkeit nicht für jedes einzelne Schriftzeichen gesondert, sondern für deren Gesamtheit verlangt werden, weil sich die charakteristischen Wesensmerkmale einer neuen Schrift erst in der Komposition der Buchstaben und Zeichen in einem Schriftwerk zeigen. Beurteilungsmaßstab soll der Stil oder der Gesamteindruck aller Zeichen sein, wobei diese Begriffe in demselben Sinne zu verstehen sind, wie sie in Artikel 7 Abs. 2 des Wiener Abkommens verwendet werden.

Zu Nummer 3

Das Wiener Abkommen legt nur Mindestvoraussetzungen für den Rechtsschutz typographischer Schriftzeichen fest und verpflichtet deshalb die Vertragsstaaten nur, den Schutz gegen die Herstellung identischer oder geringfügig abweichender Schriftzeichen und gegen deren gewerbliche Verbreitung oder Einfuhr vorzusehen. Im deutschen Geschmacksmusterrecht geht man dagegen weiter und sieht als eigentlichen Gegenstand des Schutzes nicht nur den zum Druck bestimmten Satz von Buchstaben, Ziffern und Zeichen in Form dreidimensionaler Matern an, sondern das darin verkörperte, im gedruckten Text in Erscheinung tretende Schriftbild. Als verbotene Nachbildung kann daher nach deutschem Geschmacksmusterrecht nicht nur das rechtswidrig nachgebildete oder rechtswidrig verbreitete Schriftzeichen selbst, sondern auch der unter Verwendung solcher Schriftzeichen hergestellte Druck angesehen werden.

Im Interesse eines wirksamen Schutzes typographischer Schriftzeichen bedarf es im Hinblick auf die einschränkenden Mindestvoraussetzungen des Wiener Abkommens der in Nummer 3 vorgesehenen Regelung, weil im Einklang mit dem Wiener Abkommen der Verwendungszweck des hinterlegten Musters durch Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 des Entwurfs in die Definition einbezogen werden soll. Das könnte, ohne die Vorschrift der Nummer 3, zur Folge haben, daß nur die Nachbildung der typographischen Schriftzeichen selbst, nicht dagegen deren rechtswidrige Verwendung zur Herstellung von Texten als verboten angesehen würde.

Weiterhin sollen durch die Regelung in Nummer 3 die Grenzen des Schutzes gegen die Benutzung rechtswid-

rig nachgebildeter sowie rechtswidrig verbreiteter Schriftzeichen wie folgt genauer abgesteckt werden: Das Nachbildungsverbot soll auf die Fälle beschränkt werden, in denen Schriftzeichen rechtswidrig zur Herstellung von Texten benutzt werden, die zur gewerbsmäßigen Verbreitung bestimmt sind. Damit wird die nicht gewerbsmäßige Benutzung, z. B. mit Schreibmaschinen zur Herstellung von Texten durch Privatpersonen oder durch die öffentliche Verwaltung, nicht berührt. Außerdem soll zwar die Herstellung von Texten unter Benutzung rechtswidrig nachgebildeter oder rechtswidrig verbreiteter Schriftzeichen, nicht dagegen die Verbreitung der auf diese Weise hergestellten Texte verboten werden, um etwa eine zu weitgehende Beeinträchtigung des Vertriebs im Buchhandel auf Grund der Schutzvorschriften für typographische Schriftzeichen zu vermeiden.

Zu Nummer 4

Abweichend von § 8 des Geschmacksmustergesetzes soll für typographische Schriftzeichen im Hinblick auf die hier bestehenden besonderen Verhältnisse eine Höchstschutzdauer von 25 Jahren vorgesehen werden. Die Schaffung einer neuen Schrift, die Herstellung der hierzu erforderlichen Ergänzungsschriften (z. B. Kursivschrift, Fettdruck usw.) sowie deren Einführung in den Verkehr erfordern eine zeitaufwendige Arbeit. Die in Artikel 9 des Abkommens vorgesehene Schutzdauer von 15 Jahren würde sich daher in vielen Fällen schon dem Ablauf nähern, ehe der Schriftschöpfer den vorgesehenen Schutz der ergänzenden Schriften ausnutzen kann. Deshalb haben mehrere Länder ein Zusatzprotokoll zum Wiener Abkommen unterzeichnet, das eine Schutzdauer von 25 Jahren vorsieht. Die Bundesregierung hat dieses Protokoll nicht unterzeichnet, um sich die Möglichkeit einer Nachprüfung der notwendigen Schutzdauer vorzubehalten. Diese Nachprüfung hat jedoch ergeben, daß eine von der Schutzdauer des Geschmacksmustergesetzes abweichende, längere Schutzdauer von 25 Jahren notwendig ist. Diese längere Schutzdauer macht es erforderlich, die einzelnen in Artikel 8 des Geschmacksmustergesetzes vorgesehenen Schutzperioden abzuändern. Der Entwurf sieht hier eine Angleichung an die in den Artikeln 9 und 23 des Wiener Abkommens vorgesehenen Schutzperioden vor.

Zu Nummer 5

Da voraussichtlich nur wenige typographische Schriftzeichen hinterlegt werden, bietet sich im Interesse der Übersichtlichkeit und der Einheitlichkeit der Praxis eine zentrale Hinterlegung beim Patentamt an. Dieses ist bereits nach § 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung und Überleitung von Vorschriften auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes vom 18. Juli 1953 (BGBl. I S. 615) für die Hinterlegung von Geschmacksmustern durch Anmelder zuständig, die im Geltungsbereich des Gesetzes weder Niederlassung noch Wohnsitz haben. Durch Nummer 5 wird dem Patentamt daher keine völlig neue Aufgabe übertragen.

Da der optische Eindruck einer neuen Schrift durch die Hinterlegung von Drucktypen, z. B. eines Bleisatzes oder auch eines „Floppy Disk“ (Magnetplatte mit digital gespeicherten Schriftzeichen) auch für einen Fachmann nicht ausreichend vermittelt werden kann, sieht Satz 2 vor, daß die Niederlegung beim Patentamt abwei-

chend von § 7 Abs. 1 des Geschmacksmustergesetzes, der die Hinterlegung eines Exemplares des Musters oder Modells und alternativ einer Abbildung verlangt, auf eine Abbildung der typographischen Schriftzeichen beschränkt wird. Aufgrund der Abbildung der typographischen Schriftzeichen durch alphabetische Aneinanderreihung aller Buchstaben, Zeichen und Ornamente ist die in Nummer 2 des Entwurfs vorgeschriebene Beurteilung der Neuheit und Eigentümlichkeit nach dem Stil oder Gesamteindruck auch für den Fachmann nicht immer ohne Schwierigkeiten möglich. Deshalb soll der Hinterleger verpflichtet sein, einen mit den hinterlegten typographischen Schriftzeichen gedruckten Text beizufügen, der in Zweifelsfällen als Hilfsmittel zur Beurteilung der Neuheit oder Eigentümlichkeit herangezogen werden kann.

Zu Nummer 6

Nummer 6 ist im Hinblick auf Artikel 3 des Wiener Abkommens erforderlich, der den Mitgliedstaaten die Wahl überläßt, ob sie den Schutz für typographische Schriftzeichen nach den Vorschriften des Geschmacksmusterrechts oder des Urheberrechts oder nach den Vorschriften über ein besonderes nationales Schutzrecht ermöglichen wollen. Da in der Bundesrepublik Deutschland der – bei Erfüllung der Schutzvoraussetzungen schon nach geltendem Recht mögliche – urheberrechtliche Schutz typographischer Schriftzeichen nicht ausgeschlossen werden soll, muß klargestellt werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer internationalen Hinterlegung ein Geschmacksmuster entsteht. Im Interesse der Klarstellung und der Übersichtlichkeit im Rechtsverkehr wird auch die in Satz 2 vorgesehene Eintragung der internationalen Hinterlegung in das beim Patentamt geführte Musterregister für erforderlich gehalten.

Absatz 2 sieht eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung vor, um ergänzende Vorschriften über die Form der Anmeldung, z. B. über die Art der Darstellung der Schriftzeichen und der Größe ihrer Abbildung (vgl. Regel 9 der Ausführungsordnung zum Wiener Abkommen), und die Eintragungen in das Musterregister zu ermöglichen.

Zu Artikel 3

(Schlußvorschriften)

Das Abkommen und die in diesem Gesetz vorgesehenen Vorschriften zur Ausführung des Abkommens sowie die aufgrund dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch im Land Berlin gelten. Das Gesetz enthält dafür in Absatz 1 Satz 1 die übliche Berlin-Klausel. Absatz 1 Satz 2 ist im Hinblick auf Artikel 2 Abs. 2 erforderlich.

Die Bestimmung des Absatzes 2 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Abgesehen von der Vorschrift des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6, deren Anwendbarkeit das Inkrafttreten des Wiener Abkommens voraussetzt, besteht keine Notwendigkeit, den Termin für das Inkrafttreten hinauszuschieben. Dies gilt auch für Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 5, weil es sich hier um Vorschriften zur Verbesserung des in der Bundesrepublik Deutschland bereits gewährten Schutzes typographischer Schriftzeichen handelt, die ohne besondere Vorbereitungszeit zur Anwendung gelangen können.

Nach Absatz 3 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 35 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Schlußbemerkungen

Über die voraussichtlichen haushaltsmäßigen Auswirkungen des Gesetzes ist folgendes festzustellen:

- a) Die Ratifikation des Abkommens wird unmittelbar keine haushaltlichen Auswirkungen haben.

Erst wenn es in Kraft getreten ist, nachdem es durch fünf Staaten ratifiziert ist, kann nach Artikel 28 Abs. 3 Buchstabe a v) und Abs. 4 des Abkommens von allen Mitgliedstaaten ein jährlicher Beitrag zum Haushalt des durch das Abkommen gebildeten Verbands zu leisten sein. Ob ein solcher Beitrag erhoben wird, hängt jedoch von der Haushaltslage des Verbands ab. Das Abkommen geht davon aus, daß die für die internationale Hinterlegung vorgesehenen Gebühren die mit der Hinterlegung verbundenen Kosten möglichst decken sollen.

Darüber hinaus sieht Artikel 28 Abs. 5 des Wiener Abkommens einen Betriebsmittelfonds vor, der durch eine einmalige Zahlung der Mitgliedstaaten nach

dem Inkrafttreten des Abkommens gebildet werden soll.

Die Höhe der Einzahlung in den Betriebsmittelfonds ist ebenso wie die Höhe des Beitrags je nach der Beitragsklasse, in die der Mitgliedstaat eingestuft wird, unterschiedlich. Die Beitragsklasse ist durch den Mitgliedstaat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde anzugeben. Es ist beabsichtigt, diejenige Klasse anzugeben, in die die Bundesrepublik Deutschland in Parallelabkommen bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum bereits eingestuft worden ist. Demgemäß ist mit einer Zahlung zum Betriebsmittelfonds zu rechnen, die voraussichtlich 10 000 bis 12 000 DM nicht übersteigen wird.

Da das Abkommen bisher lediglich durch Frankreich ratifiziert worden ist, kann davon ausgegangen werden, daß es voraussichtlich nicht vor 1982 in Kraft treten und die erwähnten haushaltlichen Folgen auslösen wird.

- b) Im Durchschnitt kann mit einer jährlichen Zahl von etwa 20 Anmeldungen typographischer Schriftzeichen in der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden. Unter dieser Voraussetzung wird durch die Vorschrift über die zentrale Hinterlegung beim Deutschen Patentamt (Artikel 2 Nr. 5) keine zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts eintreten.

**Wiener Abkommen
über den Schutz typographischer Schriftzeichen
und ihre internationale Hinterlegung**

unterzeichnet in Wien am 12. Juni 1973

**Vienna Agreement
for the Protection of Type Faces
and their International Deposit**

as signed at Vienna on June 12, 1973

**Arrangement de Vienne
concernant la protection des caractères typographiques
et leur dépôt international**

signé à Vienne le 12 juin 1973

– Amtlicher deutscher Text nach Artikel 39
Absatz 1 Buchstabe b –

The Contracting States,

desiring, in order to encourage the creation of type faces, to provide an effective protection thereof,

conscious of the role which type faces play in the dissemination of culture and of the special requirements which their protection must fulfil,

have agreed as follows:

Les Etats contractants,

désirant, afin d'encourager la création des caractères typographiques, assurer une protection efficace de ceux-ci,

conscients du rôle que les caractères typographiques jouent dans la diffusion de la culture et conscients des exigences particulières auxquelles doit répondre leur protection,

sont convenus de ce qui suit:

Die Vertragsstaaten –

von dem Wunsch geleitet, den typographischen Schriftzeichen einen wirksamen Schutz zu sichern, um ihre Schöpfung zu fördern,

im Bewußtsein der Rolle, die typographische Schriftzeichen bei der Verbreitung der Kultur spielen, und der besonderen Erfordernisse, die ihr Schutz erfüllen muß –

sind wie folgt übereingekommen:

Introductory Provisions

Article 1

Establishment of a Union

The States party to this Agreement constitute a Union for the protection of type faces.

Dispositions introductives

Article premier

Constitution d'une Union

Les Etats parties au présent arrangement sont constitués à l'état d'Union pour la protection des caractères typographiques.

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Errichtung eines Verbands

Die Staaten, die Vertragsstaaten dieses Abkommens sind, bilden einen Verband zum Schutz typographischer Schriftzeichen.

**Article 2
Definitions**

For the purposes of this Agreement and the Regulations,

- (i) "type faces" means sets of designs of:
- (a) letters and alphabets as such with their accessories such as accents and punctuation marks,
 - (b) numerals and other figurative signs such as conventional signs, symbols and scientific signs,

**Article 2
Définitions**

Au sens du présent arrangement et du règlement d'exécution, on entend par

- i) «caractères typographiques», les ensembles de dessins
- a) de lettres et alphabets proprement dits, avec leurs annexes, telles que accents et signes de punctuation,
 - b) de chiffres et d'autres signes figuratifs, tels que signes conventionnels, symboles et signes scientifiques,

**Artikel 2
Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Abkommens und der Ausführungsordnung bedeutet

- i) „typographische Schriftzeichen“ Sätze der Muster von
- a) Buchstaben und Alphabeten im engeren Sinn mit ihrem Zubehör wie Akzenten und Satzzeichen,
 - b) Ziffern und anderen figürlichen Zeichen wie konventionellen Zeichen, Symbolen und wissenschaftlichen Zeichen,

(c) ornaments such as borders, fleurons and vignettes, which are intended to provide means for composing texts by any graphic technique. The term "type faces" does not include type faces of a form dictated by purely technical requirements;	c) d'ornements, tels que bordures, fleurons et vignettes, ensembles destinés à servir de moyens pour composer des textes par toutes techniques graphiques; l'expression «caractères typographiques» ne comprend pas les caractères dont la forme est dictée par des exigences purement techniques;	c) Ornamenten wie Einfassungen, Fleurons und Vignetten, die dazu bestimmt sind, als Mittel zu dienen, um Texte durch graphische Techniken aller Art zu setzen. Der Ausdruck „typographische Schriftzeichen“ umfaßt nicht Schriftzeichen, deren Form durch rein technische Erfordernisse bedingt ist;
(ii) "International Register" means the International Register of Type Faces;	ii) «registre international», le registre international des caractères typographiques;	ii) „Internationales Register“ das Internationale Register typographischer Schriftzeichen;
(iii) "international deposit" means the deposit effected for the purposes of recording in the International Register;	iii) «dépôt international», le dépôt effectué en vue d'une inscription au registre international;	iii) „internationale Hinterlegung“ die Hinterlegung zum Zweck der Eintragung in das Internationale Register;
(iv) "applicant" means the natural person who, or the legal entity which, effects an international deposit;	iv) «déposant», la personne physique ou morale qui effectue un dépôt international;	iv) „Anmelder“ die natürliche oder juristische Person, die eine internationale Hinterlegung vornimmt;
(v) "owner of the international deposit" means the natural person or the legal entity in whose name the international deposit is recorded in the International Register;	v) «titulaire du dépôt international», la personne physique ou morale dont le nom est inscrit au registre international en tant que titulaire du dépôt international;	v) „Inhaber der internationalen Hinterlegung“ die natürliche oder juristische Person, auf deren Namen die internationale Hinterlegung in dem Internationalen Register eingetragen ist;
(vi) "Contracting States" means the States party to this Agreement;	vi) «Etats contractants», les Etats parties au présent arrangement;	vi) „Vertragsstaaten“ die Vertragsstaaten dieses Abkommens;
(vii) "Union" means the Union established by this Agreement;	vii) «Union», l'Union instituée par le présent arrangement;	vii) „Verband“ den durch dieses Abkommen gebildeten Verband;
(viii) "Assembly" means the Assembly of the Union;	viii) «Assemblée», l'Assemblée de l'Union;	viii) „Versammlung“ die Versammlung des Verbands;
(ix) "Paris Convention" means the Convention for the Protection of Industrial Property signed on March 20, 1883, including any of its revisions;	ix) «Convention de Paris», la Convention pour la protection de la propriété industrielle signée le 20 mars 1883, y compris chacun de ses Actes révisés;	ix) „Pariser Verbandsübereinkunft“ die am 20. März 1883 unterzeichnete Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums mit allen ihren Revisionen;
(x) "Organization" means the World Intellectual Property Organization;	x) «Organisation», l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle;	x) „Organisation“ die Weltorganisation für geistiges Eigentum;
(xi) "International Bureau" means the International Bureau of the Organization and, as long as it subsists, the United International Bureaux for the Protection of Intellectual Property (BIRPI);	xi) «Bureau international», le Bureau international de l'Organisation et, tant qu'ils existeront, les Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété intellectuelle (BIRPI);	xi) „Internationales Büro“ das Internationale Büro der Organisation und, solange sie bestehen, die Vereinigten Internationalen Büros zum Schutze des geistigen Eigentums (BIRPI);
(xii) "Director General" means the Director General of the Organization;	xii) «Directeur général», le Directeur général de l'Organisation;	xii) „Generaldirektor“ den Generaldirektor der Organisation;
(xiii) "Regulations" means the Regulations under this Agreement.	xiii) «règlement d'exécution», le règlement d'exécution du présent arrangement.	xiii) „Ausführungsordnung“ die Ausführungsordnung zu diesem Abkommen.

Chapter I National Protection

Article 3

Principle and Kinds of Protection

The Contracting States undertake, in accordance with the provisions of this Agreement, to ensure the protection of type faces, by establishing a special national deposit, or by adapting the deposit provided for in their national industrial design laws, or by their national copyright

Chapitre premier Protection nationale

Article 3

Principe et modes de la protection

Les Etats contractants s'engagent à assurer, conformément aux dispositions du présent arrangement, la protection des caractères typographiques, soit par l'institution d'un dépôt national spécial, soit par l'aménagement du dépôt prévu par leur législation nationale sur les des-

Kapitel I Nationaler Schutz

Artikel 3

Grundsatz und Arten des Schutzes

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, den Schutz typographischer Schriftzeichen nach diesem Abkommen durch die Einrichtung einer besonderen nationalen Hinterlegung, durch Anpassung der in ihren nationalen Rechtsvorschriften über gewerbliche Muster und Modelle vorge-

provisions. These kinds of protection may be cumulative.

sins et modèles industriels, soit encore par leurs dispositions nationales sur le droit d'auteur. Ces modes de protection peuvent être cumulés.

sehenen Hinterlegung oder durch ihre nationalen Urheberrechtsvorschriften zu gewährleisten. Die genannten Schutzarten können nebeneinander vorgesehen werden.

Article 4
Natural Persons
and Legal Entities Protected

(1) In Contracting States which declare under Article 34 that they intend to ensure protection by establishing a special national deposit or by adapting their national industrial design laws, the protection of this Agreement shall apply to natural persons who, or legal entities which, are residents or nationals of a Contracting State.

(2) (a) In Contracting States which declare under Article 34 that they intend to ensure protection by their national copyright provisions, the protection of this Agreement shall apply to:

- (i) creators of type faces who are nationals of one of the Contracting States;
- (ii) creators of type faces who are not nationals of one of the Contracting States but whose type faces are published for the first time in one of such States.

(b) Any Contracting State referred to in subparagraph (a) may assimilate creators of type faces who have their habitual residence or domicile in a Contracting State to creators of type faces who are nationals of that State.

(3) For the purposes of the Agreement, any association of natural persons or legal entities which, under the national law of the State according to which it is constituted, may acquire rights and assume obligations, notwithstanding the fact that it is not a legal entity, shall be assimilated to a legal entity. However, any Contracting State may protect, in lieu of the said association, the natural persons or legal entities constituting it.

Article 5
National Treatment

(1) Each Contracting State shall be obliged to grant to all natural persons and legal entities entitled to claim the benefits of this Agreement the protection afforded to its nationals according to the kind of protection which such Contracting State declares under Article 34.

(2) If a Contracting State referred to in Article 4 (2) requires, under its domestic law, compliance with formalities as a con-

Article 4
Personnes protégées

1) Dans les Etats contractants qui déclarent conformément à l'article 34 qu'ils entendent assurer la protection par l'institution d'un dépôt national spécial ou par l'aménagement du dépôt prévu par leur législation nationale sur les dessins et modèles industriels, sont protégées en vertu du présent arrangement les personnes physiques ou morales domiciliées dans un Etat contractant ou ayant la nationalité d'un tel Etat.

2) a) Dans les Etats contractants qui déclarent conformément à l'article 34 qu'ils entendent assurer la protection par leurs dispositions nationales sur le droit d'auteur, sont protégés en vertu du présent arrangement

- i) les créateurs de caractères typographiques ayant la nationalité d'un Etat contractant;
- ii) les créateurs de caractères typographiques n'ayant pas la nationalité d'un Etat contractant mais dont les caractères typographiques sont publiés pour la première fois dans un tel Etat.

b) Tout Etat contractant visé au sous-alinéa a) peut assimiler aux créateurs de caractères typographiques ayant la nationalité d'un Etat contractant les créateurs de caractères typographiques ayant leur résidence habituelle ou leur domicile dans cet Etat.

3) Les groupements de personnes physiques ou morales auxquels la législation nationale selon laquelle ils sont constitués permet d'acquérir des droits et d'assumer des obligations bien qu'ils ne soient pas des personnes morales sont assimilés à des personnes morales aux fins du présent arrangement. Toutefois, tout Etat contractant peut protéger, au lieu desdits groupements, les personnes physiques ou morales qui les constituent.

Article 5
Traitement national

1) Tout Etat contractant est tenu d'accorder à toutes les personnes physiques et morales qui ont qualité pour invoquer le bénéfice du présent arrangement la protection dont bénéficieront ses nationaux selon le mode qu'il a indiqué conformément à l'article 34.

2) Lorsqu'un Etat contractant visé à l'article 4.2) exige, en vertu de sa législation nationale, l'accomplissement de for-

Artikel 4
Geschützte natürliche
und juristische Personen

(1) In Vertragsstaaten, die gemäß Artikel 34 erklären, daß sie den Schutz durch Einrichtung einer besonderen nationalen Hinterlegung oder durch Anwendung ihrer nationalen Rechtsvorschriften über gewerbliche Muster und Modelle gewährleisten wollen, erstreckt sich der Schutz nach diesem Abkommen auf natürliche und juristische Personen, die ihren Sitz in einem Vertragsstaat haben oder Angehörige eines Vertragsstaats sind.

(2) a) In Vertragsstaaten, die nach Artikel 34 erklären, daß sie den Schutz durch ihre nationalen Urheberrechtsvorschriften gewährleisten wollen, gilt der Schutz nach diesem Abkommen für

- i) Schöpfer typographischer Schriftzeichen, die Angehörige eines Vertragsstaats sind;
- ii) Schöpfer typographischer Schriftzeichen, die nicht Angehörige eines Vertragsstaats sind, deren typographische Schriftzeichen jedoch zum ersten Mal in einem Vertragsstaat veröffentlicht worden sind.

b) Jeder unter Buchstabe a bezeichnete Vertragsstaat kann die Schöpfer typographischer Schriftzeichen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihren Sitz in einem Vertragsstaat haben, den Schöpfern typographischer Schriftzeichen gleichstellen, die Angehörige dieses Staates sind.

(3) Im Sinne dieses Abkommens steht eine Vereinigung natürlicher oder juristischer Personen, die nach dem nationalen Recht, nach dem sie gegründet ist, Rechte erwerben und Verpflichtungen eingehen kann, obwohl sie keine juristische Person ist, einer juristischen Person gleich. Ein Vertragsstaat kann jedoch statt dieser Vereinigung die sie bildenden natürlichen oder juristischen Personen schützen.

Artikel 5
Inländerbehandlung

(1) Jeder Vertragsstaat ist verpflichtet, allen natürlichen und juristischen Personen, welche die Rechtsvorteile dieses Abkommens in Anspruch nehmen können, den Schutz zu gewähren, der seinen Staatsangehörigen entsprechend der Art des Schutzes, die der Vertragsstaat nach Artikel 34 angibt, gewährt wird.

(2) Verlangt ein in Artikel 4 Absatz 2 bezeichneter Vertragsstaat nach seinem nationalen Recht die Erfüllung von Förm-

dition of protecting type faces, these should be considered as fulfilled, with respect to type faces whose creators are referred to in Article 4 (2), if all the copies of the type faces published with the authority of the Creator or other owner entitled to protection are accompanied by or, as the case may be, bear a notice consisting of the symbol © accompanied by the name of the owner entitled to protection and the year date of the first such publication placed in such a manner as to give reasonable notice of claim of protection.

Article 6

Concepts of Residence and Nationality

(1) (a) Any natural person shall be regarded as a resident of a Contracting State for the purposes of Articles 4 (1) and 13 if:

- i) according to the national law of that State he is a resident of that State, or
- ii) he has a real and effective industrial or commercial establishment in that State.

(b) Any natural person shall be regarded as a national of a Contracting State for the purposes of Articles 4 (1) and 13 if, according to the national law of that State, he is a national of that State.

(2) (a) Any legal entity shall be regarded as a resident of a Contracting State for the purposes of Articles 4 (1) and 13 if it has a real and effective industrial or commercial establishment in that State.

(b) Any legal entity shall be regarded as a national of a Contracting State for the purposes of Articles 4 (1) and 13 if it is constituted according to the national law of that State.

(3) Where any natural person or legal entity invoking the benefits of this Agreement is a resident of one State and a national of another State, and where only one of those States is a Contracting State, the Contracting State alone shall be considered for the purposes of this Agreement and the Regulations.

Article 7

Conditions of Protection

(1) The protection of type faces shall be subject to the condition that they be novel, or to the condition that they be original, or to both conditions.

malités à titre de condition de la protection des caractères typographiques, ces exigences sont considérées comme satisfaites pour les caractères typographiques dont les créateurs sont visés à l'article 4.2) si tous les exemplaires des caractères typographiques qui sont publiés avec l'autorisation du créateur ou de tout autre titulaire bénéficiaire de la protection sont accompagnés par une mention ou, le cas échéant, portent une mention constituée par le symbole © accompagné de l'indication du nom du titulaire bénéficiaire de la protection et de l'année de la première publication, apposée d'une manière montrant de façon nette que la protection est réservée.

Article 6

Notions de domicile et de nationalité

1) a) Aux fins des articles 4.1) et 13, une personne physique est considérée comme domiciliée dans un Etat contractant si

- i) selon la législation nationale de cet Etat, elle a son domicile dans cet Etat, ou si
- ii) elle a un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux dans cet Etat.

b) Aux fins des articles 4.1) et 13, une personne physique est considérée comme ayant la nationalité d'un Etat contractant si tel est le cas selon la législation nationale de cet Etat.

2) a) Aux fins des articles 4.1) et 13, une personne morale est considérée comme domiciliée dans un Etat contractant si elle a dans cet Etat un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux.

b) Aux fins des articles 4.1) et 13, une personne morale est considérée comme ayant la nationalité d'un Etat contractant si elle est constituée conformément à la législation nationale de cet Etat.

3) Lorsqu'une personne physique ou morale qui invoque le bénéfice du présent arrangement a son domicile dans un Etat et a la nationalité d'un autre et qu'un seul des deux est un Etat contractant, seul l'Etat contractant est pris en considération aux fins du présent arrangement et du règlement d'exécution.

Article 7

Conditions de la protection

1) La protection des caractères typographiques est subordonnée soit à la condition qu'ils soient nouveaux, soit à la condition qu'ils soient originaux, ou à ces deux conditions à la fois.

lichkeiten als Voraussetzung für den Schutz typographischer Schriftzeichen, so sind diese Förmlichkeiten hinsichtlich der typographischen Schriftzeichen, deren Schöpfer unter Artikel 4 Absatz 2 fallen, als erfüllt anzusehen, wenn alle Exemplare der typographischen Schriftzeichen, die mit Erlaubnis des Schöpfers oder eines anderen Rechtsinhabers veröffentlicht werden, von einem Vermerk begleitet sind oder gegebenenfalls selbst einen Vermerk tragen, der aus dem Kennzeichen© in Verbindung mit dem Namen des Rechtsinhabers sowie dem Jahr der ersten Veröffentlichung besteht und so angebracht ist, daß der Schutzanspruch ausreichend zur Kenntnis gebracht wird.

Artikel 6

Begriffe des Sitzes und der Staatsangehörigkeit

(1) a) Im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 und des Artikels 13 hat eine natürliche Person ihren Sitz in einem Vertragsstaat,

- i) wenn sie nach dem nationalen Recht dieses Staates in diesem ihren Wohnsitz hat oder
- ii) wenn sie in diesem Staat eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat.

b) Im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 und des Artikels 13 ist eine natürliche Person Angehörige eines Vertragsstaats, wenn sie nach dem nationalen Recht dieses Staates dessen Staatsangehörigkeit besitzt.

(2) a) Im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 und des Artikels 13 hat eine juristische Person ihren Sitz in einem Vertragsstaat, wenn sie in diesem Staat eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat.

b) Im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 und des Artikels 13 ist eine juristische Person Angehörige eines Vertragsstaats, wenn sie nach dem nationalen Recht dieses Staates gegründet worden ist.

(3) Wenn eine natürliche oder juristische Person, welche die Rechtsvorteile dieses Abkommens in Anspruch nimmt, ihren Sitz in einem Staat hat und Angehörige eines anderen Staates ist und wenn nur einer dieser Staaten ein Vertragsstaat ist, so ist hinsichtlich der Anwendung dieses Abkommens und der Ausführungsordnung nur der Vertragsstaat in Betracht zu ziehen.

Artikel 7

Voraussetzungen für den Schutz

(1) Der Schutz typographischer Schriftzeichen setzt voraus, daß sie entweder neu oder eigentümlich sind oder daß sie beide Bedingungen erfüllen.

(2) The novelty and the originality of type faces shall be determined in relation to their style or overall appearance, having regard, if necessary, to the criteria recognized by the competent professional circles.

2) La nouveauté et l'originalité des caractères typographiques s'apprécient en fonction de leur style ou aspect d'ensemble, en tenant compte, le cas échéant, des critères admis par les milieux professionnels qualifiés.

(2) Die Neuheit und die Eigentümlichkeit der typographischen Schriftzeichen werden durch den Stil oder den Gesamteindruck bestimmt, wobei erforderlichenfalls die in beruflichen Fachkreisen anerkannten Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind.

Article 8

Content of Protection

(1) Protection of type faces shall confer upon the owner thereof the right to prohibit:

- (i) the making, without his consent, of any reproduction, whether identical or slightly modified, intended to provide means for composing texts by any graphic technique, irrespective of the technical means or material used;
- (ii) the commercial distribution or importation of such reproductions without his consent.

(2) (a) Subject to subparagraph (b), the right defined in paragraph (1) applies irrespective of whether or not the protected type faces have been known to the maker of the reproduction.

(b) Contracting States in which originality is a condition of protection are not required to apply subparagraph (a).

(3) The right provided for in paragraph (1) shall also cover any reproduction of type faces obtained by the distortion, by any purely technical means, of the protected type faces, where the essential features thereof remain recognizable.

(4) The making of elements of type faces, by a person acquiring type faces, during the ordinary course of the composition of texts, shall not be considered a reproduction within the meaning of paragraph (1) (i).

(5) Contracting States may take legislative measures to avoid abuses which might result from the exercise of the exclusive right provided under this Agreement in cases where, apart from the protected type faces in question, no other type faces are available in order to achieve a particular purpose in the public interest. The legislative measures shall not, however, prejudice the right of the owner to just remuneration for the use of his type faces. Nor shall the protection of type faces under any circumstances be subject to any forfeiture either by reason of failure to work or by reason of the im-

Article 8

Contenu de la protection

1) La protection des caractères typographiques confère au titulaire le droit d'interdire

- i) de confectionner sans son consentement toute reproduction, identique ou légèrement modifiée, destinée à servir de moyens pour composer des textes par toutes techniques graphiques, quels que soient le moyen technique et la matière employés;
- ii) de mettre dans le commerce ou d'importer de telles reproductions sans son consentement.

2) a) Sous réserve du sous-alinéa b), le droit prévu à l'alinéa 1) existe que les caractères typographiques protégés aient été connus ou non de l'auteur de la reproduction.

b) Les Etats contractants dans lesquels l'originalité est une condition de la protection ne sont pas tenus d'appliquer les dispositions du sous-alinéa a).

3) Le droit prévu à l'alinéa 1) vise également toute reproduction de caractères typographiques obtenue en déformant, par tous moyens purement techniques, les caractères typographiques protégés, lorsque les caractéristiques essentielles de ces derniers demeurent reconnaissables.

4) N'est pas considérée comme reproduction au sens de l'alinéa 1) i) la confection d'éléments de caractères typographiques réalisée par l'acquéreur des caractères typographiques au cours du processus normal de la composition des textes.

5) Les Etats contractants peuvent prendre des mesures législatives pour éviter les abus qui pourraient résulter de l'exercice du droit exclusif prévu par le présent arrangement, dans les cas où, hors les caractères typographiques protégés en cause, il n'existe pas de caractères typographiques disponibles pour atteindre un but déterminé d'intérêt public. Ces mesures législatives ne peuvent toutefois porter atteinte au droit du titulaire à une rémunération équitable pour l'utilisation de ses caractères typographiques. La protection des caractères typographiques ne peut être atteinte par

Artikel 8

Schutzzinhalt

(1) Der Schutz typographischer Schriftzeichen gewährt dem Inhaber das Recht zu verbieten:

- i) ohne seine Zustimmung identische oder nur geringfügig abweichende Schriftzeichen herzustellen, die dazu bestimmt sind, als Mittel zum Setzen von Texten durch graphische Techniken aller Art zu dienen, gleichgültig, welches technische Mittel oder Material verwendet wird;
- ii) ohne seine Zustimmung solche Schriftzeichen gewerblich zu verbreiten oder einzuführen.

(2) a) Vorbehaltlich des Buchstabens b) besteht das in Absatz 1 näher bestimmte Recht ohne Rücksicht darauf, ob dem Hersteller der Schriftzeichen die geschützten typographischen Schriftzeichen bekannt waren oder nicht.

b) Vertragsstaaten, in denen die Eigentümlichkeit eine Voraussetzung des Schutzes ist, sind nicht verpflichtet, die Vorschrift des Buchstabens a) anzuwenden.

(3) Das Recht nach Absatz 1 gilt auch für jede Herstellung typographischer Schriftzeichen, die im Weg der Verzerrung geschützter typographischer Schriftzeichen durch rein technische Mittel erreicht wird, sofern die wesentlichen Merkmale der geschützten Zeichen erkennbar bleiben.

(4) Die Anfertigung einzelner Teile von typographischen Schriftzeichen, die durch einen Erwerber typographischer Schriftzeichen im gewöhnlichen Verlauf des Setzens von Texten erfolgt, gilt nicht als Herstellung im Sinne des Absatzes 1 (i).

(5) Die Vertragsstaaten können gesetzgeberische Maßnahmen ergreifen, um Mißbräuche zu verhüten, die sich aus der Ausübung des durch dieses Abkommen vorgesehenen ausschließlichen Rechts in Fällen ergeben können, in denen außer den betreffenden geschützten keine anderen typographischen Schriftzeichen zur Verfügung stehen, um einen bestimmten Zweck im öffentlichen Interesse zu erfüllen. Die gesetzgeberischen Maßnahmen dürfen jedoch das Recht des Inhabers auf angemessene Entschädigung für die Benutzung seiner typographischen Schriftzeichen nicht beein-

portation of reproductions of the protected type faces.

une déchéance quelconque, soit pour défaut d'exploitation soit pour introduction de reproductions des caractères typographiques protégés.

trächtigen. Auch unterliegt der Schutz typographischer Schriftzeichen unter keinen Umständen dem Verfall, sei es wegen unterlassener Ausübung, sei es wegen der Einfuhr von Exemplaren der geschützten typographischen Schriftzeichen.

Article 9

Term of Protection

(1) The term of protection may not be less than fifteen years.

(2) The term of protection may be divided into several periods, each extension being granted only at the request of the owner of the protected type faces.

Article 9

Durée de la protection

1) La durée de la protection ne peut être inférieure à quinze ans.

2) La durée de la protection peut être fractionnée en plusieurs périodes, chaque prolongation n'étant accordée que sur requête du titulaire du droit.

Artikel 9

Schutzdauer

(1) Die Dauer des Schutzes beträgt mindestens 15 Jahre.

(2) Die Dauer des Schutzes kann in mehrere Zeitabschnitte eingeteilt werden, wobei jede Verlängerung nur auf Antrag des Rechtsinhabers gewährt wird.

Article 10

Cumulative Protection

The provisions of this Agreement shall not preclude the making of a claim to the benefit of any more extensive protection granted by national laws and shall in no way affect the protection granted by other international conventions.

Article 10

Cumul de protection

Les dispositions du présent arrangement n'empêchent pas de revendiquer l'application de dispositions nationales conférant une protection plus étendue et ne portent aucune atteinte à la protection accordée par d'autres conventions internationales.

Artikel 10

Kumulativer Schutz

Dieses Abkommen schließt die Inanspruchnahme eines weitergehenden Schutzes, den das nationale Recht vorsieht, nicht aus und es beeinträchtigt in keiner Weise den Schutz, den andere internationale Übereinkünfte gewähren.

Article 11

Right of Priority

For the purposes of the right of priority, if applicable, national deposits of type faces shall be considered deposits of industrial designs.

Article 11

Droit de priorité

Aux fins du droit de priorité, dans les cas où un tel droit est applicable, le dépôt national de caractères typographiques est considéré comme un dépôt de dessins et modèles industriels.

Artikel 11

Prioritätsrecht

Für Zwecke des Prioritätsrechts gilt gegebenenfalls eine nationale Hinterlegung typographischer Schriftzeichen als Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle.

Chapter II

International Deposit

Chapitre II

Dépôt international

Kapitel II

Internationale Hinterlegung

Article 12

International Deposit and Recording

(1) Subject to the provisions of paragraph (2), the international deposit shall be effected direct with the International Bureau, which shall record it in the International Register in accordance with this Agreement and the Regulations.

(2) (a) The national law of any Contracting State may provide that international deposits by natural persons or legal entities residing in the respective State may be effected through the intermediary of the competent Office of that State.

(b) Where an international deposit is effected, as provided for in subparagraph (a), through the intermediary of a competent Office of a Contracting State, that Office shall indicate the date on which it received the international deposit and shall transmit the said deposit in good time to the International Bureau in the manner provided for in the Regulations.

Article 12

Dépôt international et inscription au registre international

1) Sous réserve de l'alinéa 2), le dépôt international est effectué directement auprès du Bureau international, qui l'inscrit au registre international conformément au présent arrangement et au règlement d'exécution.

2) a) La législation nationale de tout Etat contractant peut disposer que les dépôts internationaux des personnes physiques et morales domiciliées dans cet Etat peuvent être effectués par l'intermédiaire de l'administration compétente dudit Etat.

b) Lorsqu'un dépôt international est effectué, en vertu du sous-alinéa a), par l'intermédiaire de l'administration compétente d'un Etat contractant, cette administration indique la date à laquelle elle a reçu le dépôt international et le transmet à bref délai au Bureau international, conformément au règlement d'exécution.

Artikel 12

Internationale Hinterlegung und Eintragung

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 wird die internationale Hinterlegung unmittelbar bei dem Internationalen Büro vorgenommen, das sie gemäß diesem Abkommen und der Ausführungsordnung in das Internationale Register einträgt.

(2) a) Das nationale Recht jedes Vertragsstaats kann vorsehen, daß internationale Hinterlegungen durch natürliche oder juristische Personen, die ihren Sitz in dem betreffenden Staat haben, durch Vermittlung des zuständigen Amtes dieses Staates bewirkt werden können.

b) Wird eine internationale Hinterlegung nach Buchstabe a durch Vermittlung eines zuständigen Amtes eines Vertragsstaats vorgenommen, so vermerkt das Amt den Zeitpunkt, zu dem es die internationale Hinterlegung erhalten hat, und leitet diese Hinterlegung in der in der Ausführungsordnung vorgesehenen Weise unverzüglich an das Internationale Büro weiter.

Article 13**Right to Effect International Deposits
and to Own Such Deposits.**

(1) Any natural person who, or legal entity which, is a resident or a national of a Contracting State may effect and be the owner of international deposits.

(2) (a) Any association of natural persons or legal entities which, under the national law of the State according to which it is constituted, may acquire rights and assume obligations, notwithstanding the fact that it is not a legal entity, shall have the right to effect international deposits and to own such deposits if it is a resident or national of a Contracting State.

(b) Subparagraph (a) shall be without prejudice to the application of the national law of any Contracting State. However, no such State shall refuse or cancel the effects provided for in Article 18 with respect to an association of the kind referred to in subparagraph (a) on the ground that it is not a legal entity if, within two months from the date of an invitation addressed to it by the competent Office of that State, the said association files with that Office a list of the names and addresses of all the natural persons or legal entities constituting it, together with a declaration that its members are engaged in a joint enterprise. In such a case, the said State may consider the natural persons or legal entities constituting the said association to be the owners of the international deposit, in lieu of the association itself, provided that the said persons or entities fulfil the conditions set forth in paragraph (1).

Article 14**Contents and Form
of the International Deposit**

(1) The international deposit shall contain:

- (i) a signed instrument of international deposit declaring that the deposit is effected under this Agreement, and indicating the identity, residence, nationality and address of the applicant as well as the name of the creator of the type faces for which protection is sought or that the creator has renounced being mentioned as such;
- (ii) a representation of the type faces;
- (iii) payment of the prescribed fees.

Article 13**Qualité pour effectuer
un dépôt international
et être titulaire d'un tel dépôt**

1) Toute personne physique ou morale qui est domiciliée dans un Etat contractant ou a la nationalité d'un tel Etat peut effectuer un dépôt international et être titulaire d'un tel dépôt.

2) a) Les groupements de personnes physiques ou morales auxquels la législation nationale selon laquelle ils sont constitués permet d'acquérir des droits et d'assumer des obligations bien qu'ils ne soient pas des personnes morales ont qualité pour effectuer des dépôts internationaux et être titulaires de tels dépôts s'ils sont domiciliés dans un Etat contractant ou ont la nationalité d'un tel Etat.

b) Le sous-alinéa a) ne fait pas obstacle à l'application de la législation nationale des Etats contractants. Toutefois, aucun de ces Etats ne peut refuser ni annuler les effets prévus à l'article 18 à l'égard d'un groupement du type visé au sous-alinéa a) pour le motif qu'il n'a pas la personnalité morale si, dans les deux mois qui suivent la date d'une invitation lui ayant été adressée par l'administration compétente de cet Etat, ledit groupement dépose auprès de cette administration une liste des noms et adresses de toutes les personnes physiques ou morales qui le constituent, accompagnée d'une déclaration selon laquelle ses membres exploitent une entreprise commune. Dans ce cas, l'Etat en cause peut considérer comme titulaires du dépôt international, au lieu dudit groupement, les personnes physiques ou morales qui le constituent, pour autant que ces dernières remplissent les conditions posées par l'alinéa 1).

Article 14**Contenu et forme du dépôt international**

1) Le dépôt international comporte

- i) un instrument de dépôt international signé, déclarant que ce dépôt est effectué en vertu du présent arrangement, indiquant l'identité, le domicile, la nationalité et l'adresse du déposant et mentionnant le nom du créateur des caractères typographiques dont la protection est requise ou indiquant que celui-ci a renoncé à être mentionné comme tel;
- ii) une représentation des caractères typographiques;
- iii) le paiement des taxes prescrites.

Artikel 13**Das Recht, eine internationale
Hinterlegung vorzunehmen
und Inhaber einer
solchen Hinterlegung zu sein**

(1) Jede natürliche oder juristische Person, die ihren Sitz in einem Vertragsstaat hat oder Angehörige eines Vertragsstaats ist, kann eine internationale Hinterlegung vornehmen und Inhaber einer solchen Hinterlegung sein.

(2) a) Jede Vereinigung natürlicher oder juristischer Personen, die nach dem nationalen Recht, nach dem sie gegründet ist, Rechte erwerben und Verpflichtungen eingehen kann, obwohl sie keine juristische Person ist, hat das Recht, internationale Hinterlegungen vorzunehmen und Inhaber solcher Hinterlegungen zu sein, wenn sie ihren Sitz in einem Vertragsstaat hat oder Angehörige eines Vertragsstaats ist.

b) Buchstabe a) hindert nicht die Anwendung des nationalen Rechts eines Vertragsstaats. Jedoch darf ein Vertragsstaat einer unter Buchstabe a) bezeichneten Vereinigung die in Artikel 18 vorgesehenen Wirkungen nicht mit der Begründung versagen oder aufheben, sie sei keine juristische Person, wenn diese Vereinigung innerhalb von zwei Monaten beginnend mit dem Tag, an dem das zuständige Amt des Staates eine Aufforderung an sie gerichtet hat, diesem Amt eine Liste der Namen und Anschriften aller natürlichen und juristischen Personen, aus denen sie besteht, einreicht mit der Erklärung, daß ihre Mitglieder ein gemeinsames Unternehmen betreiben. In einem solchen Fall kann der betreffende Staat die natürlichen oder juristischen Personen, aus denen die Vereinigung besteht, statt der Vereinigung selbst als Inhaber der internationalen Hinterlegung betrachten, sofern diese Personen die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllen.

Artikel 14**Inhalt und Form
der internationalen Hinterlegung**

(1) Die internationale Hinterlegung hat zu umfassen

- i) eine unterschriebene Urkunde über die internationale Hinterlegung, in der erklärt wird, daß die Hinterlegung auf Grund dieses Abkommens vorgenommen wird, und in der die Personalien, der Sitz, die Staatsangehörigkeit und die Anschrift des Anmelders angegeben werden sowie der Name des Schöpfers der typographischen Schriftzeichen, deren Schutz beantragt wird, genannt oder mitgeteilt wird, daß dieser auf die Nennung seines Namens verzichtet hat;
- ii) eine Darstellung der typographischen Schriftzeichen;
- iii) die Zahlung der vorgeschriebenen Gebühren.

(2) The instrument of international deposit may contain:

- (i) a declaration claiming the priority of one or more earlier deposits effected in or for one or more States party to the Paris Convention;
- (ii) an indication of the denomination given to the type faces by the applicant;
- (iii) the appointment of a representative;
- (iv) such additional indications as are provided for in the Regulations.

(3) The instrument of international deposit shall be in one of the languages prescribed by the Regulations.

2) L'instrument de dépôt international peut

- i) comporter une déclaration revendiquant la priorité d'un ou de plusieurs dépôts antérieurs effectués dans ou pour un ou plusieurs Etats parties à la Convention de Paris;
- ii) indiquer la dénomination que le déposant donne aux caractères typographiques;
- iii) comporter la constitution d'un mandataire;
- iv) comporter toutes autres indications prévues dans le règlement d'exécution.

3) L'instrument de dépôt international doit être rédigé dans une des langues prescrites par le règlement d'exécution.

(2) Die Urkunde über die internationale Hinterlegung kann umfassen

- i) eine Erklärung über die Inanspruchnahme der Priorität einer oder mehrerer früherer Hinterlegungen, die in einem oder mehreren oder für einen oder mehrere Vertragsstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft vorgenommen worden sind;
- ii) die Bezeichnung, die der Anmelder den typographischen Schriftzeichen gegeben hat;
- iii) die Bestellung eines Vertreters;
- iv) weitere Angaben nach Maßgabe der Ausführungsordnung.

(3) Die Urkunde über die internationale Hinterlegung muß in einer durch die Ausführungsordnung vorgeschriebenen Sprachen abgefaßt sein.

Article 15

Recording or Declining of the International Deposit

(1) Subject to paragraph (2), the International Bureau shall promptly record the international deposit in the International Register. The date of the international deposit shall be the date on which it was received by the International Bureau or, if the international deposit has been effected, as provided for in Article 12 (2), through the intermediary of the competent Office of a Contracting State, the date on which that Office received the deposit, provided that the deposit reaches the International Bureau before the expiration of a period of one month following that date.

(2) (a) Where the International Bureau finds any of the following defects, it shall invite the applicant, unless it is clearly impossible to reach him, to correct the defect within three months from the date on which it sent the invitation:

- (i) the instrument of international deposit does not contain an indication that it is effected under this Agreement;
- (ii) the instrument of international deposit does not contain such indications concerning the residence and nationality of the applicant as to permit the conclusion that he has the right to effect international deposits;
- (iii) the instrument of international deposit does not contain such indications concerning the applicant as are necessary to permit him to be identified and reached by mail;

Article 15

Inscription ou rejet du dépôt international

1) Sous réserve de l'alinéa 2), le Bureau international inscrit à bref délai le dépôt international au registre international; la date du dépôt international est celle du jour auquel il est parvenu au Bureau international, ou, s'il s'agit d'un dépôt international effectué, en vertu de l'article 12.2), par l'intermédiaire de l'administration compétente d'un Etat contractant, la date de réception du dépôt par cette administration, sous réserve que ce dépôt parvienne au Bureau international avant l'expiration d'un mois à compter de cette date.

2) a) Le Bureau international invite le déposant, à moins qu'il ne soit manifestement impossible de l'atteindre, à corriger, dans un délai de trois mois à compter de l'envoi de cette invitation, les irrégularités suivantes, lorsqu'il en constate l'existence:

- i) l'instrument de dépôt international n'indique pas que le dépôt international est effectué en vertu du présent arrangement;
- ii) l'instrument de dépôt international ne contient pas, au sujet du domicile et de la nationalité du déposant, les indications qui permettent de conclure qu'il a qualité pour effectuer un dépôt international;
- iii) l'instrument de dépôt international ne contient pas les indications nécessaires pour identifier le déposant et l'atteindre par la voie postale;

Artikel 15

Eintragung oder Ablehnung der internationalen Hinterlegung

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 trägt das Internationale Büro die internationale Hinterlegung unverzüglich in das Internationale Register ein. Als Zeitpunkt der internationalen Hinterlegung gilt der Zeitpunkt, in dem sie beim Internationalen Büro eingegangen ist, oder, wenn die internationale Hinterlegung gemäß Artikel 12 Absatz 2 durch Vermittlung des zuständigen Amtes eines Vertragsstaats vorgenommen worden ist, der Zeitpunkt, in dem die Hinterlegung bei diesem Amt eingegangen ist, sofern die Hinterlegung beim Internationalen Büro vor Ablauf eines Monats nach diesem Zeitpunkt eingeht.

(2) a) Stellt das Internationale Büro einen der nachstehenden Mängel fest, so fordert es den Anmelder – sofern es nicht offensichtlich unmöglich ist, ihn zu erreichen – auf, den Mangel innerhalb von drei Monaten nach Absendung der Aufforderung zu beheben:

- i) die Urkunde über die internationale Hinterlegung enthält keine Erklärung, daß die Hinterlegung auf Grund dieses Abkommens vorgenommen wird;
- ii) die Urkunde über die internationale Hinterlegung enthält nicht diejenigen Angaben über Sitz und Staatsangehörigkeit des Anmelders, die eine Entscheidung über seine Berechtigung zur Vornahme internationaler Hinterlegungen erlauben;
- iii) die Urkunde über die internationale Hinterlegung enthält nicht diejenigen Angaben, die erforderlich sind, um die Feststellung der Person des Anmelders und die Postzustellung an ihn zu ermöglichen;

- (iv) the instrument of international deposit does not contain an indication of the name of the creator of the type faces or of the fact that the creator has renounced being mentioned as such;
- (v) the instrument of international deposit is not signed;
- (vi) the instrument of international deposit is not in one of the languages prescribed by the Regulations;
- (vii) the international deposit does not contain a representation of the type faces;
- (viii) the prescribed fees have not been paid.

(b) If the defect or defects are corrected in due time, the International Bureau shall record the international deposit in the International Register, and the date of the international deposit shall be the date on which the International Bureau receives the correction of the said defect or defects.

(c) If the defect or defects are not corrected in due time, the International Bureau shall decline the international deposit, inform the applicant accordingly, and reimburse to him part of the fees paid, as provided in the Regulations. If the international deposit is effected through the intermediary of the competent Office of a Contracting State, as provided for in Article 12 (2), the International Bureau shall also inform that Office of the declining.

Article 16

Avoiding Certain Effects of Declining

(1) Where the International Bureau has declined the international deposit, the applicant may, within two months from the date of the notification of the declining, effect, in respect of the type faces that were the subject of the international deposit, a national deposit with the competent Office of any Contracting State which ensures the protection of type faces by establishing a special national deposit or by adapting the deposit provided for in its national industrial design law.

(2) If the competent Office or any other competent authority of that Contracting State finds that the International Bureau has declined the international deposit in error, and provided the national deposit complies with all the requirements of the national law of the said State, the said national deposit shall be treated as if it had been effected on the date which would

- iv) l'instrument de dépôt international ne contient pas la mention du nom du créateur des caractères typographiques et n'indique pas que celui-ci a renoncé à être mentionné comme tel;
- v) l'instrument de dépôt international n'est pas signé;
- vi) l'instrument de dépôt international n'est pas rédigé dans une des langues prescrites par le règlement d'exécution;
- vii) le dépôt international ne comporte pas de représentation des caractères typographiques;
- viii) les taxes prescrites ne sont pas payées.

b) Si la ou les irrégularités sont corrigées en temps utile, le Bureau international inscrit le dépôt international au registre international; la date du dépôt international est celle du jour auquel la correction de la ou des irrégularités est parvenue au Bureau international.

c) Si la ou les irrégularités ne sont pas corrigées en temps utile, le Bureau international rejette le dépôt international, en informe le déposant et lui rembourse une partie des taxes payées, conformément au règlement d'exécution. S'il s'agit d'un dépôt international effectué, en vertu de l'article 12.2), par l'intermédiaire de l'administration compétente d'un Etat contractant, le Bureau international informe également cette administration du rejet.

Article 16

Possibilité d'éviter certains effets du rejet

1) Lorsque le Bureau international rejette un dépôt international, le déposant peut, dans les deux mois à compter de la notification du rejet, effectuer, pour les caractères typographiques qui étaient l'objet de ce dépôt international, un dépôt national auprès de l'administration compétente de tout Etat contractant qui assure la protection par l'institution d'un dépôt national spécial ou par l'aménagement du dépôt prévu par sa législation nationale sur les dessins et modèles industriels.

2) Si l'administration compétente ou toute autre autorité compétente de cet Etat contractant estime que le Bureau international a rejeté le dépôt international à tort et si le dépôt national remplit toutes les conditions exigées par la législation nationale de cet Etat contractant, ledit dépôt national est traité comme s'il avait été effectué à la date qui aurait été

- iv) die Urkunde über die internationale Hinterlegung enthält weder eine Angabe des Namens des Schöpfers der typographischen Schriftzeichen noch eine Mitteilung, daß der Schöpfer auf die Nennung seines Namens verzichtet hat;
- v) die Urkunde über die internationale Hinterlegung ist nicht unterschrieben;
- vi) die Urkunde über die internationale Hinterlegung ist nicht in einer der durch die Ausführungsordnung vorgeschriebenen Sprachen abgefaßt;
- vii) die internationale Hinterlegung umfaßt keine Darstellung der typographischen Schriftzeichen;
- viii) die vorgeschriebenen Gebühren sind nicht gezahlt worden.

b) Werden die Mängel rechtzeitig behoben, so trägt das Internationale Büro die internationale Hinterlegung in das Internationale Register ein; als Zeitpunkt der internationalen Hinterlegung gilt der Zeitpunkt des Eingangs der Berichtigung beim Internationalen Büro.

c) Wird einer der Mängel nicht rechtzeitig behoben, so weist das Internationale Büro die internationale Hinterlegung zurück, teilt dies dem Anmelder mit und zahlt ihm nach Maßgabe der Ausführungsordnung einen Teil der Gebühren zurück. Wird die internationale Hinterlegung nach Artikel 12 Absatz 2 durch Vermittlung des zuständigen Amtes eines Vertragsstaats vorgenommen, so unterrichtet das Internationale Büro auch dieses Amt von der Zurückweisung.

Artikel 16

Vermeidung gewisser Wirkungen der Zurückweisung

(1) Hat das Internationale Büro die internationale Hinterlegung zurückgewiesen, so kann der Anmelder innerhalb von zwei Monaten vom Zeitpunkt der Mitteilung der Zurückweisung an hinsichtlich der typographischen Schriftzeichen, die Gegenstand der internationalen Hinterlegung waren, eine nationale Hinterlegung bei dem zuständigen Amt eines jeden Vertragsstaats bewirken, der den Schutz typographischer Schriftzeichen durch Einrichtung einer besonderen nationalen Hinterlegung oder durch die in seinen nationalen Rechtsvorschriften über gewerbliche Muster und Modelle vorgesehene Hinterlegung gewährleistet.

(2) Stellt das zuständige Amt oder eine andere zuständige Behörde dieses Vertragsstaats fest, daß das Internationale Büro die internationale Hinterlegung zu Unrecht zurückgewiesen hat, und erfüllt die nationale Hinterlegung alle Erfordernisse des nationalen Rechts dieses Staates, so wird die nationale Hinterlegung so behandelt, als wäre sie zu dem Zeitpunkt

have been the date of the international deposit had that international deposit not been declined.

celle du dépôt international si ce dernier n'avait pas été rejeté.

vorgenommen worden, der als Zeitpunkt der internationalen Hinterlegung gegolten hätte, wenn diese nicht zurückgewiesen worden wäre.

Article 17

Publication and Notification of the International Deposit

International deposits recorded in the International Register shall be published by the International Bureau and notified by the latter to the competent Offices of the Contracting States.

Article 17

Publication et notification du dépôt international

Le Bureau international publie le dépôt international inscrit au registre international et le notifie aux administrations compétentes des Etats contractants.

Artikel 17

Veröffentlichung und Notifikation der internationalen Hinterlegung

Das Internationale Büro veröffentlicht die in das Internationale Register eingetragenen internationalen Hinterlegungen und notifiziert sie den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten.

Article 18

Effect of the International Deposit

(1) In Contracting States which declare in accordance with Article 34 that they intend to ensure the protection of type faces by establishing a special national deposit or by adapting the deposit provided for in their national industrial design laws, the international deposit recorded in the International Register shall have the same effect as a national deposit effected on the same date.

(2) The Contracting States referred to in paragraph (1) may not require that the applicant comply with any additional formality, with the exception of such formalities as may be prescribed by their national laws for the exercise of the rights. However, Contracting States which undertake an ex officio novelty examination or make provision for opposition proceedings may prescribe the formalities required by such examination or such proceedings and charge the fees, with the exception of the publication fee, provided for in their national laws for such examination, the grant of protection and the renewal thereof.

Article 18

Effets du dépôt international

1) Dans les Etats contractants qui déclarent conformément à l'article 34 qu'ils entendent assurer la protection par l'institution d'un dépôt national spécial ou par l'aménagement du dépôt prévu par leur législation nationale sur les dessins et modèles industriels, le dépôt international inscrit au registre international produit les mêmes effets qu'un dépôt national effectué à la même date.

2) Les Etats contractants visés à l'alinéa 1) ne peuvent exiger aucune formalité supplémentaire du déposant, sous réserve des formalités prescrites pour l'exercice du droit par leur législation nationale. Cependant, les Etats contractants qui procèdent à un examen d'office de la nouveauté ou qui connaissent une procédure d'opposition peuvent prescrire les formalités exigées par cet examen ou cette procédure et percevoir les taxes prévues par leur législation nationale pour ledit examen, l'octroi de la protection et son renouvellement, sauf une taxe de publication.

Artikel 18

Wirkung der internationalen Hinterlegung

(1) In Vertragsstaaten, die nach Artikel 34 erklären, daß sie den Schutz typographischer Schriftzeichen durch Einrichtung einer besonderen nationalen Hinterlegung oder durch die in ihren nationalen Rechtsvorschriften über gewerbliche Muster und Modelle vorgesehene Hinterlegung gewährleisten wollen, hat die im Internationalen Register eingetragene internationale Hinterlegung die gleiche Wirkung wie eine zum gleichen Zeitpunkt vorgenommene nationale Hinterlegung.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vertragsstaaten können nicht verlangen, daß der Anmelder weitere Förmlichkeiten erfüllt; ausgenommen sind solche Förmlichkeiten, die nach ihrem nationalen Recht für die Ausübung der Rechte vorgeschrieben sind. Vertragsstaaten, die von Amts wegen eine Neuheitsprüfung vornehmen oder ein Widerspruchsverfahren vorsehen, können die für diese Prüfung oder dieses Verfahren erforderlichen Förmlichkeiten vorschreiben und, mit Ausnahme einer Gebühr für die Veröffentlichung, diejenigen Gebühren erheben, die in ihrem nationalen Recht für eine derartige Prüfung sowie für die Gewährung und Erneuerung des Schutzes vorgeschrieben sind.

Article 19

Right of Priority

(1) For the purposes of the right of priority, if applicable, the international deposit of type faces shall be considered an industrial design deposit within the meaning of Article 4 A of the Paris Convention.

(2) The international deposit shall be a regular filing within the meaning of Article 4 A of the Paris Convention if it is not declined pursuant to Article 15 (2) (c) of this Agreement, and shall be considered to have been effected on the date accorded to it under Article 15 (1) or (2) (b) of this Agreement.

Article 19

Droit de priorité

1) Aux fins du droit de priorité, dans les cas où un tel droit est applicable, le dépôt international de caractères typographiques est considéré comme un dépôt de dessins et modèles industriels selon l'article 4 A de la Convention de Paris.

2) Le dépôt international est fait régulièrement au sens de l'article 4 A de la Convention de Paris s'il n'est pas rejeté en vertu de l'article 15.2) c) du présent arrangement et il est considéré comme effectué à la date qu'il reçoit en vertu de l'article 15.1) ou 2) b) du présent arrangement.

Artikel 19

Prioritätsrecht

(1) Für Zwecke des Prioritätsrechts gilt die internationale Hinterlegung typographischer Schriftzeichen als Hinterlegung eines gewerblichen Musters oder Modells im Sinne des Artikels 4 Abschnitt A der Pariser Verbandsübereinkunft.

(2) Die internationale Hinterlegung ist vorschriftsmäßig im Sinne des Artikels 4 Abschnitt A der Pariser Verbandsübereinkunft, wenn sie nicht nach Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe c dieses Abkommens abgelehnt wird, und gilt als zu dem in Artikel 15 Absatz 1 oder Absatz 2 Buchstabe b dieses Abkommens vorgesehenen Zeitpunkt vorgenommen.

Article 20**Change in the Ownership
of the International Deposit**

(1) Any change in the ownership of the international deposit shall, on request, be recorded in the International Register by the International Bureau.

(2) The change in the ownership of the international deposit shall not be recorded in the International Register if, according to the indications furnished by the person requesting the recording of the change, the new owner of the international deposit does not have the right to effect international deposits.

(3) The change in the ownership of the international deposit may relate to one or more of the Contracting States referred to in Article 18 (1). In such a case, renewal of the international deposit must subsequently be applied for separately by each of the owners of the international deposit as far as he is concerned.

(4) The request for the recording of a change in the ownership of the international deposit shall be presented in the form, and accompanied by the fee, prescribed in the Regulations.

(5) The International Bureau shall record the change in the ownership of the international deposit in the International Register, shall publish it, and shall notify it to the competent Offices of the Contracting States.

(6) The recording of the change in the ownership of the international deposit in the International Register shall have the same effect as if the request for such recording had been filed direct with the competent Office of each of the Contracting States referred to in Article 18 (1) which are concerned by the said change in ownership.

Article 21**Withdrawal and Renunciation
of the International Deposit**

(1) The applicant may withdraw his international deposit by a declaration addressed to the International Bureau.

(2) The owner of the international deposit may at any time renounce his international deposit by a declaration addressed to the International Bureau.

(3) Withdrawal and renunciation may relate to a part or the whole of the type faces which are the subject of the international deposit, or to their denomination, and to one or more of the Contracting States referred to in Article 18 (1).

Article 20**Changement de titulaire
du dépôt international**

1) Tout changement de titulaire du dépôt international est, sur requête, inscrit au registre international par le Bureau international.

2) Le changement de titulaire du dépôt international n'est pas inscrit au registre international s'il ressort des indications fournies par le requérant que le nouveau titulaire du dépôt international n'a pas qualité pour effectuer un dépôt international.

3) Le changement de titulaire du dépôt international peut ne porter que sur une partie des Etats contractants visés à l'article 18.1). Dans ce dernier cas, le renouvellement du dépôt international doit par la suite être demandé séparément par chacun des titulaires du dépôt international pour ce qui le concerne.

4) La requête en inscription du changement de titulaire du dépôt international doit être présentée dans les formes prescrites par le règlement d'exécution et être accompagnée de la taxe prescrite par ce règlement.

5) Le Bureau international inscrit le changement de titulaire du dépôt international au registre international, le publie et le notifie aux administrations compétentes des Etats contractants.

6) L'inscription du changement de titulaire du dépôt international au registre international a les mêmes effets que si elle avait été demandée directement à l'administration compétente de chacun des Etats contractants visés à l'article 18.1) et concernés par le changement de titulaire du dépôt international.

Article 21**Retrait du dépôt international
et renonciation
au dépôt international**

1) Le déposant peut retirer son dépôt international par une déclaration adressée au Bureau international.

2) Le titulaire du dépôt international peut en tout temps renoncer à son dépôt international par une déclaration adressée au Bureau international.

3) Le retrait et la renonciation peuvent ne porter que sur une partie des caractères typographiques qui sont l'objet du dépôt international ou sur leur dénomination; ils peuvent aussi ne porter que sur une partie des Etats contractants visés à l'article 18.1).

Artikel 20**Wechsel des Inhabers
der internationalen Hinterlegung**

(1) Das Internationale Büro trägt auf Antrag jeden Wechsel des Inhabers einer internationalen Hinterlegung in das Internationale Register ein.

(2) Der Wechsel des Inhabers der internationalen Hinterlegung wird nicht in das Internationale Register eingetragen, wenn nach den Angaben des Antragstellers der neue Inhaber der internationalen Hinterlegung nicht berechtigt ist, eine internationale Hinterlegung vorzunehmen.

(3) Der Wechsel des Inhabers der internationalen Hinterlegung kann sich auf nur einen Teil der in Artikel 18 Absatz 1 bezeichneten Vertragsstaaten beziehen. In einem solchen Fall muß die Verlängerung der internationalen Hinterlegung nachträglich von jedem Inhaber der internationalen Hinterlegung, soweit er betroffen ist, gesondert beantragt werden.

(4) Der Antrag auf Eintragung des Wechsels des Inhabers der internationalen Hinterlegung ist unter Beachtung der Form und unter Entrichtung der Gebühren zu stellen, die in der Ausführungsordnung vorgesehen sind.

(5) Das Internationale Büro trägt den Wechsel des Inhabers der internationalen Hinterlegung in das Internationale Register ein, veröffentlicht ihn und notifiziert ihn den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten.

(6) Die Eintragung des Wechsels des Inhabers der internationalen Hinterlegung in das Internationale Register hat die gleiche Wirkung, als wenn die Eintragung unmittelbar bei dem zuständigen Amt eines jeden der in Artikel 18 Absatz 1 bezeichneten Vertragsstaaten, die von dem Wechsel des Inhabers betroffen sind, beantragt worden wäre.

Artikel 21**Zurücknahme der
internationalen Hinterlegung
und Verzicht auf die
internationale Hinterlegung**

(1) Der Anmelder kann seine internationale Hinterlegung durch eine an das Internationale Büro gerichtete Erklärung zurücknehmen.

(2) Der Inhaber der internationalen Hinterlegung kann jederzeit durch eine an das Internationale Büro gerichtete Erklärung auf seine internationale Hinterlegung verzichten.

(3) Zurücknahme und Verzicht können sich auf nur einen Teil der typographischen Schriftzeichen, die Gegenstand der internationalen Hinterlegung sind, oder auf ihre Bezeichnung sowie auf nur einen Teil der in Artikel 18 Absatz 1 bezeichneten Vertragsstaaten beschränken.

(4) The International Bureau shall record the renunciation in the International Register, shall publish it, and shall notify it to the competent Offices of the Contracting States.

(5) Renunciation recorded in the International Register shall have the same effect as if it had been communicated direct to the competent Office of each of the Contracting States referred to in Article 18 (1).

Article 22

Other Amendments to the International Deposit

(1) The owner of the international deposit may at any time amend the indications appearing in the instrument of international deposit.

(2) Type faces which are the subject of an international deposit may not be amended.

(3) Amendments shall be subject to the payment of the fees prescribed in the Regulations.

(4) The International Bureau shall record amendments in the International Register, shall publish them, and shall notify them to the competent Offices of the Contracting States.

(5) Amendments recorded in the International Register shall have the same effect as if they had been communicated direct to the competent Office of each of the Contracting States referred to in Article 18 (1).

Article 23

Term and Renewal of the International Deposit

(1) The international deposit shall have effect for an initial term of ten years from the date of such deposit.

(2) The effect of the international deposit may be extended for terms of five years on the basis of demands for renewal submitted by the owner of the international deposit.

(3) Each new term shall commence on the day following that on which the previous term expires.

(4) The demand for renewal shall be presented in the form, and accompanied by the fees, prescribed by the Regulations.

(5) The International Bureau shall record the renewal in the International Register, shall publish it, and shall notify it to the competent Offices of the Contracting States.

(6) Renewal of the international deposit shall replace such renewals as may be provided for in the national laws. How-

4) Le Bureau international inscrit la renonciation au registre international, la publie et la notifie aux administrations compétentes des Etats contractants.

5) La renonciation inscrite au registre international a les mêmes effets que si elle avait été communiquée directement à l'administration compétente de chacun des Etats contractants visés à l'article 18.1).

Article 22

Autres modifications du dépôt international

1) Le titulaire du dépôt international peut en tout temps modifier les indications qui figurent dans l'instrument de dépôt international.

2) Les caractères typographiques qui sont l'objet du dépôt international ne peuvent être modifiés.

3) Les modifications donnent lieu au paiement des taxes prescrites par le règlement d'exécution.

4) Le Bureau international inscrit les modifications au registre international, les publie et les notifie aux administrations compétentes des Etats contractants.

5) Les modifications inscrites au registre international ont les mêmes effets que si elles avaient été communiquées directement à l'administration compétente de chacun des Etats contractants visés à l'article 18.1).

Article 23

Durée et renouvellement du dépôt international

1) Le dépôt international produit effet pendant une période initiale de dix ans à compter de sa date.

2) Les effets du dépôt international peuvent être prolongés pour des périodes de cinq ans, sur la base de renouvellements demandés par le titulaire du dépôt international.

3) Chaque nouvelle période commence le jour suivant celui de l'expiration de la période précédente.

4) La demande de renouvellement doit être présentée dans les formes prescrites par le règlement d'exécution et être accompagnée des taxes prescrites par ce règlement.

5) Le Bureau international inscrit le renouvellement au registre international, le publie et le notifie aux administrations compétentes des Etats contractants.

6) Le renouvellement du dépôt international remplace les renouvellements qui pourraient être prévus par la législation

(4) Das Internationale Büro trägt den Verzicht in das Internationale Register ein, veröffentlicht ihn und notifiziert ihn den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten.

(5) Der im Internationalen Register eingetragene Verzicht hat die gleiche Wirkung, wie wenn er dem zuständigen Amt eines jeden der in Artikel 18 Absatz 1 bezeichneten Vertragsstaaten unmittelbar mitgeteilt worden wäre.

Artikel 22

Sonstige Änderungen der internationalen Hinterlegung

(1) Der Inhaber der internationalen Hinterlegung kann die in der Urkunde über die internationale Hinterlegung enthaltenen Angaben jederzeit ändern.

(2) Typographische Schriftzeichen, die Gegenstand einer internationalen Hinterlegung sind, dürfen nicht geändert werden.

(3) Für Änderungen sind Gebühren nach Maßgabe der Ausführungsordnung zu zahlen.

(4) Das Internationale Büro trägt die Änderungen in das Internationale Register ein, veröffentlicht sie und notifiziert sie den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten.

(5) Im Internationalen Register eingetragene Änderungen haben die gleiche Wirkung, wie wenn sie dem zuständigen Amt eines jeden der in Artikel 18 Absatz 1 bezeichneten Vertragsstaaten unmittelbar mitgeteilt worden wären.

Artikel 23

Laufzeit und Erneuerung der internationalen Hinterlegung

(1) Die internationale Hinterlegung ist zunächst für einen Zeitabschnitt von zehn Jahren vom Zeitpunkt der Hinterlegung an wirksam.

(2) Die Wirkung der internationalen Hinterlegung kann auf Grund von Erneuerungsanträgen des Inhabers der internationalen Hinterlegung um jeweils fünf Jahre verlängert werden.

(3) Jeder neue Zeitabschnitt beginnt mit dem Tag, der auf den Ablauf des vorhergehenden Zeitabschnitts folgt.

(4) Der Erneuerungsantrag ist unter Beachtung der Form und unter Entrichtung der Gebühren zu stellen, die in der Ausführungsordnung vorgesehen sind.

(5) Das Internationale Büro trägt die Erneuerung in das Internationale Register ein, veröffentlicht sie und notifiziert sie den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten.

(6) Die Erneuerung der internationalen Hinterlegung tritt an die Stelle der nach nationalem Recht etwa vorgesehenen Er-

ever, the international deposit may not, in any Contracting State referred to in Article 18 (1), have effect after the maximum term of protection provided for in the national law of that State has expired.

Article 24

Regional Treaties

(1) Two or more Contracting States may notify the Director General that a common Office shall be substituted for the national Office of each of them, and that their territories, as a whole, shall be deemed a single State for the purposes of international deposit.

(2) Such notification shall take effect three months after the date on which the Director General receives it.

Article 25

Representation Before the International Bureau

(1) Applicants and owners of international deposits may be represented before the International Bureau by any person empowered by them to that effect (hereinafter referred to as "the duly appointed representative").

(2) Any invitation, notification or other communication addressed by the International Bureau to the duly appointed representative shall have the same effect as if it had been addressed to the applicant or the owner of the international deposit. Any deposit, request, demand, declaration or other document whose signature by the applicant or the owner of the international deposit is required in proceedings before the International Bureau, except the document appointing the representative or revoking his appointment, may be signed by his duly appointed representative, and any communication from the duly appointed representative to the International Bureau shall have the same effect as if it had been effected by the applicant or the owner of the international deposit.

(3) (a) Where there are several applicants, they shall appoint a common representative. In the absence of such appointment, the applicant first named in the instrument of international deposit shall be considered the duly appointed representative of all the applicants.

(b) Where there are several owners of an international deposit, they shall appoint a common representative. In the absence of such appointment, the natural person or legal entity first named among the said owners in the International Register shall be considered the duly ap-

proposant. Le dépôt international ne peut cependant, dans tout Etat contractant visé à l'article 18.1), produire des effets après l'expiration de la durée maximum de protection prévue par la législation nationale de cet Etat.

Article 24

Traité régionaux

(1) Plusieurs Etats contractants peuvent notifier au Directeur général qu'une administration commune remplace l'administration nationale de chacun d'eux et que l'ensemble de leurs territoires doit être considéré comme un seul Etat aux fins du dépôt international.

(2) Cette notification prend effet trois mois après le jour auquel le Directeur général l'a reçue.

Article 25

Représentation auprès du Bureau international

(1) Le déposant et le titulaire du dépôt international peuvent être représentés auprès du Bureau international par toute personne qu'ils ont habilitée à cet effet (ci-après dénommée «mandataire dûment autorisé»).

(2) Toute invitation, notification ou autre communication adressée par le Bureau international au mandataire dûment autorisé a les mêmes effets que si elle avait été adressée au déposant ou au titulaire du dépôt international. Tout dépôt, toute requête, toute demande, toute déclaration ou tout autre document pour lesquels une signature du déposant ou du titulaire du dépôt international est exigée dans toute procédure devant le Bureau international peut être signé par le mandataire dûment autorisé du déposant ou du titulaire du dépôt international, sauf le document qui constitue le mandataire ou qui révoque sa constitution; toute communication adressée au Bureau international par le mandataire dûment autorisé a les mêmes effets que si elle émanait du déposant ou du titulaire du dépôt international.

(3) a) Lorsqu'il y a plusieurs déposants, ces derniers doivent constituer un mandataire commun. En l'absence d'une telle constitution de mandataire, le déposant nommé en premier lieu dans l'instrument du dépôt international est considéré comme mandataire commun dûment autorisé de tous les déposants.

b) Lorsqu'un dépôt international a plusieurs titulaires, ces derniers doivent constituer un mandataire commun. En l'absence d'une telle constitution de mandataire, la personne physique ou morale qui, parmi ces titulaires, est nommée en premier lieu sur le registre inter-

nationaler Hinterlegung in einem in Artikel 18 Absatz 1 bezeichneten Vertragsstaat nach Ablauf der im nationalen Recht dieses Staates vorgesehenen längsten Schutzfrist nicht mehr wirksam sein.

Artikel 24

Regionale Verträge

(1) Zwei oder mehr Vertragsstaaten können dem Generaldirektor notifizieren, daß ein gemeinsames Amt an die Stelle des nationalen Amtes eines jeden von ihnen tritt und daß ihre Hoheitsgebiete insgesamt für die Zwecke der internationalen Hinterlegung als ein einziger Staat gelten sollen.

(2) Eine solche Notifikation wird drei Monate nach ihrem Eingang beim Generaldirektor wirksam.

Artikel 25

Vertretung vor dem Internationalen Büro

(1) Anmelder und Inhaber internationaler Hinterlegungen können sich vor dem Internationalen Büro durch jede von ihnen hierzu bevollmächtigte Person (im folgenden „der ordnungsgemäß bevollmächtigte Vertreter“ genannt) vertreten lassen.

(2) Jede Aufforderung, Notifikation oder sonstige Mitteilung des Internationalen Büros an den ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter hat die gleiche Wirkung, wie wenn sie an den Anmelder oder Inhaber der internationalen Hinterlegung gerichtet worden wäre. Hinterlegungen, Gesuche, Anträge, Erklärungen oder sonstige Schriftstücke, deren Unterzeichnung durch den Anmelder oder Inhaber der internationalen Hinterlegung in Verfahren vor dem Internationalen Büro verlangt wird – ausgenommen die Urkunde, mit welcher der Vertreter bestellt oder seine Bestellung widerrufen wird –, können von dem ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter unterschrieben werden; jede Eingabe des ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreters an das Internationale Büro hat die gleiche Wirkung, wie wenn sie von dem Anmelder oder Inhaber der internationalen Hinterlegung vorgenommen worden wäre.

(3) a) Sind mehrere Anmelder vorhanden, so haben sie einen gemeinsamen Vertreter zu bestellen. Mangels einer solchen Bestellung gilt der in der Urkunde über die internationale Hinterlegung an erster Stelle genannte Anmelder als ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter aller Anmelder.

b) Sind mehrere Inhaber einer internationalen Hinterlegung vorhanden, so haben sie einen gemeinsamen Vertreter zu bestellen. Mangels einer solchen Bestellung gilt die im Internationalen Register unter den Inhabern an erster Stelle aufgeführte natürliche oder juristische

pointed common representative of all the owners of the international deposit.

(c) Subparagraph (b) shall not apply to the extent that the owners own the international deposit in respect of different Contracting States.

national est considérée comme mandataire commun dument autorisé de tous les titulaires de l'enregistrement international.

c) Le sous-alinéa b) n'est pas applicable dans la mesure où des personnes différentes sont titulaires du dépôt international aux fins d'Etats contractants différents.

Person als ordnungsgemäß bevollmächtigter gemeinsamer Vertreter aller Inhaber der internationalen Hinterlegung.

c) Buchstabe b findet insoweit keine Anwendung, als die Inhaber der internationalen Hinterlegung in bezug auf verschiedene Vertragsstaaten berechtigt sind.

Chapter III Administrative Provisions

Article 26 Assembly

(1) (a) The Assembly shall consist of the Contracting States.

(b) The Government of each Contracting State shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(2) (a) The Assembly shall:

- (i) deal with all matters concerning the maintenance and development of the Union and the implementation of this Agreement;
- (ii) exercise such rights and perform such tasks as are specially conferred upon it or assigned to it under this Agreement;
- (iii) give directions to the Director General concerning the preparation for revision conferences;
- (iv) review and approve the reports and activities of the Director General concerning the Union, and give him all necessary instructions concerning matters within the competence of the Union;
- (v) determine the program, adopt the triennial budget of the Union, and approve its final accounts;
- (vi) adopt the financial regulations of the Union;
- (vii) establish such committees and working groups as it deems appropriate to facilitate the work of the Union and of its organs;
- (viii) determine which States other than Contracting States and which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted to its meetings as observers;
- (ix) take any other appropriate action designed to further the objectives of the Union and perform such other functions as are appropriate under this Agreement.

Chapitre III Dispositions administratives

Article 26 Assemblée

1) a) L'assemblée est composée des Etats contractants.

b) Le gouvernement de chaque Etat contractant est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

2) a) L'Assemblée

- i) traite de toutes les questions concernant le maintien et le développement de l'Union et l'application du présent arrangement;
- ii) exerce les droits qui lui sont spécialement conférés et s'acquitte des tâches qui lui sont spécialement assignées par le présent arrangement;
- iii) donne au Directeur général des directives concernant la préparation des conférences de révision;
- iv) examine et approuve les rapports et les activités du Directeur général relatifs à l'Union et lui donne toutes directives utiles concernant les questions de la compétence de l'Union;
- v) arrête le programme, adopte le budget triennal de l'Union et approuve ses comptes de clôture;
- vi) adopte le règlement financier de l'Union;
- vii) crée les comités et groupes de travail qu'elle juge utiles pour faciliter les activités de l'Union et de ses organes;
- viii) décide quels sont les Etats non contractants et quelles sont les organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales qui peuvent être admis à ses réunions en qualité d'observateurs;
- ix) entreprend toute autre action appropriée en vue d'atteindre les objectifs de l'Union et s'acquitte de toutes autres fonctions utiles dans le cadre du présent arrangement.

Kapitel III Verwaltungsbestimmungen

Artikel 26 Versammlung

(1) a) Die Versammlung besteht aus den Vertragsstaaten.

b) Die Regierung jedes Vertragsstaats wird durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann.

(2) a) Die Versammlung

- i) behandelt alle Fragen betreffend die Erhaltung und Entwicklung des Verbands sowie die Anwendung dieses Abkommens;
- ii) übt die Rechte aus und erfüllt die Aufgaben, die ihr nach diesem Abkommen besonders übertragen oder zugewiesen sind;
- iii) erteilt dem Generaldirektor Weisungen für die Vorbereitung von Revisionskonferenzen;
- iv) prüft und billigt die Berichte und die Tätigkeit des Generaldirektors betreffend den Verband und erteilt ihm alle erforderlichen Weisungen in Fragen, die in die Zuständigkeit des Verbands fallen;
- v) legt das Programm fest, beschließt den Dreijahres-Haushaltsplan des Verbands und billigt seine Rechnungsabschlüsse;
- vi) beschließt die Finanzvorschriften des Verbands;
- vii) setzt die Ausschüsse und Arbeitsgruppen ein, die sie zur Erleichterung der Arbeit des Verbands und seiner Organe für zweckdienlich hält;
- viii) bestimmt, welche Staaten, die nicht Vertragsstaaten sind, und welche zwischenstaatlichen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen zu ihren Sitzungen als Beobachter zugelassen werden;
- ix) nimmt jede andere geeignete Handlung vor, die der Förderung der Ziele des Verbands dient, und nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die im Rahmen dieses Abkommens zweckdienlich sind.

(b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Assembly shall make its decisions after having heard the advice of the Co-ordination Committee of the Organization.

(3) A delegate may represent, and vote in the name of, one Contracting State only.

(4) Each Contracting State shall have one vote.

(5) (a) One-half of the Contracting States shall constitute a quorum.

(b) In the absence of the quorum, the Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the quorum and the required majority are attained through voting by correspondence as provided in the Regulations.

(6) (a) Subject to the provisions of Articles 29 (3) and 32 (2) (b), the decisions of the Assembly shall require a majority of the votes cast.

(b) Abstentions shall not be considered as votes.

(7) (a) The Assembly shall meet once in every third calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General, preferably during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.

(b) The Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, either on his own initiative or at the request of one-fourth of the Contracting States.

(8) The Assembly shall adopt its own rules of procedure.

b) Sur les questions qui intéressent également d'autres Unions administrées par l'Organisation, l'Assemblée statue après avoir pris connaissance de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

3) Un délégué ne peut représenter qu'un seul Etat contractant et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

4) Chaque Etat contractant dispose d'une voix.

5) a) La moitié des Etats contractants constitue le quorum.

b) Si ce quorum n'est pas atteint, l'Assemblée peut prendre des décisions; toutefois, ces décisions, à l'exception de celles qui concernent sa procédure, ne deviennent exécutoires que si le quorum et la majorité requis sont atteints par le moyen du vote par correspondance prévu par le règlement d'exécution.

6) a) Sous réserve des articles 29.3) et 32.2) b), les décisions de l'Assemblée sont prises à la majorité des votes exprimés.

b) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

7) a) L'Assemblée se réunit une fois tous les trois ans en session ordinaire, sur convocation du Directeur général, autant que possible pendant la même période et au même lieu que l'Assemblée générale de l'Organisation.

b) L'Assemblée se réunit en session extraordinaire sur convocation adressée par le Directeur général, soit à l'initiative de celui-ci, soit à la demande d'un quart des Etats contractants.

8) L'Assemblée adopte son règlement intérieur.

b) Über Fragen, die auch für andere von der Organisation verwaltete Verbände von Belang sind, entscheidet die Versammlung nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation.

(3) Ein Delegierter kann nur einen Vertragsstaat vertreten und nur in dessen Namen abstimmen.

(4) Jeder Vertragsstaat verfügt über eine Stimme.

(5) a) Die Hälfte der Vertragsstaaten bildet das Quorum (die für die Beschlußfähigkeit erforderliche Mindestzahl).

b) Kommt das Quorum nicht zustande, so kann die Versammlung Beschlüsse fassen, die jedoch – mit Ausnahme der Beschlüsse über ihr Verfahren – nur wirksam werden, wenn das Quorum und die erforderliche Mehrheit im schriftlichen Abstimmungsverfahren nach Maßgabe der Ausführungsordnung herbeigeführt werden.

(6) a) Vorbehaltlich des Artikels 29 Absatz 3 und des Artikels 32 Absatz 2 Buchstabe b faßt die Versammlung ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

b) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

(7) a) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor alle drei Jahre zu einer ordentlichen Tagung zusammen, und zwar vorzugsweise zu derselben Zeit und an demselben Ort wie die Generalversammlung der Organisation.

b) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor entweder auf dessen Veranlassung oder auf Antrag eines Viertels der Vertragsstaaten zu einer außerordentlichen Tagung zusammen.

(8) Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Article 27

International Bureau

(1) The International Bureau shall:

- (i) perform the administrative tasks concerning the Union; in particular, it shall perform such tasks as are specifically assigned to it under this Agreement or by the Assembly;
- (ii) provide the secretariat of revision conferences, of the Assembly, of committees and working groups established by the Assembly, and of any other meeting convened by the Director General and dealing with matters of concern to the Union.

(2) The Director General shall be the chief executive of the Union and shall represent the Union.

Article 27

Bureau international

1) Le Bureau international

- i) s'acquitte des tâches administratives incombant à l'Union; en particulier, il s'acquitte des tâches qui lui sont spécialement assignées par le présent arrangement ou par l'Assemblée;
- ii) assure le secrétariat des conférences de revision, de l'Assemblée, des comités et groupes de travail créés par l'Assemblée et de toute autre réunion convoquée par le Directeur général et traitant de questions concernant l'Union.

2) Le Directeur général est le plus haut fonctionnaire de l'Union et la représente.

Artikel 27

Internationales Büro

(1) Das Internationale Büro

- i) nimmt die Verwaltungsaufgaben für den Verband wahr, und zwar insbesondere die Aufgaben, die ihm durch dieses Abkommen oder von der Versammlung ausdrücklich übertragen werden;
- ii) besorgt das Sekretariat für die Revisionskonferenzen, die Versammlung, die von der Versammlung eingesetzten Ausschüsse und Arbeitsgruppen sowie für alle sonstigen vom Generaldirektor einberufenen Sitzungen, die sich mit Verbandsangelegenheiten befassen.

(2) Der Generaldirektor ist der höchste Beamte des Verbands und vertritt den Verband.

(3) The Director General shall convene any committee and working group established by the Assembly and all other meetings dealing with matters of concern to the Union.

(4) (a) The Director General and any staff member designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the committees and working groups established by the Assembly, and any other meeting convened by the Director General and dealing with matters of concern to the Union.

(b) The Director General, or a staff member designated by him, shall be ex officio secretary of the Assembly, and of the committees, working groups and other meetings referred to in subparagraph (a).

(5) (a) The Director General shall, in accordance with the directions of the Assembly, make the preparations for revision conferences.

(b) The Director General may consult with intergovernmental and international non-governmental organizations concerning the preparations for revision conferences.

(c) The Director General and persons designated by him shall take part, without the right to vote, in the discussions at revision conferences.

(d) The Director General, or a staff member designated by him, shall be ex officio secretary of any revision conference.

Article 28

Finances

(1) (a) The Union shall have a budget.

(b) The budget of the Union shall include the income and expenses proper to the Union, its contribution to the budget of expenses common to the Unions administered by the Organization and any sum made available to the budget of the Conference of the Organization.

(c) Expenses not attributable exclusively to the Union but also to one or more other Unions administered by the Organization shall be regarded as expenses common to the Unions. The share of the Union in such common expenses shall be in proportion to the interest the Union has in them.

(2) The budget of the Union shall be established with due regard to the requirements of coordination with the budgets of the other Unions administered by the Organization.

(3) (a) The budget of the Union shall be financed from the following sources:

3) Le Directeur général convoque tout comité et groupe de travail créés par l'Assemblée et toute autre réunion traitant de questions intéressant l'Union.

4) a) Le Directeur général et tout membre du personnel désigné par lui prennent part, sans droit de vote, à toutes les réunions de l'Assemblée, des comités et groupes de travail établis par l'Assemblée et à toute autre réunion convoquée par le Directeur général et traitant de questions intéressant l'Union.

b) Le Directeur général ou un membre du personnel désigné par lui est d'office secrétaire de l'Assemblée et des comités, groupes de travail et autres réunions mentionnés au sous-alinéa a).

5) a) Le Directeur général prépare les conférences de révision selon les directives de l'Assemblée.

b) Le Directeur général peut consulter des organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales au sujet de la préparation de ces conférences.

c) Le Directeur général et les personnes désignées par lui prennent part, sans droit de vote, aux délibérations dans les conférences de révision.

d) Le Directeur général ou un membre du personnel désigné par lui est d'office secrétaire de toute conférence de révision.

Article 28

Finances

1) a) L'Union a un budget.

b) Le budget de l'Union comprend les recettes et les dépenses propres à l'Union, sa contribution au budget des dépenses communes aux Unions administrées par l'Organisation, ainsi que toutes les sommes qui sont mises à la disposition du budget de la Conférence de l'Organisation.

c) Sont considérées comme dépenses communes aux Unions administrées par l'Organisation les dépenses qui ne sont pas attribuées exclusivement à l'Union, mais également à une ou plusieurs autres Unions. La part de l'Union dans ces dépenses communes est proportionnelle à l'intérêt que ces dépenses présentent pour elle.

2) Le budget de l'Union est arrêté compte tenu des exigences de coordination avec les budgets des autres Unions administrées par l'Organisation.

3) a) Le budget de l'Union est financé par les ressources suivantes:

(3) Der Generaldirektor beruft jeden Ausschuß und jede Arbeitsgruppe, die von der Versammlung eingesetzt worden sind, sowie alle sonstigen Sitzungen ein, die sich mit Verbandsangelegenheiten befassen.

(4) a) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Mitglieder des Personals nehmen ohne Stimmrecht an allen Sitzungen der Versammlung und der von ihr eingesetzten Ausschüsse und Arbeitsgruppen sowie an allen sonstigen vom Generaldirektor einberufenen Sitzungen teil, die sich mit Verbandsangelegenheiten befassen.

b) Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär der Versammlung sowie der unter Buchstabe a genannten Ausschüsse, Arbeitsgruppen und sonstigen Sitzungen.

(5) a) Der Generaldirektor bereitet in Übereinstimmung mit den Weisungen der Versammlung die Revisionskonferenzen vor.

b) Der Generaldirektor kann bei der Vorbereitung der Revisionskonferenzen zwischenstaatliche und internationale nichtstaatliche Organisationen konsultieren.

c) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an den Beratungen der Revisionskonferenzen teil.

d) Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär jeder Revisionskonferenz.

Artikel 28

Finanzen

(1) a) Der Verband hat einen Haushaltsplan.

b) Der Haushaltsplan des Verbands umfaßt die eigenen Einnahmen und Ausgaben des Verbands, dessen Beitrag zum Haushaltsplan der gemeinsamen Ausgaben der von der Organisation verwalteten Verbände und alle Beträge, die dem Haushaltsplan der Konferenz der Organisation zur Verfügung gestellt werden.

c) Als gemeinsame Ausgaben der Verbände gelten die Ausgaben, die nicht ausschließlich dem Verband, sondern auch einem oder mehreren anderen von der Organisation verwalteten Verbänden zuzurechnen sind. Der Anteil des Verbands an diesen gemeinsamen Ausgaben entspricht dem Interesse, das der Verband an ihnen hat.

(2) Der Haushaltsplan des Verbands wird unter Berücksichtigung der Notwendigkeit seiner Abstimmung mit den Haushaltsplänen der anderen von der Organisation verwalteten Verbände aufgestellt.

(3) a) Der Haushaltsplan des Verbands umfaßt folgende Einnahmen:

- | | | |
|---|--|---|
| <p>(i) fees and other charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Union;</p> <p>(ii) sale of, or royalties on, the publications of the International Bureau concerning the Union;</p> <p>(iii) gifts, bequests, and subventions;</p> <p>(iv) rents, interests, and other miscellaneous income;</p> <p>(v) the contributions of Contracting States, in so far as income deriving from the sources mentioned under (i) to (iv) is not sufficient to cover the expenses of the Union.</p> | <p>i) les taxes et sommes dues pour les services rendus par le Bureau international au titre de l'Union;</p> <p>ii) le produit de la vente des publications du Bureau international concernant l'Union et les droits afférents à ces publications;</p> <p>iii) les dons, legs et subventions;</p> <p>iv) les loyers, intérêts et autres revenus divers;</p> <p>v) les contributions des Etats contractants, dans la mesure où les recettes provenant des sources mentionnées aux points i) à iv) ne suffisent pas à couvrir les dépenses de l'Union.</p> | <p>i) Gebühren und Beträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des Verbands;</p> <p>ii) Verkaufserlöse oder Ertragsanteile aus Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die den Verband betreffen;</p> <p>iii) Schenkungen, Vermächtnisse und Zuwendungen;</p> <p>iv) Mieten, Zinsen und sonstige verschiedene Einkünfte;</p> <p>v) Beiträge der Vertragsstaaten, soweit die unter den Ziffern i bis iv erwähnten Einnahmen nicht ausreichen, um die Ausgaben des Verbands zu decken.</p> |
|---|--|---|

(b) The amounts of fees and charges due to the International Bureau under subparagraph (a) (i) and the prices of its publications shall be so fixed that they should, under normal circumstances, be sufficient to cover the expenses of the International Bureau connected with the administration of this Agreement.

b) Le montant des taxes et sommes dues au Bureau international selon le sous-alinéa a) i) ainsi que le prix de vente de ses publications sont fixés de manière à couvrir normalement les dépenses occasionnées au Bureau international par l'administration du présent arrangement.

b) Die Höhe der dem Internationalen Büro nach Buchstabe a Ziffer i zustehenden Gebühren und Beträge sowie die Preise für seine Veröffentlichungen werden so festgesetzt, daß sie unter normalen Umständen ausreichen, um die Ausgaben des Internationalen Büros im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses Abkommens zu decken.

(c) If the income exceeds the expenses, the difference shall be credited to a reserve fund.

c) Si les recettes excèdent les dépenses, la différence est versée à un fonds de réserve.

c) Übersteigen die Einnahmen die Ausgaben, so wird der Überschuß einem Reservefonds gutgeschrieben.

(d) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, it shall be at the same level as the budget of the previous year, as provided in the financial regulations.

d) Dans le cas où le budget n'est pas adopté avant le début d'un nouvel exercice, le budget de l'année précédente est reconduit selon les modalités prévues par le règlement financier.

d) Wird der Haushaltsplan nicht vor Beginn eines neuen Rechnungsjahrs beschlossen, so wird der Haushaltsplan des Vorjahrs nach Maßgabe der Finanzvorschriften übernommen.

(4) (a) For the purpose of establishing its contribution as provided in paragraph (3) (a) (v), each Contracting State shall belong to a class, and shall pay its contribution on the basis of a number of units fixed as follows:

4) a) Pour déterminer sa part contributive selon l'alinéa 3) a) v), chaque Etat contractant est rangé dans une classe et paie sa contribution sur la base d'un nombre d'unités fixé comme suit:

(4) a) Jeder Vertragsstaat wird zur Bestimmung seines Beitrags nach Absatz 3 Buchstabe a Ziffer v in eine Klasse eingestuft und zahlt seinen Beitrag auf der Grundlage einer Zahl von Einheiten, die wie folgt festgesetzt wird:

Class I	25
Class II	20
Class III	15
Class IV	10
Class V	5
Class VI	3
Class VII	1

Classe I	25
Classe II	20
Classe III	15
Classe IV	10
Classe V	5
Classe VI	3
Classe VII	1

Klasse I	25
Klasse II	20
Klasse III	15
Klasse IV	10
Klasse V	5
Klasse VI	3
Klasse VII	1

(b) Unless it has already done so, each Contracting State shall indicate, concurrently with depositing its instrument of ratification or accession, the class to which it wishes to belong. Any country may change class. If it chooses a lower class, it must announce such change to the Assembly at one of its ordinary sessions. Any such change shall take effect at the beginning of the calendar year following the said session.

b) A moins qu'il ne l'ait fait précédemment, chaque Etat contractant indique, au moment du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, la classe dans laquelle il désire être rangé. Il peut changer de classe. S'il choisit une classe inférieure, il doit en faire part à l'Assemblée lors d'une de ses sessions ordinaires. Un tel changement prend effet au début de l'année civile suivant ladite session.

b) Falls er dies nicht schon früher getan hat, gibt jeder Vertragsstaat gleichzeitig mit der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde die Klasse an, in die er eingestuft zu werden wünscht. Jeder Staat kann die Klasse wechseln. Wählt er eine niedrigere Klasse, so hat er dies der Versammlung auf einer ihrer ordentlichen Tagungen mitzuteilen. Ein solcher Wechsel wird zu Beginn des auf diese Tagung folgenden Kalenderjahrs wirksam.

(c) The contribution of each Contracting State shall be an amount in the same proportion to the total sum to be contributed as the number of its units is to the total of the units of all Contracting States.

c) La part contributive de chaque Etat contractant consiste en un montant dont le rapport à la somme totale des contributions est le même que le rapport entre le nombre des unités de la classe dans laquelle il est rangé et le nombre total des unités de l'ensemble des Etats contractants.

c) Der Beitrag eines jeden Vertragsstaats besteht aus einem Betrag, der in demselben Verhältnis zu der Summe der Beiträge steht wie die Zahl seiner Einheiten zur Summe der Einheiten aller Vertragsstaaten.

(d) Contributions shall be payable on the first of January of the year for which they are due.

(5) (a) The Union shall have a working capital fund which shall be constituted by a single payment made by each Contracting State. If the fund becomes insufficient, the Assembly shall arrange to increase it. If part of the fund is no longer needed, it shall be reimbursed.

(b) The amount of the initial payment of each Contracting State to the said fund or of its participation in the increase thereof shall be a proportion of the contribution which that State may be required to pay under paragraph (3) (a) (v) for the year in which the fund is established or the decision to increase it is made.

(c) The proportion and the terms of payment shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General and after it has heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(d) Any reimbursement under subparagraph (a) shall be proportionate to the amounts paid by each Contracting State, taking into account the dates at which they were paid.

(e) If a working capital fund of sufficient amount can be constituted by borrowing from the reserve fund, the Assembly may suspend the application of subparagraphs (a) to (d).

(6) (a) In the headquarters agreement concluded with the State on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working capital fund is insufficient, such State shall grant advances. The amount of those advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such State and the Organization. As long as it remains under the obligation to grant advances, such State shall have an ex officio seat in the Assembly if it is not a Contracting State.

(b) The State referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it has been notified.

(7) The auditing of the accounts shall be effected by one or more of the Contracting States or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the Assembly.

Article 29

Regulations

(1) The Regulations provide rules:

d) Les contributions sont exigibles au premier janvier de l'année pour laquelle elles sont dues.

5) a) L'Union possède un fonds de roulement constitué par un versement unique effectué par chaque Etat contractant. Si le fonds devient insuffisant, l'Assemblée prend les mesures nécessaires à son augmentation. Si une partie de ce fonds n'est plus nécessaire, elle est remboursée aux Etats contractants.

b) Le montant du versement initial de chaque Etat contractant au fonds précité ou de sa participation à l'augmentation de celui-ci est proportionnel à la contribution que cet Etat pourrait devoir en vertu de l'alinéa 3) a) v) pour l'année au cours de laquelle le fonds est constitué ou l'augmentation décidée.

c) La proportion et les modalités de versement sont arrêtées par l'Assemblée, sur proposition du Directeur général et après avis du Comité de coordination de l'Organisation.

d) Tout remboursement selon le sous-alinéa a) est proportionnel aux montants versés par chaque Etat contractant, compte tenu des dates de ces versements.

e) Si les emprunts au fonds de réserve permettent la constitution d'un fonds de roulement suffisant, l'Assemblée peut suspendre l'application des sous-alinéas a) à d).

6) a) L'accord de siège conclu avec l'Etat sur le territoire duquel l'Organisation a son siège prévoit que, si le fonds de roulement est insuffisant, cet Etat accorde des avances. Le montant de ces avances et les conditions dans lesquelles elles sont accordées font l'objet, dans chaque cas, d'accords séparés entre l'Etat en cause et l'Organisation. Aussi longtemps qu'il est tenu d'accorder des avances, cet Etat dispose ex officio d'un siège à l'Assemblée s'il n'est pas un Etat contractant.

b) L'Etat visé au sous-alinéa a) et l'Organisation ont chacun le droit de dénoncer l'engagement d'accorder des avances, moyennant notification par écrit. La dénonciation prend effet trois ans après la fin de l'année au cours de laquelle elle a été notifiée.

7) La vérification des comptes est assurée, selon les modalités prévues par le règlement financier, par un ou plusieurs Etats contractants ou par des contrôleurs extérieurs. Ils sont, avec leur consentement, désignés par l'Assemblée.

Article 29

Règlement d'exécution

1) Le règlement d'exécution contient des règles relatives

d) Die Beiträge sind am ersten Januar des Jahres fällig, für das sie zu zahlen sind.

(5) a) Der Verband hat einen Betriebsmittelfonds, der durch eine einmalige Zahlung jedes Vertragsstaats gebildet wird. Reicht der Fonds nicht mehr aus, so trifft die Versammlung Vorkehrungen, um ihn zu erhöhen. Nicht mehr benötigte Teile des Fonds werden zurückerstattet.

b) Die Höhe der erstmaligen Zahlung jedes Vertragsstaats zu diesem Fonds oder seines Anteils an dessen Erhöhung ist proportional dem Beitrag, den dieser Staat nach Absatz 3 Buchstabe a Ziffer v für das Jahr zu zahlen hat, in dem der Fonds gebildet oder die Erhöhung beschlossen wird.

c) Dieses Verhältnis und die Zahlungsbedingungen werden von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors und nach Äußerung des Koordinierungsausschusses der Organisation festgesetzt.

d) Jede Rückerstattung nach Buchstabe a ist proportional den Beträgen, die jeder Vertragsstaat eingezahlt hat, wobei der Zahlungszeitpunkt zu berücksichtigen ist.

e) Kann ein ausreichender Betriebsmittelfonds durch Anleihen aus dem Reservefonds gebildet werden, so kann die Versammlung die Anwendung der Buchstaben a bis d aussetzen.

(6) a) In dem Abkommen über den Sitz, das mit dem Staat geschlossen wird, in dessen Hoheitsgebiet die Organisation ihren Sitz hat, wird vorgesehen, daß dieser Staat Vorschüsse gewährt, wenn der Betriebsmittelfonds nicht ausreicht. Die Höhe dieser Vorschüsse und die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden, sind jeweils Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen diesem Staat und der Organisation. Solange dieser Staat verpflichtet ist, Vorschüsse zu gewähren, hat er von Amts wegen einen Sitz in der Versammlung, auch wenn er kein Vertragsstaat ist.

b) Der unter Buchstabe a bezeichnete Staat und die Organisation sind berechtigt, die Verpflichtung zur Gewährung von Vorschüssen durch schriftliche Notifikation zu kündigen. Die Kündigung wird drei Jahre nach Ablauf des Jahres wirksam, in dem sie notifiziert worden ist.

(7) Die Rechnungsprüfung wird nach Maßgabe der Finanzvorschriften von einem oder mehreren Vertragsstaaten oder von außenstehenden Rechnungsprüfern vorgenommen. Diese werden mit ihrer Zustimmung von der Versammlung bestimmt.

Artikel 29

Ausführungsordnung

(1) Die Ausführungsordnung enthält Regeln über

- (i) concerning matters in respect of which this Agreement expressly refers to the Regulations or expressly provides that they are or shall be prescribed;
- (ii) concerning any administrative requirements, matters or procedures;
- (iii) concerning any details useful in the implementation of this Agreement.

(2) The Regulations adopted at the same time as this Agreement are annexed to this Agreement.

(3) The Assembly may amend the Regulations, and such amendments shall require two-thirds of the votes cast.

(4) In the case of conflict between the provisions of this Agreement and those of the Regulations, the provisions of this Agreement shall prevail.

- i) aux questions au sujet desquelles le présent arrangement renvoie expressément au règlement d'exécution ou prévoit expressément qu'elles sont ou seront l'objet de prescriptions;
- ii) à toutes conditions, questions ou procédures d'ordre administratif;
- iii) à tous détails utiles en vue de l'exécution des dispositions du présent arrangement.

2) Le règlement d'exécution du présent arrangement est adopté en même temps que ce dernier et lui est annexé.

3) L'Assemblée peut modifier le règlement d'exécution, à la majorité des deux tiers des votes exprimés.

4) En cas de divergence entre le texte du présent arrangement et celui du règlement d'exécution, le texte de l'arrangement fait foi.

- i) Fragen, hinsichtlich deren dieses Abkommen ausdrücklich auf die Ausführungsordnung verweist oder ausdrücklich vorsieht, daß sie zu regeln sind;
- ii) verwaltungstechnische Erfordernisse, Angelegenheiten oder Verfahren;
- iii) Einzelheiten, die für die Durchführung dieses Abkommens nützlich sind.

(2) Die gleichzeitig mit diesem Abkommen beschlossene Ausführungsordnung ist als Anlage beigelegt.

(3) Die Versammlung kann die Ausführungsordnung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen ändern.

(4) Bei mangelnder Übereinstimmung zwischen den Bestimmungen dieses Abkommens und denjenigen der Ausführungsordnung gehen die Bestimmungen dieses Abkommens vor.

Chapter IV Disputes

Article 30 Disputes

(1) Any dispute between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of this Agreement or the Regulations, not settled by negotiation, may, by any of the Contracting States concerned, be brought before the International Court of Justice by application in conformity with the Statute of the Court, unless the Contracting States concerned agree on some other method of settlement. The Contracting State bringing the dispute before the Court shall inform the International Bureau; the International Bureau shall bring the matter to the attention of the other Contracting States.

(2) Each Contracting State may, at the time it signs this Agreement or deposits its instrument of ratification or accession, declare that it does not consider itself bound by the provisions of paragraph (1). With regard to any dispute between any Contracting State having made such a declaration and any other Contracting State, the provisions of paragraph (1) shall not apply.

(3) Any Contracting State having made a declaration in accordance with the provisions of paragraph (2) may, at any time, withdraw its declaration by notification addressed to the Director General.

Chapitre IV Différends

Article 30 Différends

1) Tout différend entre deux ou plusieurs Etats contractants concernant l'interprétation ou l'application du présent arrangement et du règlement d'exécution qui ne sera pas réglé par voie de négociation peut être porté par l'un quelconque des Etats contractants en cause devant la Cour internationale de Justice par voie de requête conforme au Statut de la Cour, à moins que les Etats contractants en cause ne conviennent d'un autre mode de règlement. Le Bureau international sera informé par l'Etat contractant requérant du différend soumis à la Cour et en donnera connaissance aux autres Etats contractants.

2) Tout Etat contractant peut, au moment où il signe le présent arrangement ou dépose son instrument de ratification ou d'adhésion, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions de l'alinéa 1). En ce qui concerne tout différend entre un Etat contractant qui a fait une telle déclaration et tout autre Etat contractant, les dispositions de l'alinéa 1) ne sont pas applicables.

3) Tout Etat contractant qui a fait une déclaration conformément aux dispositions de l'alinéa 2) peut, à tout moment, la retirer par une notification adressée au Directeur général.

Kapitel IV Streitigkeiten

Artikel 30 Streitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens oder der Ausführungsordnung, die nicht auf dem Verhandlungsweg beigelegt wird, kann von jedem beteiligten Vertragsstaat durch eine Klage, die gemäß dem Statut des Internationalen Gerichtshofs zu erheben ist, vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden, sofern die beteiligten Vertragsstaaten nicht eine andere Art der Beilegung vereinbaren. Der Vertragsstaat, der die Streitigkeit vor den Gerichtshof bringt, hat dies dem Internationalen Büro mitzuteilen; dieses setzt die anderen Vertragsstaaten davon in Kenntnis.

(2) Jeder Vertragsstaat kann bei der Unterzeichnung dieses Abkommens oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden betrachtet. Auf eine Streitigkeit zwischen einem Vertragsstaat, der eine solche Erklärung abgegeben hat, und einem anderen Vertragsstaat ist Absatz 1 nicht anzuwenden.

(3) Jeder Vertragsstaat, der eine Erklärung nach Absatz 2 abgegeben hat, kann sie jederzeit durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation zurücknehmen.

Chapter V**Revision and Amendment****Article 31****Revision of the Agreement**

(1) This Agreement may be revised from time to time by a conference of the Contracting States.

(2) The convocation of any revision conference shall be decided by the Assembly.

(3) Articles 26, 27, 28 and 32 may be amended either by a revision conference or according to the provisions of Article 32.

Article 32**Amendment of Certain Provisions of the Agreement**

(1) (a) Proposals for the amendment of Articles 26, 27, 28 and the present Article, may be initiated by any Contracting State or by the Director General.

(b) Such proposals shall be communicated by the Director General to the Contracting States at least six months in advance of their consideration by the Assembly.

(2) (a) Amendments to the Articles referred to in paragraph (1) shall be adopted by the Assembly.

(b) Adoption shall require three-fourths of the votes cast, provided that adoption of any amendment to Article 26 and to the present subparagraph shall require four-fifths of the votes cast.

(3) (a) Any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of the Contracting States members of the Assembly at the time the Assembly adopted the amendment.

(b) Any amendment to the said Articles thus accepted shall bind all the Contracting States which were Contracting States at the time the amendment was adopted by the Assembly, provided that any amendment increasing the financial obligations of the said Contracting States shall bind only those States which have notified their acceptance of such amendment.

(c) Any amendment which has been accepted and which has entered into force in accordance with the provisions of subparagraph (a) shall bind all States which become Contracting States after the date on which the amendment was adopted by the Assembly.

Chapitre V**Révision et modifications****Article 31****Révision de l'arrangement**

1) Le présent arrangement peut être révisé périodiquement par des conférences des Etats contractants.

2) La convocation des conférences de révision est décidée par l'Assemblée.

3) Les articles 26, 27, 28 et 32 peuvent être modifiés soit par une conférence de révision, soit d'après les dispositions de l'article 32.

Article 32**Modification de certaines dispositions de l'arrangement**

1) a) Des propositions de modification des articles 26, 27, 28 et du présent article peuvent être présentées par tout Etat contractant ou par le Directeur général.

b) Ces propositions sont communiquées par le Directeur général aux Etats contractants six mois au moins avant d'être soumises à l'examen de l'Assemblée.

2) a) Toute modification des articles visés à l'alinéa 1) est adoptée par l'Assemblée.

b) L'adoption requiert les trois quarts des votes exprimés; toutefois, toute modification de l'article 26 et du présent sous-alinéa requiert les quatre cinquièmes des votes exprimés.

3) a) Toute modification des articles visés à l'alinéa 1) entre en vigueur un mois après la réception par le Directeur général des notifications écrites d'acceptation, effectuées en conformité avec leurs règles constitutionnelles respectives, de la part des trois quarts des Etats contractants qui étaient membres de l'Assemblée au moment où cette dernière a adopté la modification.

b) Toute modification desdits articles ainsi acceptée lie tous les Etats contractants qui étaient déjà des Etats contractants au moment où l'Assemblée a adopté la modification; toutefois, toute modification qui augmente les obligations financières desdits Etats contractants ne lie que ceux d'entre eux qui ont notifié leur acceptation de cette modification.

c) Toute modification acceptée et entrée en vigueur conformément au sous-alinéa a) lie tous les Etats qui deviennent des Etats contractants après la date à laquelle la modification a été adoptée par l'Assemblée.

Kapitel V**Revision und Änderung****Artikel 31****Revision des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen kann von Zeit zu Zeit von Konferenzen der Vertragsstaaten revidiert werden.

(2) Die Einberufung einer Revisionskonferenz wird von der Versammlung beschlossen.

(3) Die Artikel 26, 27, 28 und 32 können entweder durch eine Revisionskonferenz oder nach Maßgabe des Artikels 32 geändert werden.

Artikel 32**Änderung einzelner Bestimmungen des Abkommens**

(1) a) Vorschläge zur Änderung der Artikel 26, 27, 28 und dieses Artikels können von jedem Vertragsstaat oder vom Generaldirektor unterbreitet werden.

b) Diese Vorschläge werden vom Generaldirektor mindestens sechs Monate, bevor sie von der Versammlung beraten werden, den Vertragsstaaten mitgeteilt.

(2) a) Änderungen der in Absatz 1 genannten Artikel werden von der Versammlung beschlossen.

b) Der Beschluß erfordert drei Viertel der abgegebenen Stimmen; jede Änderung des Artikels 26 und dieses Buchstabens erfordert jedoch vier Fünftel der abgegebenen Stimmen.

(3) a) Jede Änderung der in Absatz 1 genannten Artikel tritt einen Monat nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die schriftlichen Notifikationen der verfassungsmäßig zustande gekommenen Annahme des Änderungsvorschlags von drei Vierteln der Vertragsstaaten, die im Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Änderung durch die Versammlung deren Mitglied waren, beim Generaldirektor eingegangen sind.

b) Jede auf diese Weise angenommene Änderung der genannten Artikel bindet alle Vertragsstaaten, die im Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Änderung durch die Versammlung Vertragsstaaten waren; jedoch bindet eine Änderung, welche die finanziellen Verpflichtungen der Vertragsstaaten erweitert, nur die Staaten, welche die Annahme dieser Änderung notifiziert haben.

c) Jede nach Buchstabe a) angenommene und in Kraft getretene Änderung bindet alle Staaten, die nach dem Zeitpunkt, in dem die Änderung von der Versammlung beschlossen worden ist, Vertragsstaaten werden.

Chapter VI Final Provisions

Article 33

Becoming Party to the Agreement

(1) (a) Subject to subparagraph (b), any State member of either the International Union for the Protection of Industrial Property or the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works, or party to the Universal Copyright Convention or to the latter Convention as revised, may become party to this Agreement by:

- (i) signature followed by the deposit of an instrument of ratification, or
- (ii) deposit of an instrument of accession.

(b) States which intend to ensure the protection of type faces by establishing a special national deposit or by adapting the deposit provided for in their national industrial design laws may only become party to this Agreement if they are members of the International Union for the Protection of Industrial Property. States which intend to ensure the protection of type faces by their national copyright provisions may only become party to this Agreement if they are either members of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works or party to the Universal Copyright Convention or to the latter Convention as revised.

(2) Instruments of ratification or accession shall be deposited with the Director General.

(3) The provisions of Article 24 of the Stockholm Act of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property shall apply to this Agreement.

(4) Paragraph (3) shall in no way be understood as implying the recognition or tacit acceptance by a Contracting State of the factual situation concerning a territory to which this Agreement is made applicable by another Contracting State by virtue of the said paragraph.

Article 34 Declarations Concerning National Protection

(1) At the time of depositing its instrument of ratification or accession, each State shall, by a notification addressed to the Director General, declare whether it intends to ensure the protection of type

Chapitre VI Clauses finales

Article 33

Modalités selon lesquelles les Etats peuvent devenir parties à l'arrangement

(1) a) Sous réserve du sous-alinéa b), tout Etat membre soit de l'Union internationale pour la protection de la propriété industrielle soit de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques ou encore partie à la Convention universelle sur le droit d'auteur ou à cette convention révisée peut devenir partie au présent arrangement par

- i) sa signature suivie du dépôt d'un instrument de ratification, ou
- ii) le dépôt d'un instrument d'adhésion.

b) Les Etats qui entendent assurer la protection des caractères typographiques par l'institution d'un dépôt national spécial ou par l'aménagement du dépôt prévu par leur législation nationale sur les dessins et modèles industriels ne peuvent devenir parties au présent arrangement que s'ils sont membres de l'Union internationale pour la protection de la propriété industrielle. Les Etats qui entendent assurer la protection des caractères typographiques par leurs dispositions nationales sur le droit d'auteur ne peuvent devenir parties au présent arrangement que s'ils sont membres de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques ou parties à la Convention universelle sur le droit d'auteur ou à cette convention révisée.

(2) Les instruments de ratification ou d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

(3) Les dispositions de l'article 24 de l'Acte de Stockholm de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle s'appliquent au présent arrangement.

(4) L'alinéa 3) ne saurait en aucun cas être interprété comme impliquant la reconnaissance ou l'acceptation tacite par l'un quelconque des Etats contractants de la situation de fait de tout territoire auquel le présent arrangement est rendu applicable par une autre Etat contractant en vertu dudit alinéa.

Article 34 Déclarations relatives à la protection nationale

(1) Au moment du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, chaque Etat doit, par une notification adressée au Directeur général, déclarer s'il entend assurer la protection des caractères

Kapitel VI Schlußbestimmungen

Artikel 33

Möglichkeiten, Vertragspartei des Abkommens zu werden

(1) a) Vorbehaltlich des Buchstabens b) kann jeder Staat, der Mitglied entweder des Internationalen Verbands zum Schutz des gewerblichen Eigentums oder des Internationalen Verbands zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst oder vertragsschließender Staat des Welturheberrechtsabkommens oder seiner revidierten Fassung ist, Vertragsstaat dieses Abkommens werden

- i) durch Unterzeichnung und nachfolgende Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde oder
- ii) durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde.

b) Staaten, die den Schutz typographischer Schriftzeichen durch Einrichtung einer besonderen nationalen Hinterlegung oder durch Anwendung der in ihren nationalen Rechtsvorschriften über gewerbliche Muster und Modelle vorgesehenen Hinterlegung gewährleisten wollen, können nur Vertragsstaaten dieses Abkommens werden, wenn sie Mitglieder des Internationalen Verbands zum Schutz des gewerblichen Eigentums sind. Staaten, die den Schutz typographischer Schriftzeichen durch ihre nationalen Urheberrechtsvorschriften gewährleisten wollen, können nur Vertragsstaaten dieses Abkommens werden, wenn sie entweder Mitglieder des Internationalen Verbands zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst oder vertragsschließende Staaten des Welturheberrechtsabkommens oder seiner revidierten Fassung sind.

(2) Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor hinterlegt.

(3) Artikel 24 der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist auf dieses Abkommen anzuwenden.

(4) Absatz 3 darf nicht dahin verstanden werden, daß er die Anerkennung oder stillschweigende Hinnahme der tatsächlichen Lage eines Hoheitsgebiets, auf das dieses Abkommen durch einen Vertragsstaat auf Grund des genannten Absatzes anwendbar gemacht wird, durch einen anderen Vertragsstaat in sich schließt.

Artikel 34 Erklärungen über den nationalen Schutz

(1) Bei der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklärt jeder Staat durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation, ob er den Schutz typographischer Schriftzeichen durch

faces by establishing a special national deposit, or by adapting the deposit provided for in its national industrial design laws, or by its national copyright provisions or by more than one of these kinds of protection. Any such State which intends to ensure protection by its national copyright provisions shall declare at the same time whether it intends to assimilate creators of type faces who have their habitual residence or domicile in a Contracting State to creators of type faces who are nationals of that State.

(2) Any subsequent modification of the declarations made in accordance with paragraph (1) shall be indicated by a further notification addressed to the Director General.

Article 35

Entry Into Force of the Agreement

(1) This Agreement shall enter into force three months after five States have deposited their instruments of ratification or accession.

(2) Any State which is not among those referred to in paragraph (1) shall become bound by this Agreement three months after the date on which it has deposited its instrument of ratification or accession, unless a later date has been indicated in the instrument of ratification or accession. In the latter case, this Agreement shall enter into force with respect to that State on the date thus indicated.

(3) The provisions of Chapter II of this Agreement shall become applicable, however, only on the date on which at least three of the States for which this Agreement has entered into force under paragraph (1) afford protection to type faces by establishing a special national deposit or by adapting the deposit provided for in their national industrial design laws. For the purpose of this paragraph, the States party to the same regional treaty which gave notification under Article 24 shall count as one State only.

Article 36

Reservations

No reservations to this Agreement other than the reservation under Article 30 (2) are permitted.

Article 37

Loss of Status of Party to the Agreement

Any Contracting State shall cease to be party to this Agreement when it no longer meets the conditions set forth in Article 33 (1) (b).

res typographiques par l'institution d'un dépôt national spécial, par l'aménagement du dépôt prévu par sa législation nationale sur les dessins et modèles industriels, ou par ses dispositions nationales sur le droit d'auteur, ou encore par plusieurs de ces modes de protection. Tout Etat qui entend assurer la protection par ses dispositions nationales sur le droit d'auteur doit déclarer en même temps s'il entend assimiler aux créateurs de caractères typographiques ayant la nationalité d'un Etat contractant les créateurs de caractères typographiques ayant leur résidence habituelle ou leur domicile dans cet Etat.

(2) Toute modification ultérieure des déclarations faites conformément à l'alinéa 1) doit faire l'objet d'une nouvelle notification adressée au Directeur général.

Article 35

Entrée en vigueur de l'arrangement

(1) Le présent arrangement entre en vigueur trois mois après que cinq Etats ont déposé leurs instruments de ratification ou d'adhésion.

(2) Tout Etat qui ne figure pas parmi ceux qui sont visés à l'alinéa 1) est lié par le présent arrangement trois mois après la date à laquelle il a déposé son instrument de ratification ou d'adhésion, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument de ratification ou d'adhésion. Dans ce dernier cas, le présent arrangement entre en vigueur, à l'égard de cet Etat, à la date ainsi indiquée.

(3) Cependant, le chapitre II du présent arrangement n'est applicable qu'à la date à laquelle, parmi les Etats entre lesquels l'arrangement est entré en vigueur selon l'alinéa 1), trois au moins protègent les caractères typographiques par l'institution d'un dépôt national spécial ou par l'aménagement du dépôt prévu par leur législation nationale sur les dessins et modèles industriels. Aux fins du présent alinéa, les Etats parties au même traité régional qui font la notification prévue à l'article 24 comptent pour un seul Etat.

Article 36

Réserves

Aucune réserve autre que celle qui est autorisée à l'article 30.2) n'est admise au présent arrangement.

Article 37

Perte de la qualité de partie à l'arrangement

Tout Etat contractant cesse d'être partie au présent arrangement au moment où il ne remplit plus les conditions visées à l'article 33.1) b).

Einrichtung einer besonderen nationalen Hinterlegung oder durch Anwendung der in seinen nationalen Rechtsvorschriften über gewerbliche Muster und Modelle vorgesehenen Hinterlegung oder durch seine nationalen Urheberrechtsvorschriften oder durch mehrere dieser Schutzarten gewährleisten will. Jeder Staat, der den Schutz durch seine nationalen Urheberrechtsvorschriften gewährleisten will, erklärt gleichzeitig, ob er die Schöpfer typographischer Schriftzeichen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz in einem Vertragsstaat haben, den Schöpfern typographischer Schriftzeichen gleichstellen will, die Angehörige dieses Staates sind.

(2) Jede nachträgliche Änderung der nach Absatz 1 abgegebenen Erklärungen ist durch eine weitere an den Generaldirektor gerichtete Notifikation anzuzeigen.

Artikel 35

Inkrafttreten des Abkommens

(1) Dieses Abkommen tritt drei Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem fünf Staaten ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben.

(2) Ein Staat, der nicht zu den in Absatz 1 bezeichneten gehört, wird drei Monate nach dem Zeitpunkt, in dem er seine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hat, durch dieses Abkommen gebunden, sofern nicht in der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ein späterer Zeitpunkt angegeben ist. In diesem Fall tritt das Abkommen für diesen Staat zu dem angegebenen Zeitpunkt in Kraft.

(3) Kapitel II dieses Abkommens wird jedoch erst zu dem Zeitpunkt anwendbar, in dem wenigstens drei der Staaten, für die das Abkommen nach Absatz 1 in Kraft getreten ist, typographischen Schriftzeichen durch Einrichtung einer besonderen nationalen Hinterlegung oder durch Anwendung der in ihren nationalen Vorschriften über gewerbliche Muster und Modelle vorgesehenen Hinterlegung Schutz gewähren. Staaten, die ein und demselben regionalen Vertrag angehören und dies nach Artikel 24 notifiziert haben, gelten als ein einziger Staat im Sinne dieses Absatzes.

Artikel 36

Vorbehalte

Zu diesem Abkommen sind andere Vorbehalte als der in Artikel 30 Absatz 2 vorgesehene Vorbehalt nicht zulässig.

Artikel 37

Verlust der Eigenschaft eines Vertragsstaats dieses Abkommens

Ein Vertragsstaat hört auf, Vertragsstaat dieses Abkommens zu sein, wenn er die in Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b aufgeführten Bedingungen nicht mehr erfüllt.

Article 38**Denunciation of the Agreement**

(1) Any Contracting State may denounce this Agreement by notification addressed to the Director General.

(2) Denunciation shall take effect one year after the day on which the Director General has received the notification.

(3) The right of denunciation provided for in paragraph (1) shall not be exercised by any Contracting State before the expiration of five years from the date on which it becomes party to this Agreement.

(4) (a) The effects of this Agreement on type faces enjoying the benefits of Articles 12 to 25 on the day preceding the day on which the denunciation by any Contracting State takes effect shall subsist in that State until the expiration of the term of protection which, subject to Article 23 (6), was running on that date according to Article 23.

(b) The same shall apply in Contracting States other than the denouncing State in respect of international deposits owned by a resident or national of the denouncing State.

Article 38**Dénunciation de l'arrangement**

1) Tout Etat contractant peut dénoncer le présent arrangement par notification adressée au Directeur général.

2) La dénonciation prend effet un an après le jour où le Directeur général a reçu la notification.

3) La faculté de dénonciation prévue à l'alinéa 1) ne peut être exercée par un Etat contractant avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à partir de laquelle il est devenu partie au présent arrangement.

4) a) Les effets du présent arrangement sur les caractères typographiques bénéficiant des articles 12 à 25 la veille du jour où prend effet la dénonciation par un Etat contractant sont maintenus dans cet Etat jusqu'à l'expiration de la période de protection qui courait à cette date selon l'article 23, sous réserve de l'article 23.6).

b) La disposition qui précède est applicable aussi aux Etats contractants autres que celui qui a procédé à la dénonciation, pour les dépôts internationaux dont le titulaire est domicilié dans l'Etat qui a procédé à la dénonciation ou a la nationalité de cet Etat.

Artikel 38**Kündigung des Abkommens**

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem die Notifikation beim Generaldirektor eingegangen ist.

(3) Das in Absatz 1 vorgesehene Kündigungsrecht kann von einem Vertragsstaat nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt ausgeübt werden, zu dem er Vertragsstaat dieses Abkommens geworden ist.

(4) a) Die Wirkungen dieses Abkommens für typographische Schriftzeichen, die am Tag vor dem Wirksamwerden der Kündigung durch einen Vertragsstaat die Rechtsvorteile der Artikel 12 bis 25 genießen, bleiben in diesem Staat bis zum Ende der Schutzfrist erhalten, die vorbehaltlich des Artikels 23 Absatz 6 an diesem Tag gemäß Artikel 23 im Lauf war.

b) Dasselbe gilt für andere Vertragsstaaten als den kündigenden Staat im Hinblick auf internationale Hinterlegungen, deren Inhaber seinen Sitz in dem kündigenden Staat hat oder dessen Angehöriger ist.

Article 39**Signature and Languages of the Agreement**

(1) (a) This Agreement shall be signed in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic.

(b) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in the German, Italian, Japanese, Portuguese, Russian and Spanish languages, and such other languages as the Assembly may designate.

(2) This Agreement shall remain open for signature at Vienna until December 31, 1973.

Article 39**Signature et langues de l'arrangement**

1) a) Le présent arrangement est signé en un seul exemplaire original en langues française et anglaise, les deux textes faisant également foi.

b) Des textes officiels sont établis par le Directeur général, après consultation des gouvernements intéressés, dans les langues allemande, espagnole, italienne, japonaise, portugaise et russe, et dans les autres langues que l'Assemblée peut indiquer.

2) Le présent arrangement reste ouvert à la signature, à Vienne, jusqu'au 31 décembre 1973.

Artikel 39**Unterzeichnung und Sprachen des Abkommens**

(1) a) Dieses Abkommen wird in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

b) Amtliche Texte werden vom Generaldirektor nach Konsultierung der beteiligten Regierungen in deutscher, italienischer, japanischer, portugiesischer, russischer und spanischer Sprache sowie in anderen Sprachen hergestellt, die die Versammlung bestimmen kann.

(2) Dieses Abkommen liegt bis zum 31. Dezember 1973 in Wien zur Unterzeichnung auf.

Article 40**Depositary Functions**

(1) The original of this Agreement, when no longer open for signature, shall be deposited with the Director General.

(2) The Director General shall transmit two copies, certified by him, of this Agreement and the Regulations annexed thereto to the Governments of all the States referred to in Article 33 (1) (a) and, on request, to the Government of any other State.

Article 40**Fonctions de dépositaire**

1) L'exemplaire original du présent arrangement, lorsqu'il n'est plus ouvert à la signature, est déposé auprès du Directeur général.

2) Le Directeur général certifie et transmet deux copies du présent arrangement et du règlement d'exécution qui y est annexé aux gouvernements de tous les Etats visés à l'article 33.1 a) et, sur demande, au gouvernement de tout autre Etat.

Artikel 40**Aufgaben im Zusammenhang mit der Hinterlegung**

(1) Die Urschrift dieses Abkommens wird, wenn sie nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegt, beim Generaldirektor hinterlegt.

(2) Der Generaldirektor übermittelt je zwei von ihm beglaubigte Abschriften dieses Abkommens und der diesem beigefügten Ausführungsordnung den Regierungen aller in Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneter Staaten sowie auf Antrag der Regierung jedes anderen Staates.

(3) The Director General shall register this Agreement with the Secretariat of the United Nations.

(4) The Director General shall transmit two copies, certified by him, of any amendment to this Agreement and to the Regulations to the Governments of the Contracting States and, on request, to the Government of any other State.

Article 41 Notifications

The Director General shall notify the Governments of States referred to in Article 33 (1) (a) of:

- (i) signatures under Article 39;
- (ii) deposits of instruments of ratification or accession under Article 33 (2);
- (iii) the date of entry into force of this Agreement under Article 35 (1) and the date from which Chapter II is applicable in accordance with Article 35 (3);
- (iv) declarations concerning national protection notified under Article 34;
- (v) notifications concerning regional treaties under Article 24;
- (vi) declarations made under Article 30 (2);
- (vii) withdrawals of any declarations, notified under Article 30 (3);
- (viii) declarations and notifications made in accordance with Article 33 (3);
- (ix) acceptances of amendments to this Agreement under Article 32 (3);
- (x) the dates on which such amendments enter into force;
- (xi) denunciations received under Article 38.

3) Le Directeur général fait enregistrer le présent arrangement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

4) Le Directeur général certifie et transmet deux copies de toute modification du présent arrangement et du règlement d'exécution aux gouvernements des Etats contractants et, sur demande, au gouvernement de tout autre Etat.

Article 41 Notifications

Le Directeur général notifie aux gouvernements des Etats visés à l'article 33.1) a)

- i) les signatures apposées selon l'article 39;
- ii) le dépôt d'instruments de ratification ou d'adhésion selon l'article 33.2);
- iii) la date d'entrée en vigueur du présent arrangement selon l'article 35.1) et la date à partir de laquelle le chapitre II est applicable selon l'article 35.3);
- iv) les déclarations relatives à la protection nationale notifiées selon l'article 34;
- v) les notifications relatives à des traités régionaux selon l'article 24;
- vi) les déclarations faites selon l'article 30.2);
- vii) les retraits de toutes déclarations notifiés selon l'article 30.3);
- viii) les déclarations et notifications faites en vertu de l'article 33.3);
- ix) les acceptations des modifications du présent arrangement selon l'article 32.3);
- x) les dates auxquelles ces modifications entrent en vigueur;
- xi) les dénonciations reçues selon l'article 38.

(3) Der Generaldirektor läßt dieses Abkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

(4) Der Generaldirektor übermittelt je zwei von ihm beglaubigte Abschriften jeder Änderung dieses Abkommens oder der Ausführungsordnung den Regierungen der Vertragsstaaten und auf Antrag der Regierung jedes anderen Staates.

Artikel 41 Notifikationen

Der Generaldirektor notifiziert den Regierungen der in Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Staaten

- i) die Unterzeichnungen nach Artikel 39;
- ii) die Hinterlegungen von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach Artikel 33 Absatz 2;
- iii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens nach Artikel 35 Absatz 1 und den Zeitpunkt, von dem an Kapitel II nach Artikel 35 Absatz 3 anwendbar wird;
- iv) die nach Artikel 34 notifizierten Erklärungen über den nationalen Schutz;
- v) die Notifikationen über regionale Verträge nach Artikel 24;
- vi) die nach Artikel 30 Absatz 2 abgegebenen Erklärungen;
- vii) die nach Artikel 30 Absatz 3 notifizierten Zurücknahmen von Erklärungen;
- viii) Erklärungen und Notifikationen nach Artikel 33 Absatz 3;
- ix) die Annahme von Änderungen dieses Abkommens nach Artikel 32 Absatz 3;
- x) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderungen;
- xi) die nach Artikel 38 eingegangenen Kündigungen.

**Ausführungsordnung
zum Wiener Abkommen über den Schutz typographischer Schriftzeichen
und ihre internationale Hinterlegung**

**Regulations
under the Vienna Agreement for the Protection of Type Faces
and their International Deposit**

**Règlement d'exécution
de l'Arrangement de Vienne concernant la protection
des caractères typographiques et leur dépôt international**

Rule Concerning These Regulations	Règle relative au présent règlement d'exécution	Regel zu dieser Ausführungsordnung
Rule 1 Abbreviated Expressions	Règle 1 Expressions abrégées	Regel 1 Kurzbezeichnungen
1.1 "Agreement" In these Regulations, the word "Agreement" means the Vienna Agreement for the Protection of Type Faces and their International Deposit.	1.1 „Arrangement“ Au sens du présent règlement d'exécution, il faut entendre par «arrangement» l'Arrangement de Vienne concernant la protection des caractères typographiques et leur dépôt international.	1.1 „Abkommen“ In dieser Ausführungsordnung bezeichnet der Ausdruck „Abkommen“ das Wiener Abkommen über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung.
1.2 "Article" In these Regulations, the word "Article" refers to the specified Article of the Agreement.	1.2 «Article» Au sens du présent règlement d'exécution, il faut entendre par «article» l'article indiqué de l'arrangement.	1.2 „Artikel“ In dieser Ausführungsordnung verweist der Ausdruck „Artikel“ auf den jeweils angegebenen Artikel des Abkommens.
1.3 "Bulletin" In these Regulations, the word "Bulletin" means the <i>International Bulletin of Type Faces/Bulletin international des caractères typographiques</i> .	1.3 «Bulletin» Au sens du présent règlement d'exécution, il faut entendre par «bulletin» le <i>Bulletin international des caractères typographiques/International Bulletin of Type Faces</i> .	1.3 „Bulletin“ In dieser Ausführungsordnung bezeichnet der Ausdruck „Bulletin“ das <i>International Bulletin of Type Faces/Bulletin international des caractères typographiques</i> .
1.4 "Table of Fees" In these Regulations, the words "Table of Fees" mean the Table of Fees annexed hereto.	1.4 «Tableau des taxes» Au sens du présent règlement d'exécution, il faut entendre par «tableau des taxes» le tableau des taxes annexé au présent règlement d'exécution.	1.4 „Gebührentabelle“ In dieser Ausführungsordnung bezeichnet der Ausdruck „Gebührentabelle“ die dieser Ausführungsordnung beiliegende Gebührentabelle.
Rules Concerning Chapter II of the Agreement	Règles relatives au chapitre II de l'arrangement	Regeln zu Kapitel II des Abkommens
Rule 2 Representation before the International Bureau	Règle 2 Représentation devant le Bureau international	Regel 2 Vertretung vor dem Internationalen Büro
2.1 Number of Duly Appointed Representatives (a) The applicant and the owner of the international deposit may appoint only one representative. (b) Where several natural persons or legal entities have been indicated as representatives by the applicant or the owner of the international deposit, the natural person or legal entity first mentioned in the document in which they are indicated shall be regarded as the only duly appointed representative.	2.1 Nombre de mandataires dûment autorisés a) Le déposant et le titulaire du dépôt international ne peuvent constituer qu'un seul mandataire. b) Lorsque plusieurs personnes physiques ou morales ont été désignées comme mandataires par le déposant ou par le titulaire du dépôt international, celle qui est mentionnée en premier lieu dans le document qui les désigne est considérée comme étant le seul mandataire dûment autorisé.	2.1 Zahl der ordnungsmäßig bestellten Vertreter a) Der Anmelder und der Inhaber der internationalen Hinterlegung können nur einen Vertreter bestellen. b) Sind von dem Anmelder oder dem Inhaber der internationalen Hinterlegung mehrere natürliche oder juristische Personen als Vertreter bezeichnet worden, so gilt die in dem betreffenden Schriftstück an erster Stelle genannte natürliche oder juristische Person als ordnungsmäßig bestellter Vertreter.

(c) Where the representative is a partnership or firm composed of attorneys or patent or trademark agents, it shall be regarded as one representative.

c) Lorsque le mandataire est un cabinet ou bureau d'avocats, de conseils en brevets ou marques ou d'agents de brevets ou de marques, il est considéré comme constituant un seul mandataire.

c) Handelt es sich bei dem Vertreter um eine Sozietät oder Firma von Rechtsanwälten, Patentanwälten oder sonstigen Vertretern in Patent- und Warenzeichensachen, so gilt diese als ein Vertreter.

2.2 Form of Appointment

(a) A representative shall be regarded as a "duly appointed representative" if his appointment complies with the prescriptions of paragraphs (b) to (e).

(b) The appointment of any representative shall require:

i) that his name appear as that of a representative in the instrument of international deposit and that such document bear the signature of the applicant, or

ii) that a separate power of attorney (i.e., a document appointing the representative), signed by the applicant or the owner of the international deposit, be filed with the International Bureau.

(c) Where there are several applicants or owners of the international deposit, the document containing or constituting the appointment of their common representative shall be signed by all of them.

(d) Any document containing or constituting the appointment of a representative shall indicate his name and his address. Where the representative is a natural person, his name shall be indicated by his family name and given name(s), the family name being indicated before the given name(s). Where the representative is a legal entity or a partnership or firm of attorneys or patent or trademark agents, "name" shall mean the complete name of the legal entity or partnership or firm. The address of the representative shall be indicated in the same manner as that provided for in respect of the applicant in Rule 5.2 (c).

(e) The document containing or constituting the appointment shall contain no words which, contrary to Article 25 (2), would limit the powers of the representative to certain matters or exclude certain matters from the powers of the representative or limit such powers in time.

(f) Where the appointment does not comply with the requirements referred to in paragraphs (b) to (e), it shall be treated by the International Bureau as if it had not been made, and the applicant or the owner of the international deposit as well as the natural person, the legal entity, the partnership or firm which was indicated as the representative in the purported appointment shall be informed of this fact by the International Bureau.

2.2 Forme de la constitution de mandataire

a) Un mandataire est considéré comme «dûment autorisé» s'il a été constitué conformément aux alinéas b) à e).

b) La constitution de tout mandataire exige que

i) son nom figure, à titre de mandataire, dans l'instrument de dépôt international et que ce document porte la signature du déposant, ou que

ii) une procuration distincte (c'est-à-dire un document constituant le mandataire), signée du déposant ou du titulaire du dépôt international, soit déposée au Bureau international.

c) S'il y a plusieurs déposants ou titulaires du dépôt international, le document constituant le mandataire commun ou contenant la constitution de mandataire commun doit être signé de tous les déposants ou titulaires.

d) Tout document constituant un mandataire ou contenant une constitution de mandataire doit indiquer le nom et l'adresse de ce dernier. Lorsque celui-ci est une personne physique, le nom à indiquer est le patronyme et les prénoms, le patronyme précédant les prénoms. Lorsqu'il est une personne morale ou un cabinet ou bureau d'avocats, de conseils en brevets ou de marques ou d'agents de brevets ou de marques, il faut en indiquer la dénomination officielle complète. L'adresse du mandataire doit être indiquée de la manière prévue pour le déposant à la règle 5.2. c).

e) Le document constituant un mandataire ou contenant une constitution de mandataire ne doit pas contenir de termes qui, contrairement à l'article 25.2), limiteraient les pouvoirs du mandataire à certaines questions, en excluraient certaines questions ou en limiteraient la durée.

f) Si la constitution de mandataire ne satisfait pas aux conditions fixées aux alinéas b) à e), le Bureau international la traite comme si elle n'avait pas été faite et en informe le déposant ou le titulaire du dépôt international, de même que la personne physique ou morale, le cabinet ou le bureau désigné comme mandataire dans la prétendue constitution de mandataire.

2.2 Form der Bestellung

a) Ein Vertreter gilt als „ordnungsmäßig bestellter Vertreter“, wenn seine Bestellung die Vorschriften der Buchstaben b bis e erfüllt.

b) Die Vertreterbestellung hat folgende Erfordernisse zu erfüllen:

i) Der Name muß in der Urkunde über die internationale Hinterlegung als derjenige eines Vertreters in Erscheinung treten, und diese Urkunde muß mit der Unterschrift des Anmelders versehen sein, oder

ii) es muß eine besondere Vollmacht (d. h. eine Urkunde zur Bestellung des Vertreters, die von dem Anmelder oder dem Inhaber der internationalen Hinterlegung unterschrieben ist) bei dem Internationalen Büro eingereicht werden.

c) Sind mehrere Anmelder oder Inhaber der internationalen Hinterlegung vorhanden, so muß die Urkunde, die die Bestellung ihres gemeinsamen Vertreters mitteilt oder herbeiführt, von jedem Anmelder oder Inhaber unterzeichnet sein.

d) Jede Urkunde über die Bestellung eines Vertreters muß seinen Namen und seine Anschrift angeben. Ist der Vertreter eine natürliche Person, so müssen der Familienname und die Vornamen angegeben sein, und zwar der Familienname vor den Vornamen. Ist der Vertreter eine juristische Person, eine Sozietät oder eine Firma von Rechtsanwälten, Patentanwälten oder sonstigen Vertretern in Patent- und Warenzeichensachen, so ist unter dem „Namen“ die vollständige Bezeichnung der juristischen Person, Sozietät oder Firma zu verstehen. Die Anschrift des Vertreters ist in gleicher Weise anzugeben, wie dies für den Anmelder in Regel 5.2 Buchstabe c vorgesehen ist.

e) Die Urkunde über die Bestellung eines Vertreters darf keine Worte enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 25 Absatz 2 die Vollmacht des Vertreters auf bestimmte Fragen beschränken, bestimmte Fragen von der Vollmacht des Vertreters ausschließen oder die Vollmacht zeitlich begrenzen.

f) Erfüllt die Bestellung nicht die Erfordernisse der Buchstaben b bis e, so wird sie von dem Internationalen Büro als nicht vorgenommen behandelt; der Anmelder oder der Inhaber der internationalen Hinterlegung sowie die natürliche oder juristische Person, die Sozietät oder Firma, die in der angeblichen Bestellung angegeben war, sind durch das Internationale Büro davon zu unterrichten.

(g) The Administrative Instructions shall provide recommended wording for the appointment.

2.3 Revocation or Renunciation of Appointment

(a) The appointment of any representative may be revoked at any time by the natural person who, or legal entity which, has appointed that representative. The revocation shall be effective even if only one of the natural persons who, or legal entities which, have appointed the representative revokes the appointment.

(b) Revocation shall require a written document signed by the natural person or the legal entity referred to in paragraph (a).

(c) The appointment of a representative as provided in Rule 2.2 shall be regarded as the revocation of any earlier appointment of any other representative. The appointment shall preferably indicate the name of the other earlier appointed representative.

(d) Any representative may renounce his appointment by means of a notification signed by him and addressed to the International Bureau.

2.4 General Powers of Attorney

The appointment of a representative in a separate power of attorney (i.e., a document appointing the representative) may be general in the sense that it relates to more than one instrument of international deposit and more than one international deposit in respect of the same natural person or legal entity. The identification of such instruments of international deposit and such international deposits, as well as other details in respect of such general power of attorney and of its revocation or renunciation, shall be provided in the Administrative Instructions. The Administrative Instructions may provide for a fee payable in connection with the filing of general powers of attorney.

2.5 Substitute Representative

(a) The appointment of the representative referred to in Rule 2.2 (b) may indicate also one or more natural persons as substitute representatives.

(b) For the purposes of the second sentence of Article 25 (2), substitute representatives shall be considered as representatives.

(c) The appointment of any substitute representative may be revoked at any time by the natural person who, or legal entity which, has appointed the representative or by the representative. Revocation shall require a written document signed by the said natural person, legal entity or representative. It shall be effective

g) Les instructions administratives indiquent les termes qu'il est recommandé d'utiliser dans la constitution de mandataire.

2.3 Révocation de la constitution de mandataire ou renonciation au mandat

a) la constitution de mandataire peut être révoquée à tout moment par la personne physique ou morale qui l'a faite. Cette révocation produit effet même si elle n'émane que d'une seule des personnes physiques ou morales qui ont constitué le mandataire.

b) La révocation s'effectue au moyen d'un document écrit signé de la personne physique ou morale visée à l'alinéa a).

c) La constitution de mandataire faite conformément à la règle 2.2 est considérée comme la révocation de tout autre mandataire constitué antérieurement. La constitution doit de préférence indiquer le nom du mandataire constitué antérieurement.

d) Tout mandataire peut renoncer à son mandat au moyen d'une notification signée de sa main et adressée au Bureau international.

2.4 Procurations générales

La constitution d'un mandataire dans une procuration distincte (c'est-à-dire dans un document constituant le mandataire) peut être générale en ce sens qu'elle se rapporte à plusieurs instruments de dépôt international ou à plusieurs dépôts internationaux pour la même personne physique ou morale. Les instructions administratives règlent les modalités d'indication de ces instruments de dépôt international et de ces dépôts internationaux, ainsi que d'autres détails relatifs à cette procuration générale, à sa révocation ou à la renonciation au mandat. Les instructions administratives peuvent prévoir une taxe à payer pour le dépôt de procurations générales.

2.5 Mandataire suppléant

a) La constitution de mandataire visée à la règle 2.2. b) peut également indiquer une ou plusieurs personnes physiques comme mandataires suppléants.

b) Aux fins de la deuxième phrase de l'article 25.2), les mandataires suppléants sont considérés comme des mandataires.

c) La constitution de tout mandataire suppléant peut être révoquée à tout moment par la personne physique ou morale qui l'a faite ou par le mandataire. La révocation s'effectue au moyen d'un document écrit signé de ladite personne physique ou morale ou du mandataire. Elle produit effet, en ce qui concerne le

g) Die Verwaltungsrichtlinien enthalten eine Empfehlung für den Wortlaut der Bestellung.

2.3 Widerruf der Bestellung oder Verzicht auf die Bestellung

a) Die Bestellung des Vertreters kann jederzeit durch die natürliche oder juristische Person widerrufen werden, die den Vertreter bestellt hat. Der Widerruf ist auch wirksam, wenn nur eine der Personen, die den Vertreter bestellt haben, die Bestellung widerruft.

b) Der Widerruf ist in einer schriftlichen Urkunde auszusprechen, die von der unter Buchstabe a bezeichneten natürlichen oder juristischen Person zu unterschreiben ist.

c) Die Bestellung eines Vertreters nach Regel 2.2 gilt als Widerruf der früheren Bestellung eines anderen Vertreters. Die Bestellung soll nach Möglichkeit den Namen des anderen früher bestellten Vertreters enthalten.

d) Ein Vertreter kann durch eine von ihm unterschriebene, an das Internationale Büro gerichtete Mitteilung auf seine Bestellung verzichten.

2.4 Generalvollmacht

Die Bestellung eines Vertreters durch eine besondere Vollmacht (d. h. eine Urkunde zur Bestellung des Vertreters) kann allgemein sein, indem sie sich auf mehr als eine Urkunde über die internationale Hinterlegung und auf mehr als eine internationale Hinterlegung in bezug auf dieselbe natürliche oder juristische Person bezieht. Die Verwaltungsrichtlinien regeln die inhaltlichen Merkmale und Erfordernisse solcher Urkunden über die internationale Hinterlegung und solcher internationalen Hinterlegungen sowie andere Einzelheiten hinsichtlich der Generalvollmacht und ihres Widerrufs oder des Verzichts darauf. Die Verwaltungsrichtlinien können eine Gebühr vorsehen, die für das Einreichen der Generalvollmacht zu zahlen ist.

2.5 Untervertreter

a) Die Bestellung des Vertreters nach Regel 2.2 Buchstabe b kann auch eine oder mehrere natürliche Personen als Untervertreter benennen.

b) Im Sinne des Artikels 25 Absatz 2 Satz 2 gelten Untervertreter als Vertreter.

c) Die Bestellung eines Untervertreters kann von der natürlichen oder juristischen Person, die den Untervertreter bestellt hat, oder von dem Vertreter jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf ist in einer schriftlichen Urkunde auszusprechen, die von der betreffenden natürlichen oder juristischen Person oder dem Vertreter zu

tive, as far as the International Bureau is concerned, as from the date of receipt of the said document by that Bureau.

2.6 Recording, Notification and Publication

Each appointment of a representative or of a substitute representative, its revocation and its renunciation, shall be recorded, notified to the applicant or owner of the international deposit, published and notified to the competent Office of the Contracting States.

Rule 3

The international Register

3.1 Contents of the International Register; Keeping of the International Register

(a) The International Register shall contain, in respect of each international deposit recorded therein:

- (i) all the indications that must or may be furnished under the Agreement or these Regulations, and that have in fact been furnished, to the International Bureau, and, where relevant, the date on which such indications were received by that Bureau;
- (ii) the representation of the deposited type faces;
- (iii) the number and the date of the international deposit and the numbers, if any, and the dates of all recordings relating to that deposit;
- (iv) the amount of all fees received and the date or dates which they were received by the International Bureau;
- (v) any other indication whose recording is provided for by the Agreement or these Regulations.

(b) The Administrative Instructions shall regulate the establishment of the International Register, and, subject to the Agreement and these Regulations, shall specify the form in which it shall be kept and the procedure which the International Bureau shall follow for making recordings therein and for preserving it from loss or other damage.

Rule 4

Applicants; Owners of International Deposits

4.1 Several Applicants; Several Owners of the International Deposit

(a) If there are several applicants, they shall have the right to effect an international deposit only if all of them are residents or nationals of Contracting States.

Bureau international, dès la date de la réception dudit document par ce Bureau.

2.6 Inscription, notifications et publication

La constitution d'un mandataire ou d'un mandataire suppléant, sa révocation et sa renonciation sont inscrites, notifiées au déposant ou au titulaire du dépôt international, publiées et notifiées aux administrations compétentes des Etats contractants.

Règle 3

Registre international

3.1 Contenu et tenue du registre international

a) Le registre international contient, pour chaque dépôt international qui y est inscrit,

- i) toutes les indications qui doivent ou peuvent être communiquées au Bureau international en vertu de l'arrangement ou du présent règlement d'exécution, et qui lui ont effectivement été communiquées, ainsi que, le cas échéant, la date de réception de ces indications par ledit Bureau;
- ii) la représentation des caractères typographiques déposés;
- iii) le numéro et la date du dépôt international ainsi que les numéros, s'il y a lieu, et les dates de toutes les inscriptions relatives à ce dépôt;
- iv) le montant de toutes les taxes reçues et la ou les dates de leur réception par le Bureau international;
- v) toutes autres indications dont l'arrangement ou le présent règlement d'exécution prévoient l'inscription.

b) Les instructions administratives réglementent l'établissement du registre international et, sous réserve des dispositions de l'arrangement et du présent règlement d'exécution, précisent la forme dans laquelle il est tenu et les procédures que doit suivre le Bureau international pour procéder aux inscriptions et pour protéger le registre contre la perte ou tout autre dommage.

Règle 4

Déposant; titulaire du dépôt international

4.1 Plusieurs déposants; plusieurs titulaires du dépôt international

a) Lorsqu'il y a plusieurs déposants, ils n'ont qualité pour effectuer un dépôt international que si tous sont domiciliés dans des Etats contractants ou ont la nationalité de tels Etats.

unterschreiben ist. Gegenüber dem Internationalen Büro wird der Widerruf am Tag des Eingangs der Urkunde im Büro wirksam.

2.6 Eintragung, Notifikation und Veröffentlichung

Jede Bestellung eines Vertreters oder Untervertreeters, ihr Widerruf oder der Verzicht darauf ist einzutragen, dem Anmelder oder Inhaber der internationalen Hinterlegung mitzuteilen, zu veröffentlichen und dem zuständigen Amt der Vertragsstaaten zu notifizieren.

Regel 3

Das Internationale Register

3.1 Inhalt des Internationalen Registers; Führung des Internationalen Registers

a) Das Internationale Register enthält hinsichtlich jeder darin eingetragenen internationalen Hinterlegung

- i) alle Angaben, die dem Internationalen Büro nach dem Abkommen oder dieser Ausführungsordnung gemacht werden müssen oder können und die tatsächlich gemacht worden sind, sowie, soweit von Belang, den Zeitpunkt, zu dem diese Angaben beim Internationalen Büro eingegangen sind;
- ii) die Darstellung der hinterlegten typographischen Schriftzeichen;
- iii) das Aktenzeichen und das Datum der internationalen Hinterlegung und gegebenenfalls die Aktenzeichen und Daten aller sich auf diese Hinterlegung beziehenden Eintragungen;
- iv) den Betrag aller eingezahlten Gebühren und den oder die Zeitpunkte des Eingangs der Zahlungen bei dem Internationalen Büro;
- v) Sonstige Angaben, deren Eintragung im Abkommen oder in dieser Ausführungsordnung vorgesehen ist.

b) Die Verwaltungsrichtlinien regeln die Einrichtung des Internationalen Registers und bestimmen im Rahmen des Abkommens und dieser Ausführungsordnung die Einzelheiten der Form, in der es zu führen ist, und des Verfahrens, nach dem das Internationale Büro die Eintragungen darin vornimmt und es vor Verlust oder sonstigem Schaden schützt.

Regel 4

Anmelder; Inhaber der internationalen Hinterlegung

4.1 Mehrere Anmelder; mehrere Inhaber der internationalen Hinterlegung

a) Sind mehrere Anmelder vorhanden, so haben sie nur dann das Recht, eine internationale Hinterlegung vorzunehmen, wenn sie alle ihren Sitz oder Wohnsitz in Vertragsstaaten haben oder Angehörige von Vertragsstaaten sind.

(b) If there are several owners of an international deposit, they shall have the right to own such a deposit only if all of them are residents or nationals of Contracting States.

b) Lorsqu'il y a plusieurs titulaires d'un dépôt international, ils n'ont qualité pour être titulaires de ce dépôt que si tous sont domiciliés dans des Etats contractants ou ont la nationalité de tels Etats.

b) Sind mehrere Inhaber einer internationalen Hinterlegung vorhanden, so haben sie nur dann das Recht, Inhaber einer solchen Hinterlegung zu sein, wenn sie alle ihren Sitz oder Wohnsitz in Vertragsstaaten haben oder Angehörige von Vertragsstaaten sind.

Rule 5

Mandatory Contents of the Instrument of International Deposit

5.1 Declaration that the International Deposit is Effected under the Agreement

(a) The declaration referred to in Article 14 (1) (i) shall be worded as follows:

"The undersigned requests that the deposit of the type faces of which a representation is enclosed herewith be recorded in the International Register established under the Vienna Agreement for the Protection of Type Faces and their International Deposit."

(b) The declaration may, however, be worded differently if it has the same effect.

5.2 Indications Concerning the Applicant

(a) The applicant's identity shall be indicated by his name. If the applicant is a natural person, his name shall be indicated by his family name and given name(s), the family name being indicated before the given name(s). If the applicant is a legal entity, its name shall be indicated by the full, official designation of the said entity.

(b) The applicant's residence and nationality shall be indicated by the name(s) of the State(s) of which he is a resident and of which he is a national.

(c) The applicant's address shall be indicated in such a way as to satisfy the customary requirements for prompt postal delivery at the indicated address and shall, in any case, consist of all the relevant administrative units up to, and including, the house number, if any. Any telegraphic and teletype address and telephone number that the applicant may have should preferably be indicated. For each applicant, only one address shall be indicated; if several addresses are indicated, only the one first mentioned in the instrument of international deposit shall be considered.

(d) Where the applicant bases his right to effect international deposits on the fact that he has a real and effective industrial or commercial establishment in a Contracting State, he shall mention that fact and specify the State in question.

Règle 5

Contenu obligatoire de l'instrument de dépôt international

5.1 Déclaration que le dépôt international est effectué en application de l'Arrangement

a) La déclaration visée à l'article 14.1) i) doit avoir le libellé suivant:

"Le soussigné demande que le dépôt des caractères typographiques dont la représentation est jointe soit inscrit au registre international établi en application de l'Arrangement de Vienne concernant la protection des caractères typographiques et leur dépôt international."

b) Elle peut cependant être libellée différemment, pourvu qu'elle ait le même sens.

5.2 Indications concernant le déposant

a) L'identité du déposant doit être indiquée par son nom. Lorsque le déposant est une personne physique, le nom à indiquer est le patronyme et les prénoms, le patronyme précédant les prénoms. Lorsqu'il est une personne morale, il faut indiquer sa dénomination officielle complète.

b) Le domicile et la nationalité du déposant doivent être indiqués par le nom de l'Etat ou des Etats où il est domicilié et dont il a la nationalité.

c) L'adresse du déposant doit être indiquée selon les exigences usuelles en vue d'une distribution postale rapide à l'adresse indiquée et doit en tout cas comprendre toutes les unités administratives pertinentes jusqu'à et y compris le numéro de la maison, s'il y en a un. Il faut de préférence mentionner l'adresse télégraphique et de télétype ainsi que le numéro de téléphone éventuels du déposant. Une seule adresse doit être indiquée pour chaque déposant; si plusieurs sont indiquées, seule l'adresse mentionnée en premier lieu dans l'instrument de dépôt international est prise en considération.

d) Si le déposant fonde sa qualité pour effectuer un dépôt international sur le fait qu'il a un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux dans un Etat contractant, il doit l'indiquer en précisant l'Etat en question.

Regel 5

Zwingender Inhalt der Urkunde über die internationale Hinterlegung

5.1 Erklärung, daß die internationale Hinterlegung auf Grund des Abkommens vorgenommen wird.

a) Die in Artikel 14 Absatz 1 Ziffer i erwähnte Erklärung muß folgenden Wortlaut haben:

„Der Unterzeichnete beantragt, daß die Hinterlegung der typographischen Schriftzeichen, von denen eine Darstellung beigelegt ist, in das nach dem Wiener Abkommen über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung eingerichtete internationale Register eingetragen wird.“

b) Die Erklärung kann jedoch anders gefaßt sein, wenn sie denselben Sinn hat.

5.2 Angaben über den Anmelder

a) Die Identität des Anmelders ist durch Angabe seines Namens erkennbar zu machen. Ist der Anmelder eine natürliche Person, so müssen der Familienname und der (die) Vorname(n) angegeben sein, und zwar der Familienname vor dem (den) Vornamen. Ist der Anmelder eine juristische Person, so ist ihre vollständige amtliche Bezeichnung anzugeben.

b) Der Sitz und die Staatsangehörigkeit des Anmelders sind durch Angabe des Namens des oder der Staaten anzugeben, in denen er seinen Sitz hat oder deren Angehöriger er ist.

c) Die Anschrift des Anmelders ist in der Weise anzugeben, daß die üblichen Anforderungen für eine schnelle Postzustellung auf Grund der angegebenen Anschrift erfüllt sind; die Anschrift muß jedenfalls alle maßgeblichen Verwaltungseinheiten, gegebenenfalls einschließlich der Hausnummer, enthalten. Eine etwaige Telegramm- und Telexanschrift und Telefonnummer des Anmelders soll nach Möglichkeit angegeben werden. Für jeden Anmelder darf nur eine Anschrift angegeben werden; bei Angabe mehrerer Anschriften wird nur die in der Urkunde über die internationale Hinterlegung an erster Stelle aufgeführte Anschrift berücksichtigt.

d) Ein Anmelder, der sein Recht, eine internationale Hinterlegung vorzunehmen, aus der Tatsache herleitet, daß er in einem Vertragsstaat eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat, muß diese Tatsache angeben und den betreffenden Staat bezeichnen.

5.3 Name of the Creator of the Type Faces

The creator of the type faces should be indicated by name. His name shall comprise the family name and given name(s), the family name being indicated before the given name(s).

5.3 Nom du créateur des caractères typographiques

Le créateur des caractères typographiques est indiqué par son nom. Celui-ci comprend le patronyme et les prénoms, le patronyme précédant les prénoms.

5.3 Name des Schöpfers der typographischen Schriftzeichen

Der Schöpfer der typographischen Schriftzeichen ist durch Angabe seines Namens zu benennen. Sein Name besteht aus dem Familiennamen und dem (den) Vornamen, wobei der Familienname vor dem (den) Vornamen anzugeben ist.

5.4 Indications Concerning the Type Faces

The instrument of international deposit shall indicate the number of sheets bearing representations of the type faces which are the subject of the deposit.

5.4 Indications concernant les caractères typographiques

L'instrument de dépôt international doit indiquer le nombre de feuilles portant la représentation des caractères typographiques qui sont l'objet du dépôt.

5.4 Angaben über die typographischen Schriftzeichen

Die Urkunde über die internationale Hinterlegung hat die Zahl der Blätter anzugeben, welche die Darstellung der typographischen Schriftzeichen enthalten, die Gegenstand der Hinterlegung sind.

5.5 Indications Concerning Fees

The instrument of international deposit shall indicate the amount paid and contain the other indications prescribed by Rule 22.5.

5.5 Indications concernant les taxes

L'instrument de dépôt international doit indiquer le montant payé et contenir les autres indications prescrites par la règle 22.5.

5.5 Angaben über Gebühren

Die Urkunde über die internationale Hinterlegung hat den gezahlten Betrag anzugeben und die in Regel 22.5 vorgeschriebenen anderen Angaben zu enthalten.

5.6 International Deposit Effected through the Intermediary of the Competent Office of a Contracting State

The indication referred to in Article 12 (2) (b) shall be worded as follows:

"The ...¹⁾ certifies that the present international deposit was received by it on ²⁾."

5.6 Dépôt international effectué par l'intermédiaire de l'administration compétente d'un Etat contractant

L'indication visée à l'article 12.2) b) doit avoir la teneur suivante:

"Le ...¹⁾ certifie qu'il a reçu, le ...²⁾, le présent dépôt international."

5.6 Die durch Vermittlung des zuständigen Amtes eines Vertragsstaats vorgenommene internationale Hinterlegung

Die in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe b bezeichnete Angabe hat folgenden Wortlaut:

„Das ...¹⁾ bescheinigt, daß es die vorliegende internationale Hinterlegung am ²⁾ erhalten hat.“

Rule 6

Optional Contents of the Instrument of International Deposit

6.1 Naming of a Representative

The instrument of international deposit may indicate a representative.

6.2 Claiming of Priority

(a) The declaration referred to in Article 14 (2) (i) shall consist of a statement to the effect that the priority of an earlier deposit is claimed and shall indicate:

- i) where the earlier deposit is not an international deposit, the State in which such earlier deposit was effected;
- ii) where the earlier deposit is not an international deposit, the nature of that deposit (type face deposit or industrial design deposit);
- iii) the date of the earlier deposit;
- iv) the number of the earlier deposit.

Règle 6

Contenu facultatif de l'instrument de dépôt international

6.1 Mention de mandataire

L'instrument de dépôt international peut indiquer un mandataire.

6.2 Revendication de priorité

a) La déclaration visée à l'article 14.2) i) doit comporter une revendication de la priorité d'un dépôt antérieur et indiquer

- i) lorsque le dépôt antérieur n'est pas un dépôt international, l'Etat dans lequel il a été effectué;
- ii) lorsque le dépôt antérieur n'est pas un dépôt international, la nature de ce dépôt (dépôt de caractères typographiques ou dépôt de dessins ou modèles industriels);
- iii) la date du dépôt antérieur;
- iv) numéro du dépôt antérieur.

Regel 6

Wahlweiser Inhalt der Urkunde über die internationale Hinterlegung

6.1 Vertreterbenennung

In der Urkunde über die internationale Hinterlegung kann ein Vertreter benannt werden.

6.2 Prioritätsansprüche

a) Die in Artikel 14 Absatz 2 Ziffer i genannte Erklärung besteht aus der Angabe, daß die Priorität einer früheren Hinterlegung beansprucht wird, und bezeichnet,

- i) wenn die frühere Hinterlegung keine internationale Hinterlegung ist, den Staat, in dem sie vorgenommen wurde;
- ii) wenn die frühere Hinterlegung keine internationale Hinterlegung ist, die Art der Hinterlegung (Hinterlegung typographischer Schriftzeichen oder gewerblicher Muster oder Modelle);
- iii) den Zeitpunkt der früheren Hinterlegung;
- iv) das Aktenzeichen der früheren Hinterlegung.

¹⁾ Indicate the name of the competent Office.

²⁾ Indicate the date.

¹⁾ Indiquer le nom de l'administration compétente.

²⁾ Indiquer la date.

¹⁾ Angabe der Bezeichnung des zuständigen Amtes.

²⁾ Angabe des Zeitpunkts.

(b) If the declaration does contain the indications referred to in paragraph (a) (i) to (iii), the International Bureau shall treat the declaration as if it had not been made.

(c) If the earlier deposit number referred to in paragraph (a) (iv) is not indicated in the declaration but is furnished by the applicant or the owner of the international deposit to the International Bureau prior to the expiration of the tenth month from the date of the earlier deposit, it shall be considered to have been included in the declaration and shall be published by the International Bureau.

(d) If the date of the earlier deposit as indicated in the declaration precedes the date of the international deposit by more than six months, the International Bureau shall treat the declaration as if it had not been made.

(e) If the declaration referred to in Article 14 (2) (i) claims the priority of more than one earlier deposit, the provisions of paragraphs (a) to (d) shall apply to each of them.

b) Lorsque la déclaration ne comporte pas les indications visées à l'alinéa a) i) à iii), le Bureau international la traite comme si elle n'avait pas été faite.

c) Lorsque le numéro du dépôt antérieur, visé à l'alinéa a) iv), ne figure pas dans la déclaration mais est communiqué par le déposant ou le titulaire du dépôt international au Bureau international dans les dix mois qui suivent la date du dépôt antérieur, il est censé figurer dans la déclaration et il est publié par le Bureau international.

d) Lorsque la date du dépôt antérieur telle qu'elle est indiquée dans la déclaration précède la date du dépôt international de plus de six mois, le Bureau international traite la déclaration comme si elle n'avait pas été faite.

e) Si la déclaration visée à l'article 14.2 i) revendique la priorité de plusieurs dépôts antérieurs, les alinéas a) à d) s'appliquent à chacun d'eux.

b) Enthält die Erklärung nicht die unter Buchstabe a Ziffern i bis iii erwähnten Angaben, so behandelt das Internationale Büro die Erklärung als nicht abgegeben.

c) Wird das unter Buchstabe a Ziffer iv erwähnte Aktenzeichen der früheren Hinterlegung in der Erklärung nicht angegeben, jedoch von dem Anmelder oder dem Inhaber der internationalen Hinterlegung vor Ablauf des zehnten Monats nach dem Zeitpunkt der früheren Hinterlegung dem Internationalen Büro nachgereicht, so gilt es als in der Erklärung enthalten und wird durch das Internationale Büro veröffentlicht.

d) Das Internationale Büro behandelt eine Prioritätserklärung als nicht abgegeben, wenn der in der Erklärung angegebene Zeitpunkt der früheren Hinterlegung mehr als sechs Monate vor dem Zeitpunkt der internationalen Hinterlegung liegt.

e) Beansprucht die in Artikel 14 Absatz 2 Ziffer i genannte Erklärung die Priorität von mehr als einer früheren Hinterlegung, so sind die Vorschriften der Buchstaben a bis d auf jede der früheren Hinterlegungen anzuwenden.

6.3 Denomination of the Type Faces

Where a denomination relates only to a part of the type faces, the instrument of international deposit shall clearly indicate those to which it does relate. The same shall apply where more than one denomination is indicated.

6.3 Dénomination des caractères typographiques

Si la dénomination ne concerne qu'une partie des caractères typographiques, l'instrument de dépôt international doit indiquer avec précision ceux auxquels elle se rapporte. Il en est de même lorsque plusieurs dénominations sont indiquées.

6.3 Bezeichnung der typographischen Schriftzeichen

Bezieht sich die Bezeichnung nur auf einen Teil der typographischen Schriftzeichen, so muß die Urkunde über die internationale Hinterlegung deutlich die Schriftzeichen angeben, auf die sie sich bezieht. Dasselbe gilt, wenn mehr als eine Bezeichnung angegeben ist.

Rule 7

Language of the Instrument of International Deposit, Recordings, Notifications and Correspondence

7.1 Language of the Instrument of International Deposit

(a) The instrument of international deposit shall be in the English or in the French language.

(b) The Administrative Instructions may provide that the headings of the model form referred to in Rule 8.1 shall also be in languages other than English and French.

7.2 Language of Recordings, Notifications and Correspondence

(a) Recordings and notifications by the International Bureau shall be in the same language as that of the instrument of international deposit.

(b) Correspondence between the International Bureau and the applicant or the owner of the international deposit shall be in the same language as that of the instrument of international deposit.

(c) Letters or other written communications from the competent Offices of Con-

Règle 7

Langue de l'instrument de dépôt international, des inscriptions, des notifications et de la correspondance

7.1 Langue de l'instrument de dépôt international

a) L'instrument de dépôt international doit être rédigé en langue française ou anglaise.

b) Les instructions administratives peuvent prévoir que les rubriques figurant sur le formulaire type visé à la règle 8.1 sont également établies en d'autres langues que le français et l'anglais.

7.2 Langue des inscriptions, des notifications et de la correspondance

a) Les inscriptions et notifications effectuées par le Bureau international sont rédigées dans la même langue que l'instrument de dépôt international.

b) La correspondance entre le Bureau international et le déposant ou le titulaire du dépôt international se fait dans la même langue que l'instrument de dépôt international.

c) Les lettres ou autres communications écrites des administrations compé-

Regel 7

Sprache der Urkunde über die internationale Hinterlegung, der Eintragungen, der Notifikationen und des Schriftwechsels

7.1 Sprache der Urkunde über die internationale Hinterlegung

a) Die Urkunde über die internationale Hinterlegung ist in englischer oder französischer Sprache abzufassen.

b) Die Verwaltungsrichtlinien können vorsehen, daß die Überschriften des in Regel 8.1 erwähnten Formblatts auch in anderen Sprachen als Englisch und Französisch abzufassen sind.

7.2 Sprache der Eintragungen, der Notifikationen und des Schriftwechsels

a) Eintragungen und Notifikationen des Internationalen Büros werden in derselben Sprache abgefaßt wie die Urkunde über die internationale Hinterlegung.

b) Der Schriftwechsel zwischen dem Internationalen Büro und dem Anmelder oder dem Inhaber der internationalen Hinterlegung wird in derselben Sprache geführt, in der die Urkunde über die internationale Hinterlegung abgefaßt ist.

c) Briefe oder sonstige schriftliche Mitteilungen der zuständigen Ämter der Ve-

tracting States to the International Bureau shall be in the English or in the French language.

(d) Letters from the International Bureau to any competent Office of a Contracting State shall be in English or French according to the wish of that Office; any matter in such letters quoted from the International Register shall be in the language in which such matter appears in that Register.

(e) Where the International Bureau is under the obligation to forward to the applicant or the owner of the international deposit any of the communications referred to in paragraph (c), it shall forward them in the language in which it received them.

Rule 8

Form of the Instrument of International Deposit

8.1 Model Form

(a) The instrument of international deposit shall be established in accordance with the model form issued by the International Bureau. Printed copies of the model form shall be furnished free of charge, on request, by the International Bureau.

(b) The form shall be filled in preferably by typewriter and shall be easily legible.

8.2 Copies; Signature

(a) The instrument of international deposit shall be filed in one copy.

(b) The instrument of international deposit shall be signed by the applicant.

8.3 No Additional Matter

(a) The instrument of international deposit shall not contain any matter and shall not be accompanied by any document other than those prescribed or permitted by the Agreement and these Regulations.

(b) If the instrument of international deposit contains matter other than matter so prescribed or permitted, the International Bureau shall delete it ex officio; and if it is accompanied by any document other than those prescribed or permitted, the International Bureau shall treat it as if it had not been transmitted to it and shall return the said document to the applicant.

Rule 9

Representation of Type Faces

9.1 Form of Representation

(a) Type faces which are the subject of an international deposit shall be represented on one side only of one or more sheets of paper of A4 size (29,7 × 21 cm), separate from the instrument of interna-

tentes des Etats contractants au Bureau international sont rédigées en langue française ou anglaise.

(d) Les lettres adressées par le Bureau international à l'administration compétente d'un Etat contractant sont rédigées en langue française ou anglaise, selon le désir de cette administration; toute citation du registre international figurant dans de telles lettres est faite dans la langue dans laquelle le texte cité figure sur ledit registre.

(e) Lorsque le Bureau international doit transmettre au déposant ou au titulaire du dépôt international l'une des communications visées à l'alinéa c), il la transmet dans la langue dans laquelle il l'a reçue.

Règle 8

Forme de l'instrument de dépôt international

8.1 Formulaire type

a) L'instrument de dépôt international doit être établi selon le formulaire type du Bureau international. Sur demande, le Bureau international délivre gratuitement des exemplaires imprimés de ce formulaire.

b) Le formulaire doit être rempli lisible-ment et, de préférence, à la machine à écrire.

8.2 Exemplaires; signature

a) L'instrument de dépôt international doit être déposé en un exemplaire.

b) L'instrument de dépôt international doit être signé du déposant.

8.3 Exclusion d'éléments additionnels

a) L'instrument de dépôt international ne peut contenir d'indications ni être accompagné de documents autres que ceux qui sont prescrits ou autorisés par l'arrangement et le présent règlement d'exécution.

b) Si l'instrument de dépôt international contient des indications autres que celles qui sont prescrites ou autorisées, le Bureau international les biffe d'office; s'il est accompagné de documents autres que ceux qui sont prescrits ou autorisés, le Bureau international les traite comme s'ils ne lui avaient pas été envoyés et les retourne au déposant.

Règle 9

Représentation des caractères typographiques

9.1 Forme de la représentation

a) Les caractères typographiques qui sont l'objet du dépôt international doivent être représentés sur le recto d'une ou plusieurs feuilles de papier de format A 4 (29,7 × 21 cm) distinctes de l'instrument

tragsstaaten an das Internationale Büro sind in englischer oder französischer Sprache abzufassen.

d) Briefe des Internationalen Büros an das zuständige Amt eines Vertragsstaats werden je nach Wunsch des betreffenden Amtes in Englisch oder Französisch abgefaßt; in solchen Briefen enthaltene Auszüge aus dem Internationalen Register werden in der Sprache wiedergegeben, in der sie im Register erscheinen.

e) Hat das Internationale Büro eine der unter Buchstabe c bezeichneten Mitteilungen an den Anmelder oder den Inhaber der internationalen Hinterlegung weiterzuleiten, so geschieht dies in der Sprache, in der es sie erhalten hat.

Regel 8

Form der Urkunde über die internationale Hinterlegung

8.1 Formblatt

a) Die Urkunde über die internationale Hinterlegung ist entsprechend einem vom Internationalen Büro herausgegebenen Formblatt zu errichten. Das Internationale Büro sendet gedruckte Formblätter auf Antrag kostenlos zu.

b) Das Formblatt ist nach Möglichkeit mit der Schreibmaschine auszufüllen und muß leicht lesbar sein.

8.2 Zahl der Stücke; Unterschrift

a) Die Urkunde über die internationale Hinterlegung ist in einem Stück einzureichen.

b) Die Urkunde über die internationale Hinterlegung ist vom Anmelder zu unterschreiben.

8.3 Kein zusätzlicher Inhalt

a) Die Urkunde über die internationale Hinterlegung darf keinen anderen Inhalt haben und von keinen anderen Unterlagen begleitet sein, als das Abkommen oder diese Ausführungsordnung vorschreibt oder erlaubt.

b) Enthält die Urkunde über die internationale Hinterlegung einen anderen als den vorgeschriebenen oder erlaubten Inhalt, so streicht ihn das Internationale Büro von Amts wegen; sind andere als die vorgeschriebenen oder erlaubten Unterlagen beigelegt, so behandelt das Internationale Büro diese so, als wären sie ihm nicht übermittelt worden, und sendet sie dem Anmelder zurück.

Regel 9

Darstellung der typographischen Schriftzeichen

9.1 Form der Darstellung

a) Typographische Schriftzeichen, die Gegenstand der internationalen Hinterlegung sind, sind auf der Vorderseite eines oder mehrerer Blätter Papier im Format DIN A 4 (29,7 cm × 21 cm) getrennt von

tional deposit. A margin shall be left of at least 1.5 cm from all four edges of each sheet.

(b) Letters and signs shall be presented in such a way that the tallest letter or sign within a set shall be not less than 10 mm, and they shall be separated from one another by their normal inter-letter spacing.

(c) The representation of the type faces shall also include a text of not less than three lines composed with the characters which are the subject of the international deposit. The text need not necessarily be in English or French or in the minimum dimensions required under paragraph (b).

(d) The representation of the type faces shall be of a quality admitting of direct reproduction by photography and printing processes.

9.2 Other Indications

The sheet bearing the representation of the type faces shall also bear the name of the applicant and his signature. If there are several sheets, each shall contain the same indications and each shall be numbered.

Rule 10 **Fees Payable** **with the International Deposit**

10.1 Kinds and Amounts of Fees

(a) The fees payable with the international deposit shall be:

- (i) a deposit fee;
- (ii) a publication fee.

(b) The amount of each of those fees is indicated in the Table of Fees.

Rule 11 **Defects in the International Deposit**

11.1 Notification of Declining of International Deposit and Reimbursement of Publication Fee

Where, under Article 15 (2) (c), the International Bureau declines the international deposit, it shall notify the applicant, stating the grounds for declining, and shall reimburse to him the publication fee which has been paid.

11.2 Defects Peculiar to an International Deposit Effected Through the Intermediary of the Competent Office of a Contracting State

Where the instrument of international deposit presented through the intermedi-

de dépôt international. Une marge d'au moins 1,5 cm sera ménagée sur les quatre bords de chaque feuille.

b) Les lettres et signes seront présentés de façon que la lettre ou le signe qui a la plus grande dimension dans l'ensemble déposé soit représenté dans un format d'au moins 10 mm et ils seront séparés les uns des autres par leurs espacements normaux.

c) La représentation des caractères typographiques doit comprendre également un texte d'au moins trois lignes composé au moyen des caractères typographiques qui sont l'objet du dépôt international. Ce texte ne doit pas nécessairement être rédigé en français ou en anglais, ni être présenté dans les dimensions minima exigées par l'alinéa b).

d) La représentation des caractères typographiques doit être d'une qualité qui permette leur reproduction directe par le moyen de la photographie et par les procédés d'imprimerie.

9.2 Autres indications

La feuille portant la représentation des caractères typographiques doit porter le nom du déposant et sa signature. S'il y a plusieurs feuilles, chacune doit contenir ces indications; en outre, elles doivent être numérotées.

Règle 10 **Taxes à payer au moment** **où le dépôt international** **est effectué**

10.1 Espèces et montants des taxes

a) Les taxes à payer au moment où le dépôt international est effectué sont les suivantes:

- i) une taxe de dépôt;
- ii) une taxe de publication.

b) Le montant de chacune de ces taxes est indiqué dans le tableau des taxes.

Règle 11 **Irrégularités** **dans le dépôt international**

11.1 Notification du rejet du dépôt international et remboursement de la taxe de publication

Si, conformément à l'article 15.2) c), le Bureau international rejette le dépôt international, il notifie ce fait au déposant, en indiquant les motifs du rejet, et il lui rembourse la taxe de publication qui a été payée.

11.2 Irrégularités particulières au dépôt international effectué par l'intermédiaire de l'administration compétente d'un Etat contractant

Lorsque l'instrument de dépôt international présenté par l'intermédiaire de

der Urkunde über die internationale Hinterlegung darzustellen. An allen vier Rändern jedes Blattes ist ein Rand von mindestens 1,5 cm freizulassen.

b) Buchstaben und Zeichen sind so darzustellen, daß der größte Buchstabe oder das größte Zeichen innerhalb eines Satzes nicht kleiner als 10 mm ist; sie sind durch einen normalen Zwischenraum voneinander zu trennen.

c) Die Darstellung der typographischen Schriftzeichen muß auch einen Text von mindestens drei Zeilen enthalten, der aus den Buchstaben zusammengesetzt ist, die Gegenstand der internationalen Hinterlegung sind. Der Text braucht nicht in englischer oder französischer Sprache abgefaßt zu sein und unterliegt nicht dem Erfordernis der Mindestgröße nach Buchstabe b.

d) Die Darstellung der typographischen Schriftzeichen muß von einer Qualität sein, die eine unmittelbare Vervielfältigung im photographischen und Druckverfahren gestattet.

9.2 Andere Angaben

Das Blatt mit der Darstellung der typographischen Schriftzeichen muß auch den Namen des Anmelders und seine Unterschrift tragen. Bei mehreren Blättern muß jedes die gleichen Angaben enthalten und numeriert sein.

Regel 10 **Bei der internationalen Hinterlegung** **zu entrichtende Gebühren**

10.1 Art und Höhe der Gebühren

a) Die bei der internationalen Hinterlegung zu entrichtenden Gebühren bestehen aus

- i) einer Hinterlegungsgebühr,
- ii) einer Bekanntmachungsgebühr.

b) Die Höhe jeder dieser Gebühren ist in der Gebührentabelle angegeben.

Regel 11 **Mängel in der** **internationalen Hinterlegung**

11.1 Notifikation der Ablehnung der internationalen Hinterlegung und Rückzahlung der Bekanntmachungsgebühr

Lehnt das Internationale Büro die internationale Hinterlegung nach Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe c ab, so gibt es das dem Anmelder unter Angabe der Ablehnungsgründe bekannt und zahlt ihm die entrichtete Bekanntmachungsgebühr zurück.

11.2 Mängel bei einer durch Vermittlung des zuständigen Amtes eines Vertragsstaats vorgenommenen internationalen Hinterlegung

Wird die Urkunde über die internationale Hinterlegung nach Artikel 12 Absatz 2

ary of the competent Office of a Contracting State under Article 12 (2):

- (i) does not indicate that the applicant is a resident of the State through the intermediary of whose Office the international deposit was effected, or
- (ii) does not contain a statement by the said Office indicating the date on which that Office received the said deposit, or
- (iii) contains the said statement indicating a date which precedes by more than one month the date on which the International Bureau received the international deposit,

the international deposit shall be treated as if it had been effected direct with the International Bureau on the date it reached the Bureau. The International Bureau shall inform accordingly the Office through the intermediary of which the international deposit was effected.

l'administration compétente d'un Etat contractant en vertu de l'article 12.2)

- i) n'indique pas que le déposant est domicilié dans l'Etat par l'intermédiaire de l'administration duquel le dépôt international a été effectué, ou
- ii) ne contient pas de déclaration de cette administration indiquant la date de réception de ce dépôt par cette administration, ou
- iii) contient une déclaration de cette administration indiquant une date antérieure de plus d'un mois à celle à laquelle le Bureau international a reçu le dépôt international,

le dépôt international est traité comme s'il avait été effectué directement auprès du Bureau international, le jour où ce dernier l'a reçu. Le Bureau international en informe l'administration par l'intermédiaire de laquelle le dépôt international a été effectué.

durch Vermittlung des zuständigen Amtes eines Vertragsstaats vorgelegt und

- i) zeigt sie nicht an, daß der Anmelder seinen Sitz in dem Staat hat, durch dessen Amt die internationale Hinterlegung vorgenommen wurde, oder
- ii) enthält sie keinen Vermerk des Amtes über den Zeitpunkt, in dem die Hinterlegung bei ihm eingegangen ist, oder
- iii) enthält sie zwar einen solchen Vermerk, gibt dieser jedoch einen Zeitpunkt an, der mehr als einen Monat vor dem Zeitpunkt liegt, in dem die internationale Hinterlegung bei dem Internationalen Büro eingegangen ist,

so ist die internationale Hinterlegung so zu behandeln, als wenn sie unmittelbar bei dem Internationalen Büro an dem Tag, an dem sie bei ihm eingegangen ist, vorgenommen worden wäre. Das Internationale Büro hat das Amt, durch dessen Vermittlung die internationale Hinterlegung vorgenommen wurde, entsprechend zu benachrichtigen.

Rule 12

Procedure Where Avoiding Certain Effects of Declining Is Sought

12.1 Information Available to Competent Offices of Contracting States

At the request of the applicant or of the interested competent Office, the International Bureau shall send to that Office a copy of the file of the declined international deposit, together with a memorandum setting out the grounds for and the various steps leading to the declining of the said application.

Règle 12

Procédure visant à éviter certains effets du rejet

12.1 Informations pour les administrations compétentes des Etats contractants

Sur requête du déposant ou de l'administration compétente intéressée, le Bureau international adresse à cette administration une copie du dossier du dépôt international qu'il a rejeté, ainsi qu'un mémoire exposant les motifs et les diverses étapes du rejet.

Regel 12

Verfahren zur Vermeidung gewisser Wirkungen der Ablehnung

12.1 Unterrichtung der zuständigen Ämter der Vertragsstaaten

Auf Antrag des Anmelders oder des beteiligten zuständigen Amtes übermittelt das Internationale Büro diesem Amt eine Zweitschrift der Akte über die abgelehnte internationale Hinterlegung mit einem Memorandum, in dem es die Gründe für die Ablehnung und die verschiedenen Schritte, die dazu geführt haben, darlegt.

Rule 13

International Deposit Certificate

13.1 International Deposit Certificate

Once the International Bureau has recorded the international deposit, it shall issue to the owner thereof an international deposit certificate, the contents of which are provided for in the Administrative Instructions.

Règle 13

Certificat de dépôt international

13.1 Certificat de dépôt international

Dès que le Bureau international a inscrit le dépôt international, il délivre au titulaire de ce dernier un certificat de dépôt international, dont le contenu est réglé par les instructions administratives.

Regel 13

Bescheinigung über die internationale Hinterlegung

13.1 Bescheinigung über die internationale Hinterlegung

Hat das Internationale Büro die internationale Hinterlegung eingetragen, so stellt es dem Inhaber eine Bescheinigung über die internationale Hinterlegung aus, deren Inhalt sich aus den Verwaltungsrichtlinien ergibt.

Rule 14

Publication of International Deposits

14.1 Contents of Publication of the International Deposit

The publication of any international deposit shall contain:

- (i) the name and address of the applicant and, if he bases his right to effect international deposits on the fact that he is a resident or national

Règle 14

Publication du dépôt international

14.1 Contenu de la publication du dépôt international

La publication du dépôt international comporte

- i) le nom et l'adresse du déposant et, si ce dernier fonde sa qualité pour effectuer un dépôt international sur le fait qu'il a son domicile dans un

Regel 14

Bekanntmachung der internationalen Hinterlegung

14.1 Inhalt der Bekanntmachung der internationalen Hinterlegung

Die Bekanntmachung der internationalen Hinterlegung enthält

- i) den Namen und die Anschrift des Anmelders und, wenn er sein Recht, die internationale Hinterlegung vorzunehmen, darauf stützt, daß er Ange-

of, or has a real and effective industrial or commercial establishment in, a State other than that in which he has his address, the name of the State of which he is a resident or national or in which he has a real and effective industrial or commercial establishment;

Etat autre que celui où il a son adresse ou sur le fait qu'il a la nationalité d'un tel autre Etat ou qu'il y a un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux, le nom de l'Etat où il a son domicile ou dont il a la nationalité ou dans lequel il a un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux;

hörer eines anderen Staates als dem seiner Anschrift ist oder daß er seinen Sitz oder seine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung in einem anderen Staat als dem seiner Anschrift hat, den Namen des Staates, dessen Angehöriger er ist oder in dem er seinen Sitz oder seine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat;

- | | | |
|--|---|---|
| (ii) the name of the creator of the type faces or an indication that the creator has renounced being mentioned as such; | ii) le nom du créateur des caractères typographiques ou l'indication que celui-ci a renoncé à être mentionné comme tel; | ii) den Namen des Schöpfers der typographischen Schriftzeichen oder eine Mitteilung, daß dieser auf die Nennung seines Namens verzichtet hat; |
| (iii) the representation of the type faces, including the text referred to in Rule 9.1 (c), in the same presentation and dimensions as those in which they were deposited; | iii) la représentation des caractères typographiques, y compris le texte visé à la règle 9.1. c), dans la présentation et les dimensions dans lesquelles ils ont été déposés; | iii) die Darstellung der typographischen Schriftzeichen, einschließlich des in Regel 9.1 Buchstabe c erwähnten Textes, in der Darstellung und Größe der Hinterlegung; |
| (iv) the date of the international deposit; | iv) la date du dépôt international; | iv) den Zeitpunkt der internationalen Hinterlegung; |
| (v) the number of the international deposit; | v) le numéro du dépôt international; | v) das Aktenzeichen der internationalen Hinterlegung; |
| (vi) where priority is claimed, the indications listed in Rule 6.2 (a); | vi) lorsqu'il y a revendication de priorité, les indications énumérées dans la règle 6.2. a); | vi) bei Inanspruchnahme von Priorität, die in Regel 6.2 Buchstabe a aufgeführten Angaben; |
| (vii) where a representative is appointed, the name and address of that representative; | vii) si un mandataire est constitué, le nom et l'adresse de ce mandataire; | vii) bei Bestellung eines Vertreters den Namen und die Anschrift des Vertreters; |
| (viii) where a denomination is indicated for the type faces, that denomination. | viii) lorsqu'une dénomination est indiquée pour les caractères typographiques, cette dénomination. | viii) bei Angabe einer Bezeichnung für die typographischen Schriftzeichen diese Bezeichnung. |

Rule 15

Notification of International Deposits

15.1 Form of Notification

The notification referred to in Article 17 shall be effected separately for each competent Office and shall consist of separate reprints of the publication by the International Bureau of each international deposit.

15.2 Time of Notification

The notification shall be effected on the same date as that of the issue of the Bulletin in which the international deposit is published.

Rule 16

Changes in Ownership

16.1 Request for Recording of Change in Ownership

(a) The request for recording referred to in Article 20 (1) shall indicate its purpose and contain:

- (i) the name of the owner of the international deposit (hereinafter referred to as "the earlier owner") who appears as such in the International Register;

Règle 15

Notification du dépôt international

15.1 Forme de la notification

La notification visée à l'article 17 est effectuée séparément pour chaque administration compétente et consiste en un tiré à part de la publication, par le Bureau international, de chaque dépôt international.

15.2 Date de la notification

La notification est effectuée le jour de la parution du numéro du bulletin dans lequel est publié le dépôt international.

Règle 16

Changement de titulaire du dépôt international

16.1 Requête en inscription du changement de titulaire du dépôt international

a) La requête en inscription visée à l'article 20. 1) doit indiquer son objet et comporter

- i) le nom du titulaire du dépôt international (ci-après dénommé «titulaire antérieur») qui figure à ce titre dans le registre international;

Regel 15

Notifikation der internationalen Hinterlegung

15.1 Form der Notifikation

Die in Artikel 17 genannte Notifikation ist für jedes zuständige Amt gesondert vorzunehmen und muß gesonderte Druckstücke der Bekanntmachung jeder internationalen Hinterlegung durch das Internationale Büro enthalten.

15.2 Zeitpunkt der Notifikation

Die Notifikation erfolgt an demselben Tag, an dem das Bulletin mit der Bekanntmachung der internationalen Hinterlegung herausgegeben wird.

Regel 16

Wechsel des Inhabers

16.1 Antrag auf Eintragung des Inhaberswechsels

a) Der Antrag auf Eintragung nach Artikel 20 Absatz 1 muß seinen Zweck angeben und folgendes enthalten:

- i) den Namen des Inhabers der internationalen Hinterlegung (im folgenden als „früherer Inhaber“ bezeichnet), der im Internationalen Register als solcher eingetragen ist;

- (ii) the name, residence, nationality and address of the new owner of the international deposit (hereinafter referred to as "the new owner"), in the manner provided for indications to be furnished in respect of the applicant under Rule 5.2;
- (iii) the number of the international deposit;
- (iv) where the change in ownership relates to fewer than all the Contracting States referred to in Article 18 (1), identification of those States to which it relates.

(b) The request shall be signed by the earlier owner or, if his signature cannot be obtained, by the new owner, provided that if it is signed by the new owner the request shall be accompanied by an attestation by the competent Office of the Contracting State of which the earlier owner, at the time of the change of ownership, was a national or, if at that time the earlier owner was not a national of a Contracting State, by the competent Office of the Contracting State of which, at the said time, the earlier owner was a resident. The competent Office shall attest that, according to evidence produced before it, the new owner appears to be the successor in title of the earlier owner to the extent described in the request and the conditions prescribed in the preceding sentence are fulfilled. The attestation shall be dated and shall bear the stamp or seal of the competent Office and the signature of an official thereof. The attestation shall be given for the sole purpose of allowing the change of ownership to be recorded in the International Register.

(c) The amount of the fee referred to in Article 20 (4) is indicated in the Table of Fees.

16.2 Recording, Notification and Publication; Declining of Request for Recording

(a) Where, according to the indications furnished in the request for recording of the change in ownership, the new owner is a person entitled to own international deposits and the request complies with the other prescribed requirements, the International Bureau shall record the change in ownership in respect of all the Contracting States or those specified in the request, as the case may be. Such recording shall contain the indications referred to in Rule 16.1 (a) (ii) and (iv) and shall mention the date on which it was effected.

(b) The International Bureau shall notify the recording of the change in ownership to the earlier and to the new owners.

(c) The publication and the notification referred to in Article 20 (5) shall contain

- ii) le nom, le domicile, la nationalité et l'adresse du nouveau titulaire du dépôt international (ci-après dénommé «nouveau titulaire»), de la manière dont ces indications doivent être fournies pour le déposant selon la règle 5.2;
- iii) le numéro du dépôt international;
- iv) si le changement de titulaire du dépôt international ne s'applique pas à la totalité des Etats contractants visés à l'article 18. 1), l'indication des Etats auxquels il s'applique.

b) La requête doit être signée par le titulaire antérieur ou, si la signature de celui-ci ne peut être obtenue, par le nouveau titulaire. Dans ce dernier cas, la requête doit être accompagnée d'une attestation émanant soit de l'administration compétente de l'Etat contractant dont le titulaire antérieur avait la nationalité au moment du changement de titulaire soit, si le titulaire antérieur n'avait pas, à ce moment, la nationalité d'un Etat contractant, de l'administration compétente de l'Etat contractant où, à ce même moment, le titulaire antérieur avait son domicile. L'administration compétente doit attester que, d'après les preuves qui lui ont été présentées, le nouveau titulaire semble être l'ayant cause du titulaire antérieur dans la mesure indiquée dans la requête et que les conditions énumérées dans la phrase précédente sont remplies. L'attestation doit être datée et munie du sceau ou du cachet de l'administration compétente ainsi que de la signature d'un fonctionnaire de cette administration. L'attestation a pour seul but de permettre l'inscription du changement de titulaire au registre international.

c) Le montant de la taxe visée à l'article 20. 4) figure au tableau des taxes.

16.2 Inscription, notifications et publication; rejet de la requête en inscription

a) Si, selon les indications fournies dans la requête en inscription du changement de titulaire du dépôt international, le nouveau titulaire a qualité pour être titulaire d'un dépôt international et si la requête satisfait aux autres conditions prescrites, le Bureau international inscrit le changement de titulaire pour l'ensemble des Etats contractants ou pour ceux d'entre eux qui sont spécifiés dans la requête, selon le cas. Cette inscription comporte les indications visées à la règle 16.1. a) ii) et iv) et mentionne la date à laquelle elle est opérée.

b) Le Bureau international notifie l'inscription du changement de titulaire du dépôt international au titulaire antérieur et au nouveau titulaire.

c) La publication et la notification visées à l'article 20. 5) comportent les

- ii) den Namen, den Sitz, die Staatsangehörigkeit und die Anschrift des neuen Inhabers der internationalen Hinterlegung (im folgenden als „neuer Inhaber“ bezeichnet) in der nach Regel 5.2 hinsichtlich der Angaben über den Anmelder vorgeschriebenen Weise;
- iii) das Aktenzeichen der internationalen Hinterlegung;
- iv) wenn der Wechsel des Inhabers sich nicht auf alle in Artikel 18 Absatz 1 bezeichneten Vertragsstaaten bezieht, die genaue Angabe der Staaten, auf die er sich bezieht.

b) Der Antrag muß von dem früheren Inhaber oder, wenn seine Unterschrift nicht beigebracht werden kann, von dem neuen Inhaber unterschrieben sein; ist er von dem neuen Inhaber unterschrieben, so muß dem Antrag eine Bescheinigung des zuständigen Amtes des Vertragsstaats beiliegen, dessen Angehöriger der frühere Inhaber im Zeitpunkt des Wechsels war, oder, wenn der frühere Inhaber zu dem genannten Zeitpunkt nicht Angehöriger eines Vertragsstaates war, eine Bescheinigung des zuständigen Amtes des Vertragsstaats, in dem der frühere Inhaber zu dem genannten Zeitpunkt seinen Sitz hatte. Das zuständige Amt muß bescheinigen, daß nach den ihm vorliegenden Unterlagen der neue Inhaber Rechtsnachfolger des früheren Inhabers in dem im Antrag beschriebenen Umfang zu sein scheint und daß die in Satz 1 aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sind. Die Bescheinigung muß das Datum und den Stempel oder das Siegel des zuständigen Amtes sowie die Unterschrift eines seiner Bediensteten tragen. Die Bescheinigung wird einzig zu dem Zweck ausgestellt, die Eintragung des Inhaberwechsels in das Internationale Register zu ermöglichen.

c) Die Höhe der in Artikel 20 Absatz 4 genannten Gebühr ist in der Gebührentabelle angegeben.

16.2 Eintragung, Notifikation und Bekanntmachung; Ablehnung des Antrags auf Eintragung

a) Ist der neue Inhaber nach den Angaben in dem Antrag auf Eintragung des Inhaberwechsels berechtigt, Inhaber einer internationalen Hinterlegung zu sein, und erfüllt der Antrag auch die sonstigen vorgeschriebenen Erfordernisse, so trägt das Internationale Büro den Wechsel des Inhabers im Hinblick auf alle oder die in dem Antrag bezeichneten Vertragsstaaten ein. Diese Eintragung muß die in Regel 16.1 Buchstabe a Ziffern ii und iv genannten Angaben enthalten und das Datum des Vollzugs der Eintragung vermerken.

b) Das Internationale Büro gibt dem früheren und dem neuen Inhaber die Eintragung des Inhaberwechsels bekannt.

c) Die Veröffentlichung und Notifikation nach Artikel 20 Absatz 5 muß die in Re-

the indications referred to in Rule 16.1 (a) and the date of the recording.

(d) Where, according to the indications furnished in the request for recording of the change in ownership, the new owner is a person not entitled to own international deposits, or where the request does not comply with the other prescribed requirements, the International Bureau shall decline it and notify the person who has signed the request, stating the grounds for declining.

Rule 17

Withdrawal and Renunciation of International Deposits

17.1 Withdrawal of the International Deposit

Any withdrawal of an international deposit shall be treated as such by the International Bureau if the declaration of withdrawal reaches it before preparations for publication have been completed. If the said declaration reaches the International Bureau later, it shall be treated as a renunciation of the international deposit.

17.2 Procedure

(a) Withdrawals and renunciations shall be effected by means of a written declaration addressed to the International Bureau and signed by the applicant or the owner of the international deposit, as the case may be.

(b) If withdrawal or renunciation is only partial, the States or type faces to which it relates shall be clearly indicated, failing which it shall not be taken into consideration.

(c) The International Bureau shall acknowledge receipt of the declaration of withdrawal. If withdrawal is total, the International Bureau shall reimburse to the applicant the publication fee which has been paid.

(d) The International Bureau shall record the renunciation, notify the said recording to the owner of the international deposit, publish such renunciation and notify it to the competent Offices of the Contracting States.

Rule 18

Other Amendments to International Deposits

18.1 Permissible Amendments

The owner of the international deposit may amend the mandatory and optional indications appearing in the instrument of international deposit in accordance with Rules 5.2, 5.3, 6.1 and 6.3.

indications vieées à la règle 16.1. a) et la date de l'inscription.

d) Si, selon les indications fournies dans la requête en inscription du changement de titulaire du dépôt international, le nouveau titulaire n'a pas qualité pour être titulaire d'un dépôt international ou si la requête ne satisfait pas aux autres conditions prescrites, le Bureau international la rejette et notifie ce fait au signataire de la requête, en indiquant les motifs du rejet.

Règle 17

Retrait du dépôt international et renonciation au dépôt international

17.1 Retrait du dépôt international

Le Bureau international donne suite au retrait du dépôt international si la déclaration de retrait lui parvient avant que les préparatifs en vue de la publication ne soient achevés. S'il reçoit cette déclaration plus tard, il la traite comme une renonciation au dépôt international.

17.2 Procédure

a) Les retraits et renonciations sont effectués sous forme de déclarations écrites adressées au Bureau international et signées, selon le cas, du déposant ou du titulaire du dépôt international.

b) Si le retrait ou la renonciation n'est que partiel, les Etats ou les caractères typographiques sur lesquels il ou elle ne porte devront être indiqués avec précision, faute de quoi il ou elle sera pris en considération.

c) Le Bureau international accuse réception de la déclaration de retrait. S'il s'agit d'un retrait total, le Bureau international rembourse au déposant la taxe de publication qui a été payée.

d) Le Bureau international inscrit la renonciation, notifie cette inscription au titulaire du dépôt international, publie celle-ci et la notifie aux administrations compétentes des Etats contractants.

Règle 18

Autres modifications du dépôt international

18.1 Modifications admises

Le titulaire du dépôt international peut modifier les indications obligatoires et facultatives qui figurent dans l'instrument de dépôt international selon les règles 5.2, 5.3, 6.1 et 6.3.

gel 16.1 Buchstabe a aufgeführten Angaben und das Datum der Eintragung enthalten.

d) Ist der neue Inhaber nach den Angaben in dem Antrag auf Eintragung des Inhaberwechsels nicht berechtigt, Inhaber einer internationalen Hinterlegung zu sein, oder erfüllt der Antrag nicht die sonstigen vorgeschriebenen Erfordernisse, so lehnt ihn das Internationale Büro ab und gibt dies der Person, die den Antrag unterschrieben hat, unter Angabe der Gründe für die Ablehnung bekannt.

Regel 17

Zurücknahme der internationalen Hinterlegung und Verzicht auf die internationale Hinterlegung

17.1 Zurücknahme der internationalen Hinterlegung

Die Zurücknahme einer internationalen Hinterlegung wird vom Internationalen Büro nur dann als solche bearbeitet, wenn die Rücknahmeerklärung vor Abschluß der Vorbereitung für die Bekanntmachung bei ihm eingegangen ist. Geht diese Erklärung später beim Internationalen Büro ein, so wird sie als Verzicht auf die internationale Hinterlegung behandelt.

17.2 Verfahren

a) Zurücknahme und Verzicht werden in Form einer schriftlichen Erklärung vorgenommen, die an das Internationale Büro zu richten und von dem Anmelder oder dem Inhaber der internationalen Hinterlegung zu unterschreiben ist.

b) Bei einer teilweisen Zurücknahme oder einem Teilverzicht sind die Staaten oder die typographischen Schriftzeichen, auf die sich die Zurücknahme oder der Verzicht bezieht, eindeutig anzugeben; andernfalls wird die Erklärung nicht berücksichtigt.

c) Das Internationale Büro bestätigt den Empfang der Rücknahmeerklärung. Bei einer vollständigen Zurücknahme zahlt das Internationale Büro dem Anmelder die entrichtete Bekanntmachungsgebühr zurück.

d) Das Internationale Büro trägt den Verzicht ein, benachrichtigt den Inhaber der internationalen Hinterlegung von der Eintragung, veröffentlicht den Verzicht und notifiziert ihn den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten.

Regel 18

Andere Änderungen der internationalen Hinterlegung

18.1 Zulässige Änderungen

Der Inhaber der internationalen Hinterlegung kann die zwingenden und fakultativen Angaben, die nach den Regeln 5.2, 5.3, 6.1 und 6.3 in der Urkunde über die internationale Hinterlegung gemacht worden sind, ändern.

18.2 Procedure

(a) Any amendment referred to in Rule 18.1 shall be effected by means of a written communication addressed to the International Bureau and signed by the owner of the international deposit.

(b) The fees referred to in Article 22 (3) are indicated in the Table of Fees.

(c) The International Bureau shall record the amendment, notify the said recording to the owner of the international deposit, publish such amendment and notify it to the competent Offices of the Contracting States.

Rule 19**Renewal of International Deposits****19.1 Reminder by the International Bureau**

The International Bureau shall send a letter to the owner of the international deposit before the expiration of the term, initial or renewal, which is in effect, reminding him that such term is about to expire. Further details concerning the contents of the reminder shall be provided in the Administrative Instructions. The reminder shall be sent at least six months prior to the expiration date. Failure to send or receive the reminder, or the fact of sending or receiving it outside the said period, or any error in the reminder, shall not affect the expiration date.

19.2 Demand for Renewal

The demand for renewal referred to in Article 23 (4) shall preferably be made on a printed form furnished free of charge by the International Bureau together with the reminder referred to in Rule 19.1. The demand shall, in any case, indicate its purpose and contain:

- (i) the name and address of the owner of the international deposit;
- (ii) the number of the international deposit.

19.3 Time Limits; Fees

(a) Subject to paragraph (b), the demand for renewal and the fees referred to in Article 23 (4) must reach the International Bureau not later than six months after the expiration of the term of protection.

(b) If the demand for renewal or the fees due reach the International Bureau after the expiration of the term of protection, renewal shall be subject to the payment of a surcharge, which must be paid within the time limit fixed in paragraph (a).

18.2 Procédure

a) Toute modification visée à la règle 18.1 est effectuée sous forme de communication écrite adressée au Bureau international et signée du titulaire du dépôt international.

b) Les taxes visées à l'article 22.3) figurent au tableau des taxes.

c) Le Bureau international inscrit la modification, notifie cette inscription au titulaire du dépôt international, publie la modification et la notifie aux administrations compétentes des Etats contractants.

Règle 19**Renouvellement du dépôt international****19.1 Rappel adressé par le Bureau international**

Le Bureau international adresse une lettre au titulaire du dépôt international, avant l'expiration de la durée du dépôt initial ou du renouvellement en vigueur, lui rappelant que cette durée est sur le point d'expirer. Les instructions administratives contiennent d'autres détails sur le contenu du rappel. Le rappel est envoyé au moins six mois avant la date d'expiration. Le fait que le rappel n'est pas envoyé ou reçu, qu'il est envoyé ou reçu tardivement ou qu'il est entaché d'erreurs n'a pas d'effet sur la date d'expiration.

19.2 Demande de renouvellement

La demande de renouvellement visée à l'article 23.4) doit de préférence être rédigée sur un formulaire imprimé que le Bureau international délivre gratuitement en même temps que le rappel visé à la règle 19.1. Dans tous les cas, la demande de renouvellement doit indiquer son objet et comporter

- i) le nom et l'adresse du titulaire du dépôt international;
- ii) le numéro du dépôt international.

19.3 Délais; taxes

a) Sous réserve de l'alinéa b), la demande de renouvellement et les taxes visées à l'article 23.4) doivent parvenir au Bureau international au plus tard dans les six mois qui suivent l'expiration de la durée de protection.

b) Si la demande de renouvellement ou les taxes dues parviennent au Bureau international après l'expiration de la durée de protection, le renouvellement donne lieu au paiement d'une surtaxe, qui doit être acquittée dans le délai visé à l'alinéa a).

18.2 Verfahren

a) Die in Regel 18.1 bezeichneten Änderungen werden in Form einer schriftlichen Mitteilung vorgenommen, die an das Internationale Büro zu richten und vom Inhaber der internationalen Hinterlegung zu unterschreiben ist.

b) Die in Artikel 22 Absatz 3 genannten Gebühren sind in der Gebührentabelle angegeben.

c) Das Internationale Büro trägt die Änderung ein, benachrichtigt den Inhaber der internationalen Hinterlegung von dieser Eintragung, veröffentlicht die Änderung und notifiziert sie den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten.

Regel 19**Verlängerung der internationalen Hinterlegung****19.1 Erinnerung durch das Internationale Büro**

Vor Ablauf der anfänglichen oder verlängerten Schutzfrist übersendet das Internationale Büro dem Inhaber der internationalen Hinterlegung ein Schreiben, in dem sie ihn auf den bevorstehenden Ablauf der Schutzfrist hinweist. Die näheren Einzelheiten des Inhalts dieses Erinnerungsschreibens regeln die Verwaltungsrichtlinien. Das Erinnerungsschreiben ist mindestens sechs Monate vor Ablauf der Schutzfrist abzusenden. Der Umstand, daß das Erinnerungsschreiben nicht abgesandt oder nicht in Empfang genommen wird, daß es verspätet abgesandt oder in Empfang genommen wird oder daß es einen Fehler enthält, hat keinen Einfluß auf den Zeitpunkt des Fristablaufs.

19.2 Verlängerungsantrag

Der in Artikel 23 Absatz 4 genannte Verlängerungsantrag ist vorzugsweise auf einem Vordruck zu stellen, den das Internationale Büro zusammen mit dem in Regel 19.1 genannten Erinnerungsschreiben kostenlos übersendet. Der Antrag muß in jedem Fall seinen Zweck angeben und folgendes enthalten:

- i) den Namen und die Anschrift des Inhabers der internationalen Hinterlegung;
- ii) das Aktenzeichen der internationalen Hinterlegung.

19.3 Fristen; Gebühren

a) Vorbehaltlich des Buchstabens b) müssen der Verlängerungsantrag und die in Artikel 23 Absatz 4 genannten Gebühren innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Schutzfrist beim Internationalen Büro eingehen.

b) Gehen der Verlängerungsantrag oder die fälligen Gebühren nach Ablauf der Schutzfrist beim Internationalen Büro ein, so ist innerhalb der unter Buchstabe a) festgesetzten Frist für die Verlängerung ein Zuschlag zu zahlen.

(c) Where, within the time limit fixed in paragraph (a), the International Bureau receives:

- (i) a demand for renewal which does not conform to the requirements of Rule 19.2, or
- (ii) a demand for renewal but no payment or insufficient payment to cover the fees due, or
- (iii) money which appears to be intended to cover fees connected with renewal but no demand for renewal,

it shall promptly invite the owner of the international deposit to present a correct demand, to pay or complete the fees due, or to present a demand, as the case may be. The invitation shall indicate the applicable time limits.

(d) Failure to send or receive the invitation referred to in paragraph (c), or any delay in dispatching or receiving such invitation, or any errors in the invitation, shall not prolong the time limits fixed in paragraphs (a) and (b).

(e) The amounts of the fees prescribed under this Rule are indicated in the Table of Fees.

19.4 Recording, Notification and Publication of the Renewal

Where the demand is presented and the fees are paid as prescribed, the International Bureau shall record the renewal, notify the said recording to the owner of the international deposit, publish the indications referred to in Rule 19.2 together with an indication of the date on which the renewal expires, and notify the competent Offices of the Contracting States of the said indications and the said date.

19.5 Declining the Demand

(a) Where the time limit fixed in Rule 19.3 (a) is not respected or where the demand does not conform to the requirements of Rule 19.2 or the fees due are not paid as prescribed, the International Bureau shall decline the demand and shall notify the owner of the international deposit, stating the grounds for declining the demand.

(b) The International Bureau shall not decline any demand before the expiration of six months after the starting date of the term of renewal.

c) Lorsque le Bureau international, dans le délai visé à l'alinéa a), reçoit

- i) une demande de renouvellement qui ne remplit pas les conditions de la règle 19.2, ou
- ii) une demande de renouvellement mais pas de versement, ou un versement insuffisant pour couvrir les taxes dues, ou
- iii) un versement qui semble destiné à payer les taxes relatives au renouvellement, mais pas de demande de renouvellement,

il invite à bref délai le titulaire du dépôt international à présenter une demande de renouvellement régulière, à payer ou à compléter les taxes dues ou à présenter une demande de renouvellement, selon le cas. L'invitation doit indiquer les délais applicables.

d) Le fait qu'une invitation visée à l'alinéa c) n'est pas envoyée au titulaire du dépôt international ou que ce dernier ne la reçoit pas, tout retard dans l'envoi ou la réception d'une telle invitation, ou encoure le fait que l'invitation envoyée contient une erreur ne prolonge pas les délais fixés aux alinéas a) et b).

e) Le montant des taxes prescrites par la présente règle figure au tableau des taxes.

19.4 Inscription, notifications et publication du renouvellement

Lorsque la demande de renouvellement est présentée et les taxes payées de la manière prescrite, le Bureau international inscrit le renouvellement, notifie cette inscription au titulaire du dépôt international, publie les indications visées à la règle 19.2 et la date à laquelle le renouvellement expirera, et notifie ces indications et cette date aux administrations compétentes des Etats contractants.

19.5 Rejet de la demande de renouvellement

a) Lorsque le délai fixé à la règle 19.3. a) n'est pas respecté ou que la demande de renouvellement ne remplit pas les conditions de la règle 19.2, ou que les taxes dues ne sont pas payées de la manière prescrite, le Bureau international rejette la demande de renouvellement et notifie ce fait au titulaire du dépôt international, en indiquant les motifs du rejet.

b) Le Bureau international ne peut rejeter une demande de renouvellement avant l'expiration d'un délai de six mois à compter du début de la période de renouvellement.

c) Erhält das Internationale Büro innerhalb der unter Buchstabe a festgesetzten Frist

- i) einen Verlängerungsantrag, der den Erfordernissen der Regel 19.2 nicht entspricht,
- ii) einen Verlängerungsantrag, aber keine Zahlung oder eine zur Deckung der fälligen Gebühren nicht ausreichende Zahlung oder
- iii) Geld, das für Gebühren im Zusammenhang mit einer Verlängerung bestimmt zu sein scheint, aber keinen Verlängerungsantrag,

so hat es den Inhaber der internationalen Hinterlegung unverzüglich aufzufordern, je nach Art der Mängel einen ordnungsmäßigen Antrag einzureichen, die fälligen Gebühren zu zahlen oder vollständig zu zahlen oder einen Antrag einzureichen. In der Aufforderung ist eine angemessene Frist zu setzen.

d) Durch den Umstand, daß die unter Buchstabe c genannte Aufforderung nicht abgesandt oder nicht in Empfang genommen wird, daß sie verspätet abgesandt oder in Empfang genommen wird oder daß sie einen Fehler enthält, werden die Fristen der Buchstaben a und b nicht verlängert.

e) Die Höhe der in dieser Regel vorgeschriebenen Gebühren ist in der Gebührentabelle angegeben.

19.4 Eintragung, Notifikation und Bekanntmachung der Verlängerung

Wenn der Antrag eingereicht ist und die Gebühren vorschriftsmäßig eingezahlt sind, trägt das Internationale Büro die Verlängerung ein, gibt dem Inhaber der internationalen Hinterlegung die Eintragung bekannt, veröffentlicht die in Regel 19.2 bezeichneten Angaben sowie den Zeitpunkt, zu dem die Verlängerung abläuft, und notifiziert den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten diese Angaben und diesen Zeitpunkt.

19.5 Ablehnung des Antrags

a) Wird die in Regel 19.3 Buchstabe a festgesetzte Frist nicht eingehalten oder erfüllt der Antrag nicht die Erfordernisse der Regel 19.2 oder sind die fälligen Gebühren nicht vorschriftsmäßig eingezahlt worden, so lehnt das Internationale Büro den Antrag ab und teilt dies dem Inhaber der internationalen Hinterlegung unter Angabe der Ablehnungsgründe mit.

b) Das Internationale Büro darf einen Antrag nicht vor Ablauf von sechs Monaten nach dem Beginn des Zeitraums für die Verlängerung der Schutzfrist ablehnen.

19.6 Recording, Notification and Publication of Lack of Demand

Where, by the expiration of six months after the starting date of the term of renewal, no demand for renewal is presented to the International Bureau, the International Bureau shall record such fact, notify it to the owner of the international deposit, publish it and notify it to the competent Offices of the Contracting States.

Rule 20**Transmittal of Documents to the International Bureau**

20.1 Place and Mode of Transmittal

Instruments of international deposit and their annexes, demands, notifications and any other documents intended for filing, notification or other communication to the International Bureau shall be deposited with the competent service of that Bureau during the office hours fixed in the Administrative Instructions, or mailed to that Bureau.

20.2 Date of Receipt of Documents

Any document received by the International Bureau through deposit or mail shall be considered to have been received on the day on which it is actually received by that Bureau, provided that, when it is actually received after office hours, or on a day when the Bureau is closed for business, it shall be considered to have been received on the next subsequent day on which the Bureau is open for business.

20.3 Legal Entity; Partnerships and Firms

(a) Where any document submitted to the International Bureau is required to be signed by a legal entity, the name of the legal entity shall be indicated in the place reserved for signature and shall be accompanied by the signature of the natural person or persons entitled to sign for such legal entity according to the national law of the country under whose law the legal entity was established.

(b) The provisions of paragraph (a) shall apply, *mutatis mutandis*, to partnerships or firms composed of attorneys or patent or trademark agents but which are not legal entities.

20.4 Exemption from Certification

No authentication, legalization or other certification of the signature shall be required for documents submitted to the International Bureau under the Agreement or these Regulations.

19.6 Inscription, notifications et publication du défaut de renouvellement

Si, à l'expiration d'un délai de six mois à compter du début de la période de renouvellement, aucune demande de renouvellement n'est présentée au Bureau international, celui-ci procède à l'inscription de ce fait, le notifie au titulaire du dépôt international, le publie et le notifie aux administrations compétentes des Etats contractants.

Règle 20**Envoi de documents au Bureau international**

20.1 Lieu et mode de l'envoi

Les instruments de dépôt international et leurs annexes, les demandes de renouvellement, les notifications et tous autres documents destinés à être déposés, notifiés ou communiqués au Bureau international doivent être remis au service compétent de ce Bureau pendant les heures de travail fixées dans les instructions administratives, ou envoyées par la poste à ce Bureau.

20.2 Date de réception des documents

Tout document reçu, directement ou par voie postale, par le Bureau international est considéré comme reçu le jour de sa réception effective par ce Bureau; si cette réception effective a lieu après les heures de travail ou un jour où le Bureau est fermé pour les affaires officielles, ledit document est considéré comme reçu le jour suivant où le Bureau est ouvert pour traiter d'affaires officielles.

20.3 Personnes morales; cabinets et bureaux

a) Lorsqu'un document soumis au Bureau international doit être signé d'une personne morale, le nom de cette personne morale est indiqué dans l'espace réservé à la signature et doit être accompagné de la signature de la ou des personnes physiques qui, d'après la législation nationale selon laquelle cette personne morale a été constituée, sont habilitées à signer au nom de celle-ci.

b) Les dispositions de l'alinéa a) s'appliquent, *mutatis mutandis*, aux cabinets ou bureaux d'avocats, de conseils en brevets ou marques ou d'agents de brevets ou de marques ne jouissant pas de la personnalité morale.

20.4 Exemption de certification

Aucune authentification, légalisation ou autre certification n'est requise pour les signatures des documents soumis au Bureau international en vertu de l'arrangement ou du présent règlement d'exécution.

19.6 Eintragung, Notifikation und Bekanntmachung der Nichtverlängerung

Liegt dem Internationalen Büro nach Ablauf von sechs Monaten nach dem Beginn des Zeitraums für die Verlängerung der Schutzfrist kein Verlängerungsantrag vor, so trägt es diese Tatsache ein, teilt sie dem Inhaber der internationalen Hinterlegung mit, veröffentlicht sie und notifiziert sie den zuständigen Ämtern der Vertragsstaaten.

Regel 20**Übersendung von Schriftstücken an das Internationale Büro**

20.1 Ort und Art der Übersendung

Urkunden über die internationale Hinterlegung und deren Anlagen, Anträge, Notifikationen und sonstige Schriftstücke, die beim Internationalen Büro eingereicht, ihm notifiziert oder sonst mitgeteilt werden sollen, müssen während der in den Verwaltungsrichtlinien festgelegten Öffnungszeiten bei der zuständigen Dienststelle des Büros hinterlegt oder dem Büro mit der Post zugesandt werden.

20.2 Eingangsdatum der Schriftstücke

Schriftstücke, die durch Hinterlegung oder Postsendung bei dem Internationalen Büro eingegangen sind, gelten als an dem Tag eingegangen, an dem sie tatsächlich bei dem Büro eingegangen sind; gehen die Schriftstücke nach der Öffnungszeit oder an einem Tag, an dem das Büro für den Geschäftsverkehr geschlossen ist, tatsächlich ein, so gilt als Eintragungstag der nächstfolgende Tag, an dem das Büro für den Geschäftsverkehr geöffnet ist.

20.3 Juristische Personen; Sozietäten und Firmen

a) Muß ein Schriftstück, das dem Internationalen Büro eingereicht wird, von einer juristischen Person unterschrieben werden, so ist der Name der juristischen Person an der der Unterschrift vorbehaltenen Stelle anzugeben; dazu ist die Unterschrift der natürlichen Personen zu setzen, die nach dem nationalen Recht, nach dem die juristische Person gegründet wurde, für die juristische Person zeichnungsberechtigt sind.

b) Buchstabe a ist auf Sozietäten oder Firmen von Rechtsanwälten, Patentanwälten oder sonstigen Vertretern in Patent- und Warenzeichensachen, die keine juristischen Personen sind, entsprechend anzuwenden.

20.4 Befreiung von Beglaubigung

Die Unterschrift unter einem Schriftstück, das dem Internationalen Büro nach dem Abkommen oder dieser Ausführungsordnung eingereicht wird, bedarf keiner Beglaubigung, Legalisation oder sonstigen Bestätigung.

Rule 21**Calendar; Computation of Time Limits****21.1 Calendar**

The International Bureau, competent Offices of Contracting States, applicants and owners of international deposits shall, for the purposes of the Agreement and these Regulations, express any date in terms of the Christian era and the Gregorian calendar.

21.2 Periods Expressed in Years, Months or Days

(a) When a period is expressed as one year or a certain number of years, computation shall start on the day following the day on which the relevant event occurred, and the period shall expire in the relevant subsequent year in the month having the same name and on the day having the same number as the month and the day on which the said event occurred, provided that if the relevant subsequent month has no day with the same number the period shall expire on the last day of that month.

(b) When a period is expressed as one month or a certain number of months, computation shall start on the day following the day on which the relevant event occurred, and the period shall expire in the relevant subsequent month on the day which has the same number as the day on which the said event occurred, provided that if the relevant subsequent month has no day with the same number the period shall expire on the last day of that month.

(c) When a period is expressed as a certain number of days, computation shall start on the day following the day on which the relevant event occurred, and the period shall expire on the day on which the last day of the count has been reached.

21.3 Local Dates

(a) The date which is taken into consideration as the starting date of the computation of any period shall be the date which prevails in the locality at the time when the relevant event occurred.

(b) The date on which any period expires shall be the date which prevails in the locality in which the required document is filed or the required fee is paid.

21.4 Expiration on a Non-Working Day

If the expiration of any period during which any document or fee must reach the International Bureau falls on a day on which that Bureau is not open for business, or on which ordinary mail is not delivered in Geneva, the period shall expire

Règle 21**Calendrier; Calcul des délais****21.1 Calendrier**

Le Bureau international, les administrations compétentes des Etats contractants, les déposants et les titulaires de dépôts internationaux doivent exprimer, aux fins de l'arrangement et du présent règlement d'exécution, toute date selon l'ère chrétienne et le calendrier grégorien.

21.2 Délais exprimés en années, mois ou jours

a) Lorsqu'un délai est exprimé en une ou plusieurs années, il part du jour suivant celui où l'événement considéré a eu lieu et expire, dans l'année ultérieure à prendre en considération, le mois portant le même nom et le jour ayant le même quantième que le mois et le jour où ledit événement a eu lieu; toutefois, si le mois ultérieur à prendre en considération n'a pas de jour ayant le même quantième, le délai considéré expire le dernier jour de ce mois.

b) Lorsqu'un délai est exprimé en un ou plusieurs mois, il part du jour suivant celui où l'événement considéré a eu lieu et expire, dans le mois ultérieur à prendre en considération, le jour ayant le même quantième que le jour où ledit événement a eu lieu; toutefois, si le mois ultérieur à prendre en considération n'a pas de jour ayant le même quantième, le délai considéré expire le dernier jour de ce mois.

c) Lorsqu'un délai est exprimé en un certain nombre de jours, il part du jour suivant celui où l'événement considéré a eu lieu et expire le jour où l'on atteint le dernier jour du compte.

21.3 Date locale

a) La date à prendre en considération en tant que point de départ pour le calcul d'un délai est la date qui était utilisée dans la localité au moment où l'événement considéré a eu lieu.

b) La date d'expiration d'un délai est la date qui est utilisée dans la localité où le document exigé doit être déposé ou la taxe exigée payée.

21.4 Expiration un jour chômé

Si un délai pendant lequel un document ou une taxe doit parvenir au Bureau international expire un jour où le Bureau n'est pas ouvert pour traiter d'affaires officielles, ou bien un jour où le courrier ordinaire n'est pas délivré à Genève, le délai prend

Regel 21**Zeitrechnung; Berechnung der Fristen****21.1 Zeitrechnung**

Das Internationale Büro, die zuständigen Ämter der Vertragsstaaten sowie die Anmelder und Inhaber internationaler Hinterlegungen haben für Zwecke des Abkommens und der Ausführungsordnung jedes Datum nach christlicher Zeitrechnung und dem Gregorianischen Kalender auszudrücken.

21.2 In Jahren, Monaten oder Tagen bestimmte Fristen

a) Ist als Frist ein Jahr oder eine Anzahl von Jahren bestimmt, so wird bei der Berechnung der Frist mit dem Tag begonnen, der auf den Tag folgt, an dem das maßgebliche Ereignis eingetreten ist; die Frist endet in dem maßgeblichen späteren Jahr in dem Monat und an dem Tag, die durch ihre Benennung oder Zahl dem Monat und Tag entsprechen, an dem das genannte Ereignis eingetreten ist; fehlt in dem maßgeblichen späteren Monat der Tag mit der entsprechenden Zahl, so endet die Frist mit dem letzten Tag dieses Monats.

b) Ist als Frist ein Monat oder eine Anzahl von Monaten bestimmt, so wird bei der Berechnung der Frist mit dem Tag begonnen, der auf den Tag folgt, an dem das maßgebliche Ereignis eingetreten ist; die Frist endet in dem maßgeblichen späteren Monat an dem Tag, der durch seine Zahl dem Tag entspricht, an dem das genannte Ereignis eingetreten ist; fehlt in dem maßgeblichen späteren Monat der Tag mit der entsprechenden Zahl, so endet die Frist mit dem letzten Tag dieses Monats.

c) Ist als Frist eine Anzahl von Tagen bestimmt, so wird bei der Berechnung der Frist mit dem Tag begonnen, der auf den Tag folgt, an dem das maßgebliche Ereignis eingetreten ist; die Frist endet am letzten Tag der Fristberechnung.

21.3 Örtliche Daten

a) Das Datum, das als Anfangsdatum für die Berechnung einer Frist in Betracht kommt, ist das Datum, das zur Zeit des Eintritts des maßgeblichen Ereignisses an diesem Ort gilt.

b) Das Datum, an dem eine Frist abläuft, ist das Datum, das an dem Ort gilt, an dem das angeforderte Schriftstück eingereicht oder die verlangte Gebühr eingezahlt werden muß.

21.4 Ablauf an einem arbeitsfreien Tag

Endet eine Frist, innerhalb derer bei dem Internationalen Büro ein Schriftstück eingehen oder eine Gebühr eingezahlt werden muß, an einem Tag, an dem dieses Büro für den Geschäftsverkehr geschlossen ist oder an dem gewöhnlich

on the next subsequent day on which neither of the said two circumstances exists.

fin le premier jour suivant ou aucune de ces deux circonstances n'existe plus.

Postsendungen in Genf nicht zugestellt werden, so läuft die Frist an dem nächstfolgenden Tag ab, an dem die genannten Umstände nicht mehr bestehen.

Rule 22

Fees

22.1 Fees Due

(a) Fees due under the Agreement and these Regulations are fixed in the Table of Fees and in the Administrative Instructions.

(b) The fees payable shall be:

- (i) where they concern an international deposit, the fees in force on the date on which the international deposit is received by the International Bureau or, where the deposit has been filed through the intermediary of a competent Office of a Contracting State, the fees in force on the date on which it was received by that Office;
- (ii) where they concern a demand for renewal, the fees in force on the date which precedes by six months the starting date of the term of renewal.

22.2 Payment to the International Bureau

All fees due shall be payable to the International Bureau.

22.3 Currency

All fees due shall be payable in Swiss currency.

22.4 Deposit Accounts

(a) Any natural person or legal entity may open a deposit account with the International Bureau.

(b) The details concerning deposit accounts shall be provided in the Administrative Instructions.

22.5 Indication of the Mode of Payment

(a) Unless the payment is made in cash to the cashier of the International Bureau, the international deposit, the demand, and any other request or other document filed with the International Bureau in connection with any international deposit, subject to the payment of any fee, shall indicate:

- (i) the name and address, as provided in Rule 5.2 (a) and (c), of the natural person or legal entity making the payment, unless the payment is made by a cheque attached to the document;
- (ii) the mode of payment, which may be by an authorization to debit the amount of the fee to the deposit ac-

Règle 22

Taxes

22.1 Taxes dues

a) Les taxes dues en vertu de l'arrangement et du présent règlement d'exécution sont fixées dans le tableau des taxes et dans les instructions administratives.

b) Les taxes à payer sont

- i) lorsqu'elles concernent un dépôt international, les taxes en vigueur à la date de réception de ce dépôt par le Bureau international, ou, lorsque le dépôt est effectué par l'intermédiaire de l'administration compétente d'un Etat contractant, les taxes en vigueur à la date de la réception de ce dépôt par cette administration;
- ii) lorsqu'elles concernent une demande de renouvellement, les taxes en vigueur six mois avant le premier jour de la période de renouvellement.

22.2 Paiement au Bureau international

Toutes les taxes dues doivent être payées au Bureau international.

22.3 Monnaie

Toutes les taxes dues doivent être payées en monnaie suisse.

22.4 Comptes de dépôt

a) Toute personne physique ou morale est autorisée à ouvrir un compte de dépôt auprès du Bureau international.

b) Les détails relatifs à ces comptes de dépôt sont réglés par les instructions administratives.

22.5 Indication du mode de paiement

a) A moins que le paiement ne soit fait en espèces au caissier du Bureau international, le dépôt international, la demande de renouvellement, toute autre requête et tout autre document déposé auprès du Bureau international en rapport avec un dépôt international et soumis au paiement de taxes doit

- i) comporter le nom et l'adresse, ainsi qu'il est prévu à la règle 5.2. a) et c), de la personne physique ou morale qui effectue le paiement, à moins que ce paiement ne soit fait par le moyen d'un chèque bancaire joint au document;
- ii) indiquer le mode de paiement, qui peut consister en l'autorisation de débiter du montant des taxes le compte de

Regel 22

Gebühren

22.1 Zu entrichtende Gebühren

a) Die nach dem Abkommen und dieser Ausführungsordnung zu entrichtenden Gebühren sind in der Gebührentabelle und in den Verwaltungsrichtlinien festgelegt.

b) Zu entrichtende Gebühren sind

- i) für eine internationale Hinterlegung die Gebühren, die an dem Tag gelten, an dem die internationale Hinterlegung beim Internationalen Büro eingeht, oder, wenn die Hinterlegung durch Vermittlung des zuständigen Amtes eines Vertragsstaats eingereicht wird, die Gebühren, die an dem Tag gelten, an dem die Hinterlegung bei dem Amt eingeht;
- ii) für einen Verlängerungsantrag die Gebühren, die an dem Tag gelten, der sechs Monate vor dem Anfangsdatum der Verlängerungsfrist liegt.

22.2 Zahlung an das Internationale Büro

Alle fälligen Gebühren sind an das Internationale Büro zu entrichten.

22.3 Währung

Alle fälligen Gebühren sind in schweizerischer Währung zu entrichten.

22.4 Depositenkonten

a) Jede natürliche oder juristische Person kann bei dem Internationalen Büro ein Depositenkonto eröffnen.

b) Die Einzelheiten über diese Depositenkonten werden in den Verwaltungsrichtlinien geregelt.

22.5 Angabe der Zahlungsart

a) Außer bei Bareinzahlungen an der Kasse des Internationalen Büros sind bei einer internationalen Hinterlegung, bei einem Antrag oder bei sonstigen Gesuchen oder Schriftstücken, die im Zusammenhang mit einer internationalen Hinterlegung an das Internationale Büro gerichtet werden und gebührenpflichtig sind, folgende Angaben zu machen:

- i) Name und Anschrift der zahlenden natürlichen oder juristischen Person nach Maßgabe der Regel 5.2 Buchstaben a und c, es sei denn, daß die Zahlung durch einen dem Schriftstück beigefügten Scheck geleistet wird;
- ii) die Art der Zahlung, die erfolgen kann durch eine Ermächtigung, das Depositenkonto einer solchen Person in

count of such person, or by transfer to a bank account or to the postal cheque account of the International Bureau, or by cheque. The Administrative Instructions shall provide the details, in particular those governing the kind of cheques that shall be accepted in payment.

(b) Where the payment is made pursuant to an authorization to debit the amount of the fee to a deposit account, the authorization shall specify the transaction to which it relates, unless there is a general authorization to debit to a specified deposit account any fee concerning a certain applicant, owner of an international deposit, or duly appointed representative.

(c) Where the payment is made by transfer to a bank account or to the postal cheque account of the International Bureau, or by a cheque not attached to the instrument of international deposit, the demand for renewal or any other request or other document, the notification of the transfer or cheque (or paper accompanying it) shall identify the transaction to which the payment relates, in the manner to be provided for in the Administrative Instructions.

dépôt de cette personne, en un virement à un compte bancaire ou au compte de chèques postaux du Bureau international, ou en un chèque. Les détails, notamment ceux qui concernent les espèces de chèques acceptés en paiement, sont réglés par les instructions administratives.

b) Lorsque le paiement fait suite à une autorisation de débiter un compte de dépôt, l'autorisation doit préciser l'opération à laquelle elle se rapporte, à moins qu'une autorisation générale ne permette de débiter un compte de dépôt donné de toute taxe concernant un certain déposant, titulaire de dépôt international ou mandataire dûment autorisé.

c) Lorsque le paiement est effectué par un virement à un compte bancaire ou au compte de chèques postaux du Bureau international, ou au moyen d'un chèque non joint à l'instrument de dépôt international, à la demande de renouvellement, à toute autre requête ou à tout autre document, la notification du virement ou le chèque (ou le document l'accompagnant) doit indiquer, de la manière prescrite par les instructions administratives, l'opération à laquelle le paiement se rapporte.

Höhe der Gebühren zu belasten, durch Überweisung auf ein Bankkonto oder Postscheckkonto des Internationalen Büros oder durch Scheck. Die Einzelheiten, insbesondere über die Art der Schecks, die als Zahlungsmittel entgegengenommen werden, werden in den Verwaltungsrichtlinien geregelt.

b) Bei Zahlung durch Ermächtigung, ein Depositenkonto in Höhe der Gebühren zu belasten, muß die Ermächtigung die Angelegenheit, auf die sie sich bezieht, genau bezeichnen, es sei denn, daß eine allgemeine Ermächtigung erteilt worden ist, ein bestimmtes Depositenkonto mit jeder Gebühr zu belasten, die einen bestimmten Anmelder, Inhaber einer internationalen Hinterlegung oder ordnungsmäßig bestellten Vertreter betrifft.

c) Bei Überweisungen auf ein Bank- oder Postscheckkonto des Internationalen Büros oder bei Zahlung durch Scheck, welcher der Urkunde über die internationale Hinterlegung, dem Antrag auf Verlängerung oder den sonstigen Gesuchen oder Schriftstücken nicht beigelegt ist, muß in der Mitteilung über die Überweisung oder auf dem Scheck (oder in einem Begleitschreiben) angegeben werden, für welche Angelegenheit die Zahlung geleistet wird, wie es in den Verwaltungsrichtlinien vorgesehen wird.

22.6 Effective Date of Payment

Any payment shall be considered to have been received by the International Bureau on the date indicated hereinbelow:

- (i) if the payment is made in cash to the cashier of the International Bureau, on the date on which such payment is made;
- (ii) if the payment is made by debiting a deposit account with the International Bureau pursuant to a general authorization to debit, on the date on which the instrument of international deposit, the demand for renewal, or any other request or other document entailing the obligation to pay fees is received by the International Bureau, or, in the case of a specific authorization to debit, on the date on which the specific authorization is received by the International Bureau;
- (iii) if the payment is made by transfer to a bank account or to the postal cheque account of the International Bureau, on the date on which such account is credited;
- (iv) if the payment is made by cheque, on the date on which the cheque is received by the International Bureau, provided that it is honored upon presentation to the bank on which the cheque is drawn.

22.6 Date effective du paiement

Tout paiement est censé être parvenu au Bureau international à la date ci-après:

- i) si le paiement est effectué en espèces auprès du caissier du Bureau international, à la date de ce paiement;
- ii) si le paiement est fait en débitant un compte de dépôt auprès du Bureau international en vertu d'une autorisation générale de débiter ce compte, à la date de la réception, par le Bureau international, de l'instrument de dépôt international, de la demande de renouvellement, de toute autre requête ou de tout autre document entraînant obligation de payer des taxes, ou, si le paiement est fait en vertu d'une autorisation spéciale de débiter ce compte, à la date de la réception, par le Bureau international, de cette autorisation spéciale;
- iii) si le paiement est fait par un virement à un compte bancaire ou au compte de chèques postaux du Bureau international, à la date à laquelle ce compte est crédité;
- iv) si le paiement est fait par le moyen d'un chèque bancaire, à la date de la réception du chèque par le Bureau international, pour autant que le chèque soit honoré lorsqu'il est présenté à la banque sur laquelle il est tiré.

22.6 Zeitpunkt der Wirksamkeit der Zahlung

Jede Zahlung gilt als zu dem nachfolgend aufgeführten Zeitpunkt bei dem Internationalen Büro eingegangen:

- i) die Barzahlung an der Kasse des Internationalen Büros an dem Tag, an dem sie geleistet wird;
- ii) die Zahlung durch Belastung eines Depositenkontos bei dem Internationalen Büro auf Grund einer allgemeinen Belastungsermächtigung an dem Tag, an dem die Urkunde über die internationale Hinterlegung, der Verlängerungsantrag oder ein anderes Gesuch oder Schriftstück, das eine Verpflichtung zur Zahlung von Gebühren zur Folge hat, beim Internationalen Büro eingeht, oder, im Fall einer besonderen Belastungsermächtigung, an dem Tag, an dem die besondere Ermächtigung beim Internationalen Büro eingeht;
- iii) die Zahlung durch Überweisung auf ein Bank- oder Postscheckkonto des Internationalen Büros an dem Tag, an dem der Betrag dem Konto gutgeschrieben wird;
- iv) die Zahlung durch Scheck an dem Tag, an dem der Scheck beim Internationalen Büro eingeht, vorausgesetzt, daß der Scheck bei Vorlage von der Bank, auf die er gezogen ist, eingelöst wird.

Rule 23
The Bulletin

23.1 Contents

(a) All matters which, according to the Agreement or these Regulations, the International Bureau is obliged to publish shall be published in the Bulletin.

(b) The Administrative Instructions may provide for the inclusion of other matters in the Bulletin.

23.2 Frequency

The Bulletin shall be issued according to requirements, so that any deposit or communication requiring to be published shall be published within three months.

23.3 Languages

(a) The Bulletin shall be issued in a bilingual (English and French) edition.

(b) The Administrative Instructions shall identify those portions which require translation and those portions which do not require translation.

(c) Where matters are published in both languages, the Bulletin shall indicate which is the original language. Translations shall be prepared by the International Bureau. In case of any divergence between the original and the translation, all legal effects shall be governed by the original.

23.4 Sale

The sale prices of the Bulletin shall be fixed in the Administrative Instructions.

23.5 Copies of the Bulletin for Competent Offices of Contracting States

(a) Before July 1 of each year, the competent Office of each Contracting State shall notify the International Bureau of the number of copies of the Bulletin which it wishes to receive in the next subsequent year.

(b) The International Bureau shall make the requested number of copies available to each competent Office:

(i) free of charge, up to the same number as the number of units corresponding to the class chosen under Article 28 (4) by the Contracting State of which it is the competent Office;

(ii) at half the sale price for copies in excess of the said number.

(c) Copies given free of charge or sold under paragraph (b) shall be for the internal use of the competent Office which has requested them.

Règle 23
Bulletin

23.1 Contenu

a) Toutes les matières que le Bureau international a l'obligation de publier, en vertu de l'arrangement ou du présent règlement d'exécution, sont publiées dans le bulletin.

b) Les instructions administratives peuvent prévoir l'insertion d'autres matières dans le bulletin.

23.2 Périodicité

Le bulletin paraît selon les besoins, de telle façon que chaque dépôt ou communication qui doit être publié le soit au plus tard dans les trois mois.

23.3 Langues

a) Le bulletin est publié en édition bilingue (français et anglais).

b) Les instructions administratives indiquent les parties qui exigent une traduction et celles qui n'en exigent pas.

c) Pour les matières qui sont publiées dans les deux langues, le bulletin indique la langue originale. Les traductions sont préparées par le Bureau international. En cas de divergence entre l'original et la traduction, tous les effets légaux sont régis par l'original.

23.4 Vente

Les prix de vente du bulletin sont fixés dans les instructions administratives.

23.5 Exemplaires du bulletin pour les administrations compétentes des Etats contractants

a) Avant le 1^{er} juillet de chaque année, les administrations compétentes des Etats contractants notifient au Bureau international le nombre d'exemplaires du bulletin qu'elles désirent recevoir au cours de l'année suivante.

b) Le Bureau international met à la disposition de chaque administration compétente les exemplaires demandés,

i) gratuitement, pour le nombre d'exemplaires inférieur ou égal au nombre d'unités correspondant à la classe choisie, en vertu de l'article 28.4), par l'Etat contractant dont elle est l'administration compétente;

ii) à la moitié du prix de vente, pour chaque exemplaire en sus de ce nombre.

c) Les exemplaires remis gratuitement ou vendus conformément à l'alinéa b) sont destinés à l'usage interne des administrations compétentes qui les ont demandés.

Regel 23
Das Bulletin

23.1 Inhalt

a) Alle Angelegenheiten, zu deren Veröffentlichung das Internationale Büro nach dem Abkommen oder dieser Ausführungsordnung verpflichtet ist, werden im Bulletin veröffentlicht.

b) Durch Verwaltungsrichtlinien kann die Aufnahme weiterer Angelegenheiten in das Bulletin geregelt werden.

23.2 Häufigkeit des Erscheinens

Das Bulletin wird nach Bedarf herausgegeben, so daß eine Hinterlegung oder Mitteilung, die bekanntzumachen ist, innerhalb von drei Monaten veröffentlicht wird.

23.3 Sprachen

a) Das Bulletin erscheint in einer zweisprachigen Ausgabe (Englisch und Französisch).

b) Durch Verwaltungsrichtlinien wird bestimmt, welcher Teil des Inhalts eine Übersetzung erfordert und welcher nicht.

c) Werden Angelegenheiten in beiden Sprachen veröffentlicht, so ist im Bulletin anzugeben, welches die Originalsprache ist. Übersetzungen sind vom Internationalen Büro zu fertigen. Bei Abweichungen zwischen dem Original und der Übersetzung richten sich alle Rechtswirkungen nach dem Original.

23.4 Verkauf

Der Verkaufspreis des Bulletins wird in den Verwaltungsrichtlinien festgesetzt.

23.5 Exemplare des Bulletins für die zuständigen Ämter der Vertragsstaaten

a) Bis zum 1. Juli eines jeden Jahres teilt das zuständige Amt jedes Vertragsstaats dem Internationalen Büro die Zahl der Exemplare des Bulletins mit, die es für das nächstfolgende Jahr zu erhalten wünscht.

b) Das Internationale Büro stellt jedem zuständigen Amt die gewünschte Zahl von Exemplaren des Bulletins zur Verfügung, und zwar

i) kostenlos diejenige Anzahl, die der Zahl der Einheiten der Klasse entspricht, die der Vertragsstaat des zuständigen Amtes nach Artikel 28 Absatz 4 gewählt hat;

ii) im übrigen zum halben Verkaufspreis.

c) Die nach Buchstabe b kostenlos gelieferten oder verkauften Stücke sind nur zum internen Gebrauch des zuständigen Amtes bestimmt, das sie bezogen hat.

Rule 24**Copies, Extracts and Information;
Certification of Documents
Issued by the International Bureau****24.1 Copies, Extracts and Information
Concerning International Deposits**

(a) Any person may obtain from the International Bureau, against payment of a fee whose amount shall be fixed in the Administrative Instructions, certified or uncertified copies or extracts of recordings in the International Register or of any document in the file of any international deposit. Each copy or extract shall reflect the situation of the international deposit on a specified date; such date shall be indicated in the said copy or extract.

(b) On request and against payment of a fee whose amount shall be fixed in the Administrative Instructions, any person may obtain from the International Bureau oral or written information, or information by telecopier devices, on any fact appearing in the International Register or in any document in the file of any international deposit.

(c) Notwithstanding paragraphs (a) and (b), the Administrative Instructions may waive the obligation to pay any fee where the work or the expense connected with the furnishing of a copy, extract, or information is minimal.

**24.2 Certification of Documents Issued
by the International Bureau**

Where any document issued by the International Bureau bears the seal of that Bureau and the signature of the Director General or a person acting on his behalf, no authority of any Contracting State shall require authentication, legalization or any other certification of such document, seal or signature, by any other person or authority.

**Rules Concerning Chapter III
of the Agreement****Rule 25****Expenses of Delegations****25.1 Expenses Borne by Governments**

The expenses of each delegation participating in any session of the Assembly and of any committee, working group or

Règle 24**Copies, extraits et renseignements;
certification de documents
délivrés par le Bureau international****24.1 Copies, extraits et renseignements
concernant les dépôts internationaux**

a) Toute personne peut obtenir du Bureau international, contre paiement d'une taxe dont le montant est fixé dans les instructions administratives, des copies ou des extraits, certifiés conformes ou non, du registre international ou de toute pièce du dossier de tout dépôt international. Chaque copie et chaque extrait reflètent la situation du dépôt international à une date donnée; cette date doit être indiquée dans la copie ou l'extrait.

b) Sur demande et contre paiement d'une taxe dont le montant est fixé dans les instructions administratives, toute personne peut obtenir du Bureau international des renseignements, verbaux ou écrits, ou des renseignements par télécopieur, sur tout fait figurant dans le registre international ou dans toute pièce du dossier de tout dépôt international.

c) Nonobstant les alinéas a) et b), les instructions administratives peuvent prévoir des dérogations à l'obligation de payer une taxe lorsque les travaux ou les dépenses causés par la fourniture d'une copie, d'un extrait ou de renseignements sont minimes.

**24.2 Certification de documents délivrés
par le Bureau international**

Lorsqu'un document délivré par le Bureau international porte le sceau de ce Bureau et qu'il est signé du Directeur général ou d'une personne agissant en son nom, aucune autorité d'un Etat contractant ne peut demander qu'une personne ou autorité quelconque authentifie, légalise ou certifie de toute autre manière ce document, ce sceau ou cette signature.

**Règles relatives
au chapitre III de l'arrangement****Règle 25****Dépenses des délégations****25.1 Dépenses supportées par les gouvernements**

Les dépenses de chaque délégation participant à une session de l'Assemblée ou à celle d'un comité, groupe de travail

Regel 24**Abschriften, Auszüge und Auskünfte;
Beglaubigung der
von dem Internationalen Büro
ausgestellten Urkunden****24.1 Abschriften, Auszüge und Auskünfte
betreffend internationale Hinterlegungen**

a) Jedermann kann gegen Zahlung einer Gebühr, deren Höhe durch die Verwaltungsrichtlinien festgesetzt wird, vom Internationalen Büro beglaubigte oder nicht beglaubigte Abschriften oder Auszüge von Eintragungen in das Internationale Register oder von Unterlagen aus den Akten über eine internationale Hinterlegung beziehen. Abschriften und Auszüge stellen die Lage der internationalen Hinterlegung zu einem bestimmten Zeitpunkt dar; dieser Zeitpunkt ist in der betreffenden Abschrift oder dem betreffenden Auszug anzugeben.

b) Jedermann kann auf Antrag und gegen Zahlung einer Gebühr, deren Höhe durch die Verwaltungsrichtlinien festgesetzt wird, vom Internationalen Büro mündliche oder schriftliche Auskünfte oder Auskünfte mittels Fernübertragung von Abschriften über Tatsachen erhalten, die im Internationalen Register oder in einem Schriftstück in den Akten über eine internationale Hinterlegung enthalten sind.

c) Unbeschadet der Buchstaben a und b kann durch Verwaltungsrichtlinien auf die Erhebung von Gebühren verzichtet werden, wenn die mit der Fertigung der Abschrift oder des Auszugs oder der Erteilung der Auskunft verbundenen Arbeiten oder Kosten gering sind.

24.2 Beglaubigung der von dem Internationalen Büro ausgestellten Urkunden

Trägt eine vom Internationalen Büro ausgestellte Urkunde das Siegel des Büros und die Unterschrift des Generaldirektors oder einer in seinem Namen handelnden Person, so darf keine Behörde eines Vertragsstaats die Beglaubigung, Legalisation oder sonstige Bestätigung einer solchen Urkunde, des Siegels oder der Unterschrift durch eine andere Person oder Behörde verlangen.

**Regeln zu Kapitel III
des Abkommens****Regel 25****Kosten der Delegationen****25.1 Von den Regierungen zu tragende Kosten**

Die Kosten jeder Delegation, die an einer Tagung der Versammlung oder eines Ausschusses, einer Arbeitsgruppe oder

other body dealing with matters of concern to the Union shall be borne by the Government which has appointed it.

ou autre organe traitant de questions de la compétence de l'Union sont supportées par le gouvernement qui l'a désignée.

eines sonstigen Organs, das sich mit Angelegenheiten des Verbands beschäftigt, teilnimmt, werden von der Regierung getragen, die sie entsendet.

Rule 26

Absence of Quorum in the Assembly

26.1 Voting by Correspondence

(a) In the case provided for in Article 26 (5) (b), the International Bureau shall communicate any decision of the Assembly, other than decisions relating to the Assembly's own procedure, to the Contracting States which were not represented when the decision was made and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication.

(b) If, at the expiration of the said period, the number of Contracting States having thus expressed their vote or abstention attains the number of Contracting States which was lacking for attaining the quorum when the decision was made, that decision shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.

Règle 26

Quorum non atteint au sein de l'Assemblée

26.1 Vote par correspondance

a) Dans le cas prévu à l'article 26.5) b), le Bureau international communique les décisions de l'Assemblée, autres que celles qui concernent la procédure de l'Assemblée, aux Etats contractants qui n'étaient pas représentés lors de l'adoption de la décision, en les invitant à exprimer par écrit, dans un délai de trois mois à compter de la date de ladite communication, leur vote ou leur abstention.

b) si, à l'expiration de ce délai, le nombre des Etats contractants ayant ainsi exprimé leur vote ou leur abstention atteint le nombre d'Etats contractants qui faisait défaut pour que le quorum fût atteint lors de l'adoption de la décision, cette dernière devient exécutoire, pourvu qu'en même temps la majorité nécessaire reste acquise.

Regel 26

Mangelnde Beschlußfähigkeit der Versammlung

26.1 Schriftliche Abstimmung

a) In dem in Artikel 26 Absatz 5 Buchstabe b vorgesehenen Fall übermittelt das Internationale Büro die Beschlüsse der Versammlung, sofern sie nicht das Verfahren der Versammlung selbst betreffen, den Vertragsstaaten, die bei der Beschlußfassung nicht vertreten waren, und fordert sie auf, innerhalb einer Frist von drei Monaten, vom Tage der Mitteilung an gerechnet, ihre Stimme schriftlich abzugeben oder eine Stimmenthaltung mitzuteilen.

b) Erreicht bei Ablauf dieser Frist die Zahl der Vertragsstaaten, die auf diese Weise ihre Stimme abgegeben oder sich der Stimme enthalten haben, die Zahl von Vertragsstaaten, die zur Erreichung der Beschlußfähigkeit fehlte, so wird der betreffende Beschluß wirksam, wenn gleichzeitig die erforderliche Stimmenmehrheit noch vorhanden ist.

Rule 27

Administrative Instructions

27.1 Establishment of Administrative Instructions; Matters Governed by Them

(a) The Director General shall establish Administrative Instructions. He may modify them. He shall consult the competent Offices of the Contracting States which have a direct interest in the proposed Administrative Instructions or their proposed modification.

(b) The Administrative Instructions shall deal with matters in respect of which these Regulations expressly refer to such Instructions and with details in respect of the application of these Regulations.

(c) All forms of interest to applicants and owners of international deposits shall be included in the Administrative Instructions.

27.2 Control by the Assembly

The Assembly may invite the Director General to modify any provision of the Administrative Instructions, and the Director General shall proceed accordingly.

27.3 Publication and Effective Date

(a) The Administrative Instructions and any modification thereof shall be published in the Bulletin.

Règle 27

Instructions administratives

27.1 Etablissement des instructions administratives et matières traitées

a) Le Directeur général établit des instructions administratives. Il peut les modifier. Il consulte les administrations compétentes des Etats contractants qui sont directement intéressées par les instructions administratives ou modifications proposées.

b) Les instructions administratives traitent des matières pour lesquelles le présent règlement d'exécution renvoie expressément auxdites instructions et des détails relatifs à l'application du présent règlement d'exécution.

c) Tous les formulaires intéressant les déposants et les titulaires de dépôts internationaux figurent dans les instructions administratives.

27.2 Contrôle par l'Assemblée

L'Assemblée peut inviter le Directeur général à modifier toute disposition des instructions administratives et le Directeur général agit en conséquence.

27.3 Publication et entrée en vigueur

a) Les instructions administratives et toute modification qui leur est apportée sont publiées dans le bulletin.

Regel 27

Verwaltungsrichtlinien

27.1 Erlaß von Verwaltungsrichtlinien; Angelegenheiten, die durch sie geregelt werden

a) Der Generaldirektor erläßt Verwaltungsrichtlinien. Er kann sie ändern. Er konsultiert die zuständigen Ämter der Vertragsstaaten, die ein unmittelbares Interesse an den vorgeschlagenen Verwaltungsrichtlinien oder ihrer vorgeschlagenen Änderung haben.

b) Die Verwaltungsrichtlinien enthalten Vorschriften über Angelegenheiten, hinsichtlich derer diese Ausführungsordnung ausdrücklich auf diese Richtlinien verweist, sowie über Einzelheiten bezüglich der Anwendung dieser Ausführungsordnung.

c) Alle Formblätter, die für Anmelder und Inhaber internationaler Hinterlegungen von Interesse sind, werden in die Verwaltungsrichtlinien aufgenommen.

27.2 Kontrolle durch die Versammlung

Die Versammlung kann den Generaldirektor auffordern, eine Vorschrift der Verwaltungsrichtlinien zu ändern; der Generaldirektor muß der Aufforderung Folge leisten.

27.3 Veröffentlichung und Inkrafttreten

a) Die Verwaltungsrichtlinien und ihre Änderungen werden im Bulletin veröffentlicht.

(b) Each publication shall specify the date on which the published provisions become effective. The date need not be the same for all the provisions, provided that no provision may be declared effective prior to the expiration of a period of one month after the publication date of that issue of the Bulletin in which it has been published.

27.4 Conflict with the Agreement and the Regulations

In the case of conflict between any provision of the Administrative Instructions and any provision of the Agreement or of these Regulations, the latter shall prevail.

b) Chaque publication précise la date à laquelle les dispositions publiées entrent en vigueur. Les dates peuvent être différentes pour des dispositions différentes, étant entendu qu'aucune disposition ne peut entrer en vigueur avant l'expiration d'un délai d'un mois à compter de la date de publication du numéro du bulletin dans lequel elle a été publiée.

27.4 Divergence entre les instructions administratives et l'arrangement ou le règlement d'exécution

En cas de divergence entre une disposition des instructions administratives, d'une part, et une disposition de l'arrangement ou du présent règlement d'exécution, d'autre part, cette dernière fait foi.

b) Jede Veröffentlichung gibt den Zeitpunkt an, zu dem die veröffentlichten Vorschriften in Kraft treten. Der Zeitpunkt kann für jede Vorschrift verschieden sein; jedoch darf keine Vorschrift vor Ablauf einer Frist von einem Monat nach dem Zeitpunkt des Erscheinens der Ausgabe des Bulletins, in dem sie veröffentlicht wurde, in Kraft gesetzt werden.

27.4 Mangelnde Übereinstimmung mit dem Abkommen und der Ausführungsordnung

Bei mangelnder Übereinstimmung zwischen den Bestimmungen der Verwaltungsrichtlinien und den Bestimmungen des Abkommens oder dieser Ausführungsordnung gehen die letzteren Bestimmungen vor.

Final Clause

Rule 28

Entry into Force

28.1 Entry Into Force of the Regulations

These Regulations shall enter into force at the same time as Chapter II of the Agreement, with the exception of Rules 25 and 26, which shall enter into force at the same time as the Agreement itself.

Disposition finale

Règle 28

Entrée en vigueur

28.1 Entrée en vigueur du règlement d'exécution

Le présent règlement d'exécution entre en vigueur en même temps que le chapitre II de l'arrangement, à l'exception des règles 25 et 26, qui entrent en vigueur en même temps que l'arrangement lui-même.

Schlußklausel

Regel 28

Inkrafttreten

28.1 Inkrafttreten der Ausführungsordnung

Diese Ausführungsordnung tritt zur gleichen Zeit wie Kapitel II des Abkommens in Kraft; ausgenommen sind die Regeln 25 und 26, die gleichzeitig mit dem Abkommen selbst in Kraft treten.

Annex to the Regulations
Table of Fees

The International Bureau shall collect the following fees:

I. Deposit

	Swiss francs
1. (a) Deposit fee, up to 75 letters or signs	500
(b) Complementary fee for each additional block or part of a block of 10 letters or signs	100
2. Publication fee for each standard space unit used (26,7 x 18 cm), being the minimum publication fee	200

II. Renewal

1. Renewal fee	600
2. Surcharge [Rule 19.3 (b)]	300

III. Other Fees

1. Fee for recording a total or partial change in ownership	100
2. Fee for recording a change in the name or address of the owner of the international deposit or in other indications concerning the owner: per deposit	100
3. Fee for recording the appointment of a representative, a change of representative, or a change in his name or address: per deposit	50
4. Fee for recording any other amendment: per deposit	50

Annexe au règlement d'exécution
Tableau des taxes

Le Bureau international perçoit les taxes suivantes:

I. Dépôt

	Francs suisses
1. a) Taxe de dépôt, à concurrence de 75 lettres ou signes	500
b) Taxe complémentaire pour chaque tranche ou partie de tranche supplémentaire de 10 lettres ou signes ..	100
2. Taxe de publication pour chaque unité d'espace utilisée (26,7 x 18 cm) et en même temps taxe de publication minimum	200

II. Renouvellement

1. Taxe de renouvellement ..	600
2. Surtaxe [règle 19.3. b)] ..	300

III. Autres taxes

1. Taxe d'inscription d'un changement, total ou partiel, de titulaire du dépôt international	100
2. Taxe d'inscription d'un changement du nom ou de l'adresse du titulaire du dépôt international ou d'autres indications concernant ce titulaire; par dépôt	100
3. Taxe d'inscription de la constitution d'un mandataire, d'un changement de mandataire, de son nom ou de son adresse; par dépôt	50
4. Taxe d'inscription d'une autre modification; par dépôt	50

Anlage zur Ausführungsordnung
Gebührentabelle

Das Internationale Büro erhebt die folgenden Gebühren:

I. Hinterlegung

	Schweizer Franken
1. a) Hinterlegungsgebühr, bis zu 75 Buchstaben oder Zeichen	500
b) Ergänzungsgebühr für jeden zusätzlichen Block oder Teil eines Blocks von 10 Buchstaben oder Zeichen	100
2. Veröffentlichungsgebühr für jede benutzte Standard-Raumeinheit (26,7 x 18 cm), gleichzeitig die Mindest-Veröffentlichungsgebühr	200

II. Verlängerung

1. Verlängerungsgebühr	600
2. Gebührenzuschlag (Regel 19.3 Buchstabe b)	300

III. Andere Gebühren

1. Gebühr für die Eintragung des ganzen oder teilweisen Wechsels des Inhabers ..	100
2. Gebühr für die Eintragung einer Änderung des Namens oder der Anschrift des Inhabers der internationalen Hinterlegung oder anderer den Inhaber betreffender Angaben – je Hinterlegung –	100
3. Gebühr für die Eintragung der Bestellung eines Vertreters, eines Wechsels des Vertreters oder einer Änderung seines Namens oder seiner Anschrift – je Hinterlegung –	50
4. Gebühr für die Eintragung jeder anderen Änderung – je Hinterlegung –	50

Protokoll
zum Wiener Abkommen über den Schutz typographischer Schriftzeichen
und ihre internationale Hinterlegung betreffend die Schutzdauer

unterzeichnet in Wien am 12. Juni 1973

Protocol
to the Vienna Agreement for the Protection of Type Faces
and their International Deposit
Concerning the Term of Protection

as signed at Vienna on June 12, 1973

Protocole
à l'Arrangement de Vienne concernant la protection
des caractères typographiques et leur dépôt international,
relatif à la durée de la protection

signé à Vienne le 12 juin 1973

The States party to the Vienna Agreement for the Protection of Type Faces and their International Deposit (hereinafter referred to as "the Agreement"), and party to this Protocol

Les Etats parties à l'Arrangement de Vienne concernant la protection des caractères typographiques et leur dépôt international (dénommé ci-après «arrangement») et parties au présent protocole

Die Staaten, die Vertragsparteien des Wiener Abkommens über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung (im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) und Vertragsparteien dieses Protokolls sind,

have agreed to the following provisions:

sont convenus des dispositions suivantes:

haben die folgenden Bestimmungen vereinbart:

1. The term of protection shall be a minimum of twenty-five years instead of the minimum of fifteen years referred to in Article 9 (1) of the Agreement.

1. La durée de la protection est d'au moins vingt-cinq ans, au lieu du minimum de quinze ans visé à l'article 9.1) de l'arrangement.

1. Die Dauer des Schutzes beträgt mindestens fünfundzwanzig Jahre statt der in Artikel 9 Absatz 1 des Abkommens genannten fünfzehn Jahre.

2. (a) This Protocol shall be open for signature by the States which have signed the Agreement.

2. a) Le présent protocole est ouvert à la signature des Etats qui ont signé l'arrangement.

2. a) Dieses Protokoll liegt für die Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung auf.

(b) This Protocol may be ratified by the States which have signed the Protocol and ratified the Agreement.

b) Le présent protocole peut être ratifié par les Etats qui l'ont signé et qui ont ratifié l'arrangement.

b) Dieses Protokoll kann von den Staaten, die es unterzeichnet und das Abkommen ratifiziert haben, ratifiziert werden.

(c) This Protocol shall be open to accession by States which have not signed the Protocol but have ratified or acceded to the Agreement.

c) Le présent protocole est ouvert à l'adhésion des Etats qui ne l'ont pas signé mais qui ont ratifié l'arrangement ou qui y ont adhéré.

c) Dieses Protokoll liegt für die Staaten, die es nicht unterzeichnet haben, jedoch das Abkommen ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind, zum Beitritt auf.

(d) This Protocol shall enter into force three months after three States have deposited their instruments of ratification or accession to this Protocol, but not before the Agreement itself enters into force.

d) Le présent protocole entre en vigueur trois mois après que trois Etats ont déposé leurs instruments de ratification ou d'adhésion pour le présent protocole, mais au plus tôt en même temps que l'arrangement.

d) Dieses Protokoll tritt drei Monate, nachdem drei Staaten ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunden zu diesem Protokoll hinterlegt haben, in Kraft, jedoch nicht vor Inkrafttreten des Abkommens selbst.

(e) This Protocol may be revised by conferences of the States party to the Protocol which shall be convened by the Director General at the request of at least one-half of those States. The expenses attributable to any conference for the revision of this Protocol which is not held during the same period and at the same place as a conference for the revision of the Agreement shall be borne by the States party to this Protocol.

e) Le présent protocole peut être révisé par des conférences des Etats parties au présent protocole, qui sont convoquées par le Directeur général si la moitié de ces Etats au moins le demandent. Les frais causés par une conférence de révision du présent protocole qui ne se tiendrait pas pendant la même période et au même lieu qu'une conférence de révision de l'arrangement sont à la charge des Etats parties au présent protocole.

e) Dieses Protokoll kann von Konferenzen der Vertragsstaaten dieses Protokolls revidiert werden, die vom Generaldirektor auf Antrag von mindestens der Hälfte dieser Staaten einberufen werden. Die Kosten für eine Konferenz zur Revision dieses Protokolls, die nicht zur selben Zeit und an demselben Ort wie eine Konferenz zur Revision des Abkommens abgehalten wird, werden von den Vertragsstaaten dieses Protokolls getragen.

(f) The provisions of Articles 30, 33, 35 (2), 36, 37, 38, 39, 40 and 41 (i), (ii), (iii), (vi), (vii), (viii) and (xi) of the Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

f) Les dispositions des articles 30, 33, 35.2), 36, 37, 38, 39, 40 et 41.i), ii), iii), vi), vii), viii) et xi) de l'arrangement sont applicables *mutatis mutandis*.

f) Die Artikel 30, 33, 35 Absatz 2, 36, 37, 38, 39, 40 und 41 Ziffern i, ii, iii, vi, vii, viii und xi des Abkommens sind entsprechend anzuwenden.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeiner Teil

Ziel des Wiener Abkommens über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung ist es, einen in den meisten Ländern nicht vorgesehenen Schutz neuer Schriftschöpfungen und zugleich die Möglichkeit einer internationalen Hinterlegung zur Erlangung des nationalen Schutzes einzuführen.

Die Arbeiten an dem Abkommen wurden aufgrund einer Initiative der Internationalen Vereinigung der Schriftschöpfer (ATypI) begonnen. Auf Einladung des Internationalen Büros (Weltorganisation für geistiges Eigentum – WIPO –) in Genf war seit 1960 ein Sachverständigenausschuß zusammengetreten, der bis zum Jahr 1972 in insgesamt sechs Sitzungen den Entwurf eines Sonderabkommens im Rahmen der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ausgearbeitet hatte. Dieser Vorentwurf wurde auf der Wiener Diplomatischen Konferenz im Jahr 1973 abschließend beraten und am 12. Juni 1973 von zehn Staaten (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, San Marino, Schweiz, Ungarn) sowie am 20. Dezember 1973 von einem weiteren Staat (Liechtenstein) unterzeichnet. Bisher hat nur Frankreich die Ratifikationsurkunde hinterlegt.

Anlaß für die Initiative der Internationalen typographischen Vereinigung und für das Zustandekommen des Abkommens sind die besonderen Verhältnisse, denen Schriftschöpfer unterliegen. Zur Herstellung einer neuen Schrift bedarf es zeitraubender und finanziell aufwendiger Entwicklungsarbeiten. Andererseits bieten die modernen Techniken des Lichtsatzes die Möglichkeit, besonders leicht und schnell Nachbildungen solcher Schriften zu schaffen. Der Urheberrechtsschutz wurde von den betroffenen Schriftschöpfern nicht als ausreichender Schutz gegen unberechtigte Nachbildungen angesehen, weil neue Schriftlettern nicht die Voraussetzungen erfüllten, unter denen sie nach den internationalen Rechtsordnungen als Werke der angewandten Kunst hätten geschützt werden können. In der Bundesrepublik Deutschland scheiterte die Mehrzahl aller neuen Schriften an dem Erfordernis der künstlerischen Gestaltungshöhe.

Der weiterhin in Betracht kommende Geschmacksmusterschutz, der nach deutschem Recht bis zu 15 Jahren, in anderen Ländern weniger als 15 Jahre dauert, wurde angesichts der langen Dauer bis zur Fertigstellung einer Schrift mit allen ihren Variationen als zu kurz angesehen. Überdies gehören dem Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle nur 13 Länder an, so daß auch für eine internationale Hinterlegung von typographischen Schriftzeichen als gewerbliches Muster oder Modell kein umfassender Schutz zu erlangen ist.

Das Abkommen koordiniert die Schutzmöglichkeiten nach den Urheberrechtsgesetzen und den Geschmacksmustergesetzen, indem es den Mitgliedstaaten freistellt, den Schutz typographischer Schriftzei-

chen nach dem einen oder dem anderen System oder nach einem dritten, neu zu schaffenden System, zu gewährleisten. Die verschiedenen Schutzvoraussetzungen werden, soweit es möglich ist, miteinander in Einklang gebracht. Darüber hinaus wird die Möglichkeit einer internationalen Hinterlegung typographischer Schriftzeichen in Genf geschaffen. Diese internationale Hinterlegung sieht nur eine Verfahrenszusammenfassung vor und läßt den materiellen Schutz für jeden mit der Hinterlegung bezeichneten Mitgliedsstaat nach dem nationalen Recht entstehen.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

(Errichtung eines Verbands)

Entsprechend der Regelung in anderen vergleichbaren Abkommen sieht das Abkommen die Bildung eines besonderen Verbands zum Schutz typographischer Schriftzeichen vor. Dieser besondere Verband soll durch das Internationale Büro in Genf verwaltet werden. Die Verwaltungs- und Finanzbestimmungen des besonderen Verbands sind in Artikel 26 bis 29 geregelt.

Zu Artikel 2

(Begriffsbestimmungen)

Aus den Begriffsbestimmungen in Artikel 2 ist lediglich die Definition des Begriffs „typographische Schriftzeichen“ in Buchstabe i) besonders hervorzuheben. Hierunter soll nicht der einzelne Buchstabe fallen, sondern ein „Satz“ der Muster von Buchstaben, Ziffern und sonstigen Zeichen. Der Begriff des „Satzes“ ist in dem Abkommen nicht näher definiert. Lediglich aus der Tatsache, daß im Gebührenverzeichnis der Anlage zur Ausführungsordnung die Hinterlegungsgebühr für bis zu 75 Buchstaben oder Zeichen festgesetzt worden ist, ergibt sich ein Anhaltspunkt über den normalen Umfang eines Satzes typographischer Schriftzeichen. In der Praxis haben jedoch manche Schriften so zahlreiche Variationen (fett, halbfett, kursiv usw.), daß ein Satz ein Vielfaches der 75 Zeichen umfassen kann.

Schutzgegenstand soll ein Muster sein, das als Mittel dafür dienen soll, Texte durch graphische Techniken aller Art zu setzen. Durch die Beschränkung des Schutzes auf „Mittel“ zum Setzen von Texten soll ausgeschlossen werden, daß auch der Drucker bei der Anwendung dieser Mittel zur Herstellung von Druckwerken einer Erlaubnis durch den Schutzrechtsinhaber bedarf. Das Abkommen erfaßt neue Schrifttypen als Mittel zur Herstellung von Druckwerken oder Schriftwerken sowohl im herkömmlichen Bleisatzverfahren als auch im modernen Lichtsatzverfahren oder in anderen technischen Verfahren, z. B. Typen für Schreibmaschinen. Ausgeschlossen vom Typographenschutz sind Schriftzeichen, deren Form durch rein technische Erfordernisse bedingt ist. Hierbei war ursprünglich vor allem an die durch den Stand der Technik bedingten besonderen Computerschriften gedacht. Die Weiterentwicklung der Technik hat jedoch neue Verhältnisse geschaffen, die die Beschränkung auf Mittel zum Setzen fragwürdig erscheinen lassen.

Zu Kapitel I (Nationaler Schutz)

Kapitel I regelt die Voraussetzungen, unter denen die Mitgliedstaaten den Schutz typographischer Schriftzeichen zu gewähren haben. Eine wesentliche Rolle spielen hierbei der Umfang des Schutzes und die Schutzdauer sowie die Herstellung der Übereinstimmung zwischen Urheberrecht und Geschmacksmusterschutz.

Zu Artikel 3 (Grundsatz und Arten des Schutzes)

Da wegen der stark auseinandergehenden Schutzsysteme der Vertragsstaaten eine Einigung über ein einheitliches Schutzsystem für typographische Schriftzeichen nicht zu erreichen war, werden drei Schutzsysteme nebeneinander gestellt, nach denen der nationale Schutz typographischer Schriftzeichen gewährleistet werden soll. Es sind dies der Schutz durch ein besonderes nationales Schutzrecht, der Schutz nach dem Geschmacksmusterrecht und der Schutz nach den Urheberrechtvorschriften. Die Verklammerung dieser drei unterschiedlichen Schutzsysteme hatte sich im Laufe der Verhandlungen als möglich erwiesen, so daß der Typographenschutz mit unterschiedlichen Schutzsystemen durchaus praktikabel erscheint.

Die Möglichkeit, mehrere der genannten Schutzarten nebeneinander vorzusehen, ist hauptsächlich für Länder von Bedeutung, in denen neben dem Geschmacksmusterschutz auch der Urheberrechtsschutz in Betracht kommt. Zu diesen Ländern gehört die Bundesrepublik Deutschland.

Zu Artikel 4 (Geschützte natürliche und juristische Personen)

Die für den Schutz typographischer Schriftzeichen zugelassenen unterschiedlichen Schutzsysteme machen es erforderlich, den Kreis der berechtigten Personen für jedes Schutzsystem gesondert festzulegen.

- a) Für den Musterschutz bedarf es einer Abgrenzung der hinterlegungsberechtigten Person. Hierfür soll es darauf ankommen, daß die berechtigte Person ihren „Sitz“ in einem Vertragsstaat hat, wobei es gleichgültig sein soll, nach welchem System der Sitzstaat den Schutz für typographische Schriftzeichen gewährt.
- b) Wird für typographische Schriftzeichen Urheberrechtsschutz gewährt, so ist zu berücksichtigen, daß dieser Schutz nach dem Welturheberrechtsabkommen an die Staatsangehörigkeit gebunden ist. Darüber hinaus ist der Urheberrechtsschutz auch Personen zu gewähren, die ohne Sitz oder Wohnsitz in einem Mitgliedstaat des Welturheberrechtsabkommens eine Erstveröffentlichung des geschützten Werkes in einem solchen Staat vorgenommen haben. Eine entsprechende Regelung enthält auch die Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst. Deshalb entspricht es dem Sinn und Zweck des Abkommens, daß in Staaten, die den Schutz typographischer Schriftzeichen nach den Vorschriften über das Urheberrecht gewähren, der Urheberrechtsschutz für typographische Schriftzeichen auch Personen gewährt wird, die Angehörige eines Mitgliedstaats sind, der den Schutz typogra-

phischer Schriftzeichen nicht nach diesem, sondern nach einem anderen System gewährt.

Die Gleichstellung von bestimmten Personenvereinigungen mit juristischen Personen ist eine Notwendigkeit, die sich aus dem Recht verschiedener Vertragsstaaten ergibt.

Zu Artikel 5 (Inländerbehandlung)

Die Bestimmung über die Inländerbehandlung entspricht den Vorschriften über die Inländerbehandlung nach der Pariser Verbandsübereinkunft.

Absatz 2 geht auf eine typische Förmlichkeit des anglo-amerikanischen Rechts ein, die für Staaten bedeutsam ist, die den Schutz typographischer Schriftzeichen nach dem Urheberrecht gewähren wollen.

Zu Artikel 6 (Begriffe des Sitzes und der Staatsangehörigkeit)

Artikel 6 steht in engem Zusammenhang mit der Regelung in Artikel 4 und in Artikel 13. Die deutsche Übersetzung verwendet auch im Hinblick auf die natürlichen Personen den Begriff „Sitz“, obwohl insoweit der Begriff „Wohnsitz“ gemeint ist. Der Begriff soll aber auch die tatsächliche Niederlassung oder die Handelsniederlassung der natürlichen Person umfassen.

Der Begriff „Angehöriger“ ist im Sinne der Staatsangehörigkeit zu verstehen. Bei juristischen Personen wird der Begriff „Angehöriger“ verwendet, wenn es sich um eine juristische Person handelt, die nach dem Recht desjenigen Staates gegründet wurde, in dem sie ihren Sitz hat.

Das Abkommen trägt dem Erfordernis Rechnung, die Fälle eines Auseinanderklaffens des Sitzes und der Staatsangehörigkeit einer Person zu regeln: In solchen Fällen sollen der betreffenden Person die Rechte aus dem Abkommen nur insoweit zustehen, als sie Sitz oder Staatsangehörigkeit in einem Vertragsstaat hat.

Zu Artikel 7 (Voraussetzung für den Schutz)

Durch Absatz 1 soll dem nationalen Gesetzgeber die Möglichkeit gegeben werden, die Elemente der Neuheit und der Eigentümlichkeit entweder einzeln oder aber – wie in § 1 des deutschen Geschmacksmustergesetzes – kumulativ als Voraussetzungen für den Schutz zu verlangen.

Absatz 2 ist erforderlich, um Klarheit in der Frage zu schaffen, ob bei der Beurteilung der Neuheit und Eigentümlichkeit jeder einzelne Buchstabe einer neuen Schrift für sich betrachtet oder ob der Gesamteindruck der Schrift beurteilt werden soll. Aus der Tatsache, daß sich das Abkommen für den zweiten Weg entschieden hat, folgt, daß bei dem Einbau des Schutzes typographischer Schriftzeichen in den deutschen Geschmacksmusterschutz nur die den Gesamteindruck bestimmenden Schriftzeichen in ihrer Gesamtheit als ein Muster angesehen werden können und nicht etwa jeder Buchstabe oder jedes Zeichen für sich.

Zu Artikel 8 (Schutzzinhalt)

Artikel 8 setzt ein Mindestmaß für die Ausgestaltung des nationalen Schutzes typographischer Schriftzeichen.

Die Mindestregelung, daß verboten nur die Herstellung von solchen Schriftzeichen sein soll, die als Mittel zum Setzen von Texten, also als Matern, Verwendung finden, das Drucken selbst durch das Schutzrecht nicht erfaßt wird und vom Drucker erworbene Sätze von Druckmatern daher uneingeschränkt zum Drucken verwendet werden können, ist in das deutsche Recht nur unter angemessener Berücksichtigung des weitergehenden Schutzes nach dem Geschmacksmustergesetz zu übernehmen.

Das Verbot, auch nur geringfügig abweichende Schriftzeichen herzustellen, entspricht den durch die Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen zum Begriff der Nachbildung im deutschen Geschmacksmustergesetz.

Die modernen Techniken der Fotografie ermöglichen es, vom Original abweichende Buchstaben durch optische Verzerrungen herzustellen. Solange eine durch technische Mittel bewirkte Verzerrung die wesentlichen Merkmale der geschützten Zeichen nicht verändert, soll eine solche Verzerrung als verbotene Nachbildung behandelt werden (Artikel 8 Abs. 3).

Artikel 8 Abs. 2 gewährt die Möglichkeit der Einführung eines Musterschutzes mit Sperrwirkung. Nach geltendem deutschen Recht, das die Eigentümlichkeit als Schutzvoraussetzung vorsieht, wird der Schutz nicht gegen jede Benutzung durch Dritte, sondern nur gegen Nachbildungen gewährt. Da nach Artikel 8 Abs. 2 Buchstabe b die Einführung des Schutzes mit Sperrwirkung nicht verlangt wird, ist die Bundesrepublik Deutschland zur Einführung dieses Schutzes nicht verpflichtet.

Artikel 8 Abs. 5, der gesetzgeberische Maßnahmen zur Verhütung von Mißbräuchen gestattet, ist für die Bundesrepublik Deutschland ohne Bedeutung, da solche Vorschriften in der Bundesrepublik nicht vorgesehen sind.

Zu Artikel 9 (Schutzdauer)

Die Schutzdauer von mindestens 15 Jahren entspricht der längsten Schutzdauer nach § 8 des deutschen Geschmacksmustergesetzes. Die Länder Frankreich, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, San Marino und Schweiz haben sich in dem Protokoll zum Wiener Abkommen über den Schutz typographischer Schriftzeichen und ihre internationale Hinterlegung vom 12. Juni 1973 im Hinblick auf die lange Dauer der schöpferischen Tätigkeit bei der Schaffung neuer typographischer Schriftzeichen verpflichtet, einen Schutz von mindestens 25 Jahren vorzusehen. Das Protokoll soll in Kraft treten, nachdem drei Staaten ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll hinterlegt haben. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Protokoll soll vorgesehen werden, weil eine eingehende Prüfung zu dem Ergebnis geführt hat, daß die im Geschmacksmustergesetz vorgesehene Schutzdauer von 15 Jahren für den Schutz typographischer Schriftzeichen nicht ausreichend erscheint.

Zu Artikel 10 (Kumulativer Schutz)

Da das Abkommen nur Mindestvoraussetzungen für den Schutz typographischer Schriftzeichen schaffen will, schließt es auch nicht das Nebeneinander verschiedener Schutzarten, z. B. des Geschmacksmusterschutzes

und des Urheberrechtsschutzes aus. Letzteres ist im Hinblick auf den neben dem Geschmacksmusterschutz möglichen Urheberrechtsschutz für die Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung (vgl. zu Art. 3).

Zu Artikel 11 (Prioritätsrecht)

Die Bestimmung koordiniert das Prioritätsrecht des Sonderschutzrechts für typographische Schriftzeichen mit dem Prioritätsrecht nach dem Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle vom 6. November 1925, revidiert in London am 2. Juli 1934.

Zu Kapitel II (Internationale Hinterlegung)

Kapitel II schafft die Möglichkeit einer internationalen Hinterlegung typographischer Schriftzeichen beim Internationalen Büro in Genf. Diese internationale Hinterlegung soll für alle Staaten, die für typographische Schriftzeichen Musterschutz gewähren oder die ein selbständiges, von einer Registrierung abhängiges Schutzrecht vorsehen, als nationale Hinterlegung gelten.

Für Staaten, die Urheberrechtsschutz vorsehen, bedarf es zur Begründung des Schutzes keiner behördlichen Hinterlegung.

Zu Artikel 12 (Internationale Hinterlegung und Eintragung)

Im Interesse der Verfahrensvereinfachung soll die internationale Hinterlegung grundsätzlich unmittelbar beim Internationalen Büro in Genf vorgenommen werden, und zwar unter Beachtung der Formvorschriften der Ausführungsordnung zum Abkommen. Daneben soll aber jeder Vertragsstaat berechtigt sein zu verlangen, daß die internationale Hinterlegung durch seine Vermittlung bewirkt wird. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, diesen Weg zu wählen.

Zu Artikel 13 (Das Recht, eine internationale Hinterlegung vorzunehmen und Inhaber einer solchen Hinterlegung zu sein)

Die Absätze 1 und 2 a entsprechen der für den nationalen Schutz vorgesehenen Festlegung des berechtigten Personenkreises in Artikel 4 Abs. 1 und 3 und Artikel 5.

Absatz 2 Buchstabe b) will aus Billigkeitsgründen den Personenvereinigungen, die keine juristischen Personen sind, bei grundsätzlicher Anwendung der nationalen Regelungen für die Hinterlegungsbefugnis ihre Rechte dann erhalten, wenn sie wenigstens nachträglich fristgemäß der nationalen zuständigen Stelle Namen und Anschriften aller ihrer Mitglieder mitteilen.

Zu Artikel 14 (Inhalt und Form der internationalen Hinterlegung)

Die Formvorschriften des Artikels 14 lehnen sich an die Formvorschriften für andere internationale Hinterlegungen von Schutzrechten an. Hinzuweisen ist auf Artikel 5 des Wiener Vertrages über die internationale Registrierung von Marken vom 12. Juni 1973 und Artikel 5 des Haager Abkommens über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle in der im Haag am 28. November 1960 revidierten Fassung.

Zu Artikel 15

(Eintragung oder Ablehnung der internationalen Hinterlegung)

Die Vorschrift befaßt sich mit der Formalprüfung einer internationalen Anmeldung von typographischen Schriftzeichen durch das Internationale Büro. Sie ist auf bestimmte, in Absatz 2 vorgesehene Voraussetzungen beschränkt. Eine weitergehende Prüfung durch das Internationale Büro sieht das Abkommen nicht vor. Allerdings kann das nationale Recht eines Mitgliedstaates strengere Anforderungen stellen und z. B. eine amtliche Neuheitsprüfung verlangen, bei deren Nichtbestehen die typographischen Schriftzeichen in dem betreffenden Land nicht geschützt werden.

Die Möglichkeit, festgestellte Mängel der internationalen Hinterlegung zu beheben, und die Rechtsfolgen, die sich aus der Beseitigung oder Nichtbeseitigung der Mängel ergeben, entsprechen den Möglichkeiten und Rechtsfolgen in anderen von der WIPO verwalteten internationalen Verträgen; vgl. Artikel 7 Abs. 2 Buchstaben b und c des Vertrages über die internationale Registrierung von Marken vom 12. Juli 1973.

Zu Artikel 16

(Vermeidung gewisser Wirkungen der Zurückweisung)

Die Zurückweisung einer internationalen Hinterlegung wirft die Frage auf, inwieweit sie sich auf die Möglichkeit auswirkt, ein Schutzrecht in jedem Einzelland zu erwirken. Ebenso wie andere Übereinkommen im Rahmen der WIPO sieht auch das Wiener Abkommen über typographische Schriftzeichen vor, daß die Zurückweisung der internationalen Hinterlegung einer nationalen Hinterlegung nicht entgegensteht und dieser gegebenenfalls die gleiche Priorität gewährt wird, wie sie die internationale Hinterlegung gehabt hätte. Diese Regelung entspricht dem Wunsche der Mehrzahl der Unterzeichnerstaaten. Durch die nachgeholte nationale Anmeldung soll erreicht werden, daß die Folgen einer unrechtmäßigen Ablehnung wenigstens teilweise revidiert werden können.

Zu Artikel 17

(Veröffentlichung und Notifikation der internationalen Hinterlegung)

Die Bestimmung in Artikel 17 enthält eine allgemein übliche Verfahrensvorschrift, die vergleichsweise auch in anderen Abkommen enthalten ist, z. B. in Artikel 10 des Vertrages über die internationale Registrierung von Marken vom 12. Juli 1973.

Zu Artikel 18

(Wirkung der internationalen Hinterlegung)

Die Vorschrift stimmt mit dem Grundsatz des Abkommens überein, daß durch eine internationale Hinterlegung ein Bündel von Schutzrechten nach den jeweiligen Vorschriften entstehen soll.

Zu Artikel 19

(Prioritätsrecht)

Artikel 19 entspricht Artikel 11.

Zu Artikel 20

(Wechsel des Inhabers der internationalen Hinterlegung)

Das Schutzrecht für typographische Schriftzeichen soll, wie jedes andere Schutzrecht, übertragbar und vererblich sein. Dieser Grundsatz hat zur Folge, daß ein Inhaberwechsel in das internationale Register in Genf eingetragen und den nationalen Stellen mitgeteilt werden muß. Diesem Erfordernis kommen die Bestimmungen in Artikel 20 nach.

Zu Artikel 21

(Zurücknahme der internationalen Hinterlegung und Verzicht auf die internationale Hinterlegung)

Die Zurücknahme des Antrags auf Eintragung von typographischen Schriftzeichen in das internationale Register oder der Verzicht auf die internationale Hinterlegung haben Auswirkungen auf die durch die internationale Hinterlegung erwirkten nationalen Schutzrechte. Deshalb hat Artikel 21 gewisse Formvorschriften für die Erklärung der Zurücknahme oder des Verzichts sowie für deren Eintragung und die Notifikation an die Vertragsstaaten vorgesehen.

Zu Artikel 22

(Sonstige Änderungen der internationalen Hinterlegung)

Die Vorschrift sieht die in allen Registrierungsverfahren üblichen Änderungsmöglichkeiten vor, die gebührenpflichtig sein sollen. Die Änderungen beziehen sich hauptsächlich auf die in Artikel 14 genannten Anmeldungsunterlagen mit Ausnahme der Darstellung der typographischen Schriftzeichen. Würde auch eine Änderung der typographischen Schriftzeichen selbst ermöglicht werden, so würde das auf eine Änderung des Schutzgegenstands hinauslaufen, die für alle Geschmacksmusterhinterlegungen ausgeschlossen ist. § 22 Abs. 2 folgt damit dem auch im deutschen Geschmacksmusterrecht geltenden Grundsatz des Vertrauensschutzes, wonach das Vertrauen der Allgemeinheit darauf, daß nur der hinterlegte Gegenstand dem Schutzbegehren des Hinterlegers unterliegt, geschützt ist.

Zu Artikel 23

(Laufzeit und Erneuerung der internationalen Hinterlegung)

Die internationale Hinterlegung soll ihre Schutzwirkung für zunächst zehn Jahre haben. Dieser Regelung entspricht § 8 des deutschen Geschmacksmustergesetzes insofern, als der Anmelder bereits bei der Anmeldung des Schutzrechts nach § 8 Abs. 3 die Möglichkeit hat, durch ausdrücklichen Antrag die Ausdehnung der Schutzfrist auf zehn Jahre zu verlangen.

Eine Gesamtdauer der internationalen Hinterlegung schreibt das Abkommen nicht vor, weil durch die Hinterlegung nur ein Bündel nationaler Schutzrechte entsteht und die Gesamtdauer des Schutzes in den einzelnen Staaten unterschiedlich lang sein kann. Artikel 9 verpflichtet nur, eine Mindestdauer von 15 Jahren vorzusehen. Im Zusatzprotokoll vom 12. Juli 1973 haben sich verschiedene Staaten verpflichtet, eine Schutzdauer von 25 Jahren zu gewähren. Deshalb sieht Artikel 23 Abs. 2 nur die Verlängerungsmöglichkeit vor, die jeweils

fünf Jahre beträgt. Die Verlängerung wird von dem Internationalen Büro allen Vertragsstaaten notifiziert, entfaltet jedoch in denjenigen Staaten keine Wirkung, in denen die Gesamtschutzdauer nach nationalem Recht bereits abgelaufen ist.

Zu Artikel 24 (Regionale Verträge)

Artikel 24 könnte Bedeutung erhalten, wenn die Absicht der EG-Staaten verwirklicht wird, ein europäisches Geschmacksmusterrecht zu schaffen, und wenn dieses auch auf typographische Schriftzeichen erstreckt werden würde.

Zu Artikel 25 (Vertretung vor dem Internationalen Büro)

Für die Hinterlegung beim Internationalen Büro soll kein Anwaltszwang bestehen. Es wird nicht verlangt, daß der Vertreter rechtskundig ist. Die Vorschrift regelt nur die Frage des Schriftverkehrs mit dem Vertreter und vereinbart diesen, sofern mehrere Vertreter benannt sind.

Zu Kapitel III (Verwaltungsbestimmungen)

Die Vorschriften des Kapitels III entsprechen den Vorschriften gleichen Inhalts in den meisten durch das Internationale Büro verwalteten internationalen Übereinkünften auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts (vgl. die von der WIPO verwalteten Übereinkommen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums in ihren im Jahr 1967 in Stockholm beschlossenen Fassungen sowie Kapitel V des Vertrages über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, der im Rahmen des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juli 1976 – BGBl. II S. 649, 664 – ratifiziert worden ist). Die Vorschriften des Kapitels III weichen von den vergleichbaren Vorschriften in anderen internationalen Übereinkünften nur insoweit ab, als sich aus dem durch das vorliegende Abkommen erfaßten Schutzrecht die Notwendigkeit solcher Abweichungen ergibt. Auch sind durch die in zeitlichen Abständen erfolgten Übersetzungen gewisse Wortabweichungen nicht vermeidbar.

Der besondere Verband zum Schutz typographischer Schriftzeichen (vgl. Artikel 1) wird eine Versammlung haben, die – abgesehen von außerordentlichen Tagungen – alle drei Jahre zusammentreten wird. Einzelne Verwaltungsaufgaben sollen – wie üblich – durch das Internationale Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum (vgl. Artikel 2 xi) wahrgenommen werden (Artikel 27).

Im übrigen sind folgende Vorschriften wegen ihrer besonderen Bedeutung hervorzuheben:

Artikel 28 (Finanzen) sieht vor, daß der besondere Verband einen eigenen Haushaltsplan hat. Für die Hinterlegung sollen Gebühren erhoben werden, die nach dem Grundsatz der Kostendeckung berechnet werden sollen.

Die Vertragsstaaten sollen zu Beiträgen herangezogen werden, soweit die Einnahmen des Verbands aus Gebühren für die Hinterlegung, aus Verkaufserlösen, aus Veröffentlichungen und aus sonstigen Zuwendungen zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen. Der Beitrag jedes Vertragsstaates soll nach Klassen bestimmt

werden, in die sich der einzelne Vertragsstaat selbst einordnet. Diese Beitragsregelung entspricht der Regelung in allen WIPO-Abkommen.

Der Verband soll außerdem einen Betriebsmittelfonds erhalten, der durch eine einmalige Zahlung nach Maßgabe der erwähnten Klassen gebildet und erhalten werden soll.

Zu Artikel 29 (Ausführungsordnung)

Die bei Abkommen dieser Art übliche gesonderte Ausführungsordnung soll im Interesse einer erleichterten Anpassung an veränderte Verhältnisse mit Zweidrittel-Mehrheit durch die Versammlung (Art. 26) geändert werden können.

Zu Kapitel IV (Streitigkeiten)

Artikel 30 sieht, wie dies bei derartigen Abkommen häufig geschieht, für den Fall von Streitigkeiten über die Auslegung des Abkommens die Möglichkeit einer Klage vor dem Internationalen Gerichtshof vor. Absatz 2 gestattet jedoch, daß durch eine Erklärung bei der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde die Bindung des hinterlegenden Staates an die Einschaltung des Internationalen Gerichtshofs beseitigt werden kann. Eine solche Erklärung soll für die Bundesrepublik Deutschland nicht abgegeben werden.

Zu Kapitel V (Revision und Änderung)

In gleicher Weise wie in anderen Übereinkommen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums wird klargestellt, daß das Abkommen grundsätzlich nur durch eine Revisionskonferenz geändert werden kann (**Artikel 31**). Einzelne Bestimmungen, die sich mit der für die Beschlußfähigkeit der Versammlung erforderlichen Mindestzahl und anderen Regelungen befassen, die im wesentlichen für die Verwaltung und die Finanzierung des Verbands von Bedeutung sind, soll jedoch auf erleichtertem Wege durch die Versammlung (Artikel 26) geändert werden können (**Artikel 32**).

Zu Kapitel VI (Schlußbestimmungen)

Die **Artikel 33 bis 41** enthalten die üblichen Schlußklauseln. Hiervon sind wegen ihrer Bedeutung hervorzuheben:

Artikel 34 verpflichtet im Hinblick auf die gewährten Wahlmöglichkeiten jeden Staat, bei der Hinterlegung der Ratifikations- und Beitrittsurkunde durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation zu erklären, nach welchem der verschiedenen Schutzsysteme (Geschmacksmusterschutz, Urheberrechtsschutz oder Schaffung eines besonderen Schutzrechts) er den Schutz typographischer Schriftzeichen gestalten will. Die besonderen Regelungen für Staaten, die den Urheberschutz wählen, erklären sich aus den Besonderheiten der internationalen Übereinkommen auf diesem Rechtsgebiet. Für die Bundesrepublik Deutschland soll die Erklärung abgegeben werden, daß typographische Schriftzeichen durch Hinterlegung als Geschmacksmuster geschützt werden.

Nach **Artikel 35** tritt das Abkommen erst in Kraft, wenn fünf Staaten die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben. Die Vorschriften des Kapitels II sollen erst in Kraft treten, wenn das Abkommen durch drei Musterschutzländer ratifiziert worden ist, weil die Vorschriften über die internationale Hinterlegung nur für diejenigen Staaten Bedeutung haben, die die typographischen Schriftzeichen als Geschmacksmuster schützen.

Wie bei Abkommen dieser Art üblich, wird in **Artikel 36** nur der im Abkommen selbst, in Artikel 30, vorgesehene Vorbehalt zugelassen.

Ausführungsordnung

Die mit dem Abkommen beschlossene Ausführungsordnung (Artikel 29) enthält ergänzende Regeln verfahrens- und verwaltungstechnischen Inhalts sowie als Anlage eine Gebührentabelle. Sie kann in einem erleichterten Verfahren (Artikel 29 Abs. 3) geändert werden.

Gebührentabelle

Die in der Anlage zur Ausführungsordnung beigefügte Gebührentabelle setzt die Gebühren fest, die für die internationale Hinterlegung nach Kapitel II des Abkommens erhoben werden sollen. In Nummer I 1 Buchstabe a ist die Hinterlegung von bis zu 75 Buchstaben oder Zeichen zu einer Gebühreneinheit zusammengefaßt. Dabei wird davon ausgegangen, daß mit einer Kombination von 75 Zeichen alle typischen Merkmale einer neuen Schrift, die die Schutzfähigkeit begründen, zusammengefaßt werden können. Eine erschöpfende Zusammenstellung aller Zeichen wird in vielen Fällen nicht nötig sein. Die ergänzende Hinterlegung in Blocks von je zehn Zeichen wird daher die Ausnahme bilden. Durch die Hinterlegungsgebühr soll die Schutzdauer von bis zu zehn Jahren abgedeckt sein. Die Verlängerungsgebühr soll dann einen Zeitraum von je weiteren fünf Jahren abdecken. Die Gebühren sollen nach Regel 22 der Ausführungsordnung in Schweizer Währung an das Internationale Büro gezahlt werden.

